
A
ARCHITEKTUR
DER DDR
7'83
Preis 5,- Mark
ISSN 0323-3413

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Schriftliche Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin, Abt. Absatz

Im Ausland:

Bestellungen nehmen entgegen:

Für Buchhandlungen:

Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR,
DDR – 7010 Leipzig
Leninstr. 16

Für Endbezieher:

Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR – 7010 Leipzig
Talstraße 29

Ideenwettbewerb Jugendinitiative Berlin
Gestaltung des „Volksparkes Malchower See"

In Verbindung mit der städtebaulichen Gestaltung des Nordraumes der Hauptstadt der DDR, Berlin, sind Vorschläge für eine architektonisch überzeugende Freiflächengestaltung des Volksparkes Malchower See auszuarbeiten.

Zur Teilnahme berechtigt sind Landschaftsarchitekten, Architekten, Städteplaner und Bauingenieure bis 35 Jahre mit Wohnsitz in der DDR.

Laufzeit des Wettbewerbs: 1. 7.–31. 10. 1983

1. Preis 7000,– M
2. Preis 5000,– M
3. Preis 3000,– M
3 Anerkennungen je 1500,– M

Bearbeitungsgebühr für jede den Wettbewerbsbedingungen entsprechende Arbeit: 500,– M

Ausschreibungsunterlagen werden ab 1. 7. 1983 im Bundessekretariat des Bundes der Architekten der DDR, 1020 Berlin, Breite Straße 36, ausgegeben.

Im nächsten Heft:

Eine Fülle neuer Ideen für den industriellen Wohnungsbau

Wettbewerb „Variable Gebäudelösungen für das innerstädtische Bauen"

16 Arbeiten des Wettbewerbs für die Weiterentwicklung des Wohnungsbaus

Redaktion

Zeitschrift „Architektur der DDR"
Träger des Ordens Banner der Arbeit
VEB Verlag für Bauwesen, 1086 Berlin
Französische Straße 13–14
Telefon 2 04 12 67 · 2 04 12 68 · 2 04 12 66 · 2 04 13 14
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Artikelnummer: 5236

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, 1086 Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsdirektor: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon 2 04 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin
(Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung

Druckerei Märkische Volksstimme, 1500 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR
P 3/34/83 bis P 3/47/83

Anzeigen

Alleinige Anzeigenannahme:
VEB Verlag Technik
1020 Berlin
Oranienburger Str. 13/14
PSF 201, Fernruf 2 87 00
Gültiger Preiskatalog 286/1

ISSN 0323-3413
Archit. DDR Berlin **32** (1983), Juni, **6**, S.

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 4. Mai 1983
Illusdruckteil: 11. Mai 1983

Titelbild:

Kulturhaus „Neue Welt" in Zwickau. Rekonstruierter ehemaliger Ballsaal. Blick vom Ranggeschoß zur Bühne
Foto: Lichtbild Hempel Karl-Marx-Stadt

Fotonachweis:

Josef Münzberg, Halle (1); Lutz Humann, Karl-Marx-Stadt (12); Lichtbild Hempel, Karl-Marx-Stadt (6); Jutta Bothe, Dessau (17); VE WBK „Wilhelm Pieck" Karl-Marx-Stadt, KB Projektierung/Fotoabt. (4); TU Dresden/Annette Schöne (5); TU Dresden/Klaus Mertens (1); ADN-ZB/Mittelstädt (1); Rudolf Hartmetz, Schwedt (1); Christa Menz, Belzig (3); Reinhard Malik, Berlin (5); Karlheinz Wendisch, Berlin (6)



ARCHITEKTUR DER DDR

XXXII. JAHRGANG · BERLIN · JULI 1983

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Bärbel Jaeckel



NOTIZEN

Neue Anordnung fördert Architekturwettbewerbe

Am 1. Mai dieses Jahres ist eine neue Rechtsgrundlage für die Durchführung von Architekturwettbewerben in der DDR in Kraft getreten. Gegenüber der bisher gültigen Wettbewerbsordnung, die relativ unverbindlich war, stellt die vom Minister für Bauwesen, Wolfgang Junker, erlassene und unter Mitwirkung des BdA/DDR vorbereitete „Anordnung über Architekturwettbewerbe" vom 12. April 1983 eine rechtlich verbindliche Grundlage dar, die wesentlich dazu beitragen wird, die Durchführung von Wettbewerben in Städtebau, Architektur und Landschaftsarchitektur zu fördern. Um nur kurz einige Vorzüge der neuen Wettbewerbsordnung zu nennen: Die Wettbewerbsordnung gilt für alle, für staatliche und wirtschaftliche Organe, für Kombinate, Betriebe, Genossenschaften, Einrichtungen und gesellschaftliche Organisationen sowie für Bürger, die an solchen Wettbewerben teilnehmen. Der Inhalt solcher Wettbewerbe ist unseren Bedingungen und Erfahrungen entsprechend breiter gefaßt worden. Neben den traditionellen Wettbewerbsaufgaben für ein Gebäude oder ein städtebauliches Ensemble können jetzt auch Aufgaben zur Bearbeitung langfristiger städtebaulicher Entwicklungsprobleme und architektonischer Grundfragen, zur Ausarbeitung von funktionellen, technisch-gestalterischen und ökonomischer Alternativen sowie zur Weiterentwicklung von Konstruktionen, Bauweisen und Technologien Gegenstand von Wettbewerben sein. Klar sind dabei auch die Rechte und die Verantwortung des BdA/DDR zur Mitwirkung gefaßt. Die Anordnung wird durch eine „Ordnung zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Architekturwettbewerben" ergänzt, die viele, früher oft umstrittene Fragen der praktischen Wettbewerbsdurchführung in sinnvoller Weise regelt. Neu ist dabei zum Beispiel die Möglichkeit, Wettbewerbe in sehr differenzierten Formen vom offenen Wettbewerb bis zum innerbetrieblichen Wettbewerb, auch in mehreren Wettbewerbsstufen durchzuführen. Nicht zuletzt soll auch erwähnt werden, daß Fragen der Preise und Anerkennungen, der Bearbeitungsgebühren und der Anerkennung der Arbeit der Jury eine Lösung gefunden haben, die eine breite und aktive Beteiligung an Wettbewerben unterstützen wird.

Die neue Wettbewerbsordnung entspricht voll den neuen Bedingungen des Architekturschaffens im Sozialismus und kann in seinem geistiges Schöpfertum fördernden Inhalt auch international als vorbildlich gelten.

Hohe schöpferische Leistungen von Architekten werden gewürdigt

Zur Würdigung hoher schöpferischer Leistungen der Städtebauer und Architekten in der DDR hat der Minister für Bauwesen im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane sowie in Übereinstimmung mit dem Präsidenten des Bundes der Architekten der DDR die „Anordnung über Autorentafeln an Werken der Baukunst" vom 12. April 1983 erlassen. Diese Anordnung legt fest, daß bedeutende Werke der Baukunst mit einer Autorentafel zu kennzeichnen sind. Dazu gehören Gebiete des Wohnungsneubaus und der Modernisierung, bauliche Ensembles und Einzelbauwerke, für deren Gestaltung die Autoren mit dem Nationalpreis der DDR, dem Architekturpreis der DDR, dem Architekturpreis der Hauptstadt der DDR, Berlin, eines Bezirkes oder einer Bezirks- oder Kreisstadt ausgezeichnet wurden. Für die Kennzeichnung dieser Werke der Baukunst mit Autorentafeln sind die Räte der Bezirke verantwortlich. Die Enthüllung der Autorentafeln soll in würdiger Form erfolgen.

Auch in dieser neuen staatlichen Regelung kommt zum Ausdruck, welche Rolle der Architektur und ihren Schöpfern in unserem sozialistischen Staat beigemessen wird. Für die Organe des BdA/DDR ergibt sich damit aber auch die Pflicht, ihre Vorschlagsrechte für Architekturpreise noch verantwortungsbewußter und mit höchsten Maßstäben wahrzunehmen.



Arbeitsmodell für den Ernst-Thälmann-Park in Berlin mit dem von Lew Kerbel entworfenen Denkmal. Zum 100. Geburtstag Ernst Thälmanns am 16. April 1986 sollen auf Beschluß des X. Parteitages der SED Park und Denkmal als Bestandteil eines neuen Wohnensembles im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg fertiggestellt sein. Auf der Nordwestseite wird der Ernst-Thälmann-Park von Bauten abgerundet, die rund 1300 Wohnungen und zahlreiche Gemeinschaftseinrichtungen aufnehmen werden.

Architekturwettbewerbskonzeption für Berlin

Eine Konzeption zur Durchführung von Architekturwettbewerben hat der Magistrat der Hauptstadt der DDR, Berlin, beschlossen. Danach werden noch in diesem Jahr unter anderem folgende Wettbewerbe zu Schwerpunktaufgaben des innerstädtischen Wohnungsbaus ausgeschrieben:

- Städtebaulich-architektonische Gestaltung des Bersarinplatzes als Grundlage für die Ausarbeitung der Aufgabenstellung für den Wohnungsbau sowie künstlerische Konzeption (Termin: Sept. bis Dez. 1983)
- Gestaltungskonzeption der Erdgeschoßzone Stargarder Straße im Stadtbezirk Prenzlauer Berg durch Instandsetzung und Renovierung einschließlich der Fußwege, Straßen und Grünanlagen, die dem Rat des Stadtbezirks als Grundlage für Baumaßnahmen und Entwicklung einer planmäßigen Mitwirkung der vorhandenen Einrichtungen und der Bevölkerung dient (Termin: Nov. 1983 bis Jan. 1984)

Für die Gestaltung von Bereichen im Stadtzentrum, von Magistralen, von Plätzen und anderen Bauschwerpunkten können künftig jedes Jahr bis Ende September für das folgende Jahr Vorschläge für die Durchführung von Architekturwettbewerben eingereicht werden, die dann durch die Räte der Stadtbezirke, Kombinate und Betriebe des Bauwesens sowie den Bund der Architekten der DDR dem Chefarchitekten und dem Magistrat zur Bestätigung vorgelegt werden müssen.

BdA-Büro beriet Fragen der intensiven Stadtentwicklung

Fragen der intensiven Stadtentwicklung, insbesondere des innerstädtischen Wohnungsbaus in seiner Einheit von Erhaltung, Modernisierung und Neubau, beriet das Büro des Präsidiums des BdA/DDR in einer Sondersitzung in Leipzig. Der BdA-Präsident, Prof. Henn, konnte dazu leitende Persönlichkeiten des Leipziger Bauwesens und der BdA-Bezirksgruppe begrüßen. Entsprechend dem Anliegen, aktuelle Probleme an Ort und Stelle zu studieren und praxisnah zu beraten, erfolgte zunächst eine Besichtigung der künftigen Baustandorte in der Kolonnadenstraße und in der Ostvorstadt unter Leitung des Leipziger Chefarchitekten, Prof. Dr.-Ing. Siegel, der dann Probleme und Lösungswege für die intensive Stadtentwicklung darlegte. Der stellvertretende Direktor des Baukombinates Leipzig, Kollege Ludwig, informierte über die Erzeugnisentwicklung für den innerstädtischen Wohnungsbau. Prof. Dr. Rikken, der Vorsitzende der BdA-Bezirksgruppe, erläuterte die Schwerpunkte der BdA-Arbeit, die sich aus den neuen Aufgaben ergeben. Dazu gehören die Arbeit an einer bezirklichen Grundlinie für die städtebaulich-architektonische Gestaltung, die dem Bezirkstag zur Beschlußfassung unterbreitet wird, die stärkere Unterstützung der Architekten in den Kreisen und eine aktive Öffentlichkeitsarbeit.

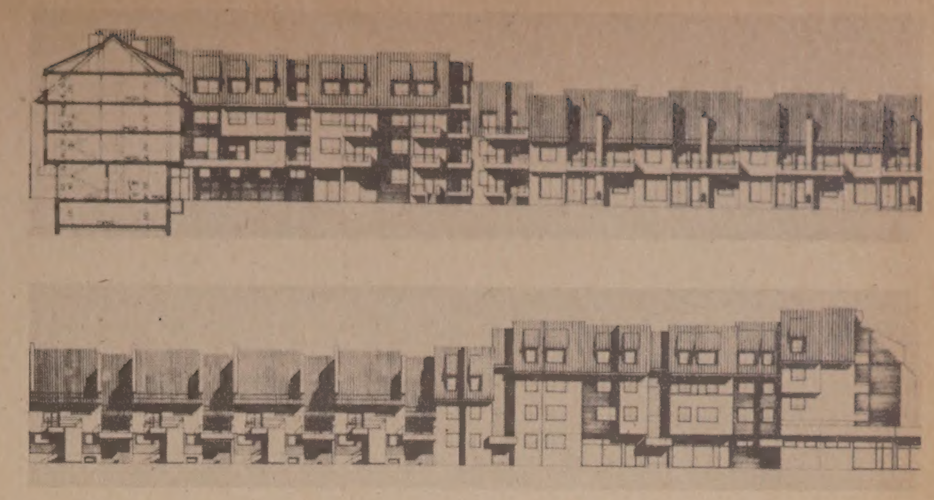
In der Diskussion wurden vor allem die Notwendigkeit verstärkter Erhaltungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen, die sinnvolle Festlegung der günstigsten Reproduktionsformen und die Komplexität innerstädtischer Bauaufgaben hervorgehoben. Die dabei bereits in Leipzig und Torgau erzielten positiven Erfahrungen sollen für die gesamte Bundesarbeit nutzbar gemacht werden.

Wohnhäuser mit je 70 altersgerechten Wohnungen in Schwedt. Entwurf: Dr.-Ing. Christoph Dielitzsch



Unten: Angler- und Jägerhütte für 30 Personen (mit Gaststätte und Aufenthaltsräumen) am Ladogasee.
Architekt: M. I. Lapschina





Oben:
Projekt für eine Eigenheim-Reihenhaussiedlung in Krakow. Architekten: W. und M. Kosinscy

Unten: Neuer Wohnkomplex (im Vordergrund gesellschaftliche Einrichtungen) der Stadt Kostomukschi (Sowjetunion)

Bundesvorstand des BdA/DDR tagte zur Karl-Marx-Ehrung 1983

Am 5. 5. 1983 – anläßlich der 165. Wiederkehr des Geburtstages von Karl Marx – tagte der Bundesvorstand des BdA/DDR in Dresden, um das Werk des großen Denkers und Revolutionärs zu würdigen und grundsätzliche Fragen des weiteren städtebaulich-architektonischen Fortschritts in der DDR zu beraten.

Wie der Präsident des BdA, Prof. Henn, zur Eröffnung hervorhob, wird auch der Bund sein Anliegen darin sehen, das geistige Erbe von Karl Marx durch Taten für den Sozialismus und den Frieden zu ehren. Kollege Scholz, 1. Sekretär des BdA/DDR, zog dazu in seinem Bericht eine Bilanz der aktiven Arbeit in allen Ebenen des Bundes seit dem VIII. Kongreß.

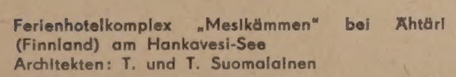
Drei Referate boten Stoff für eine lebhafte Diskussion: Prof. Dr. Krenz über „Karl Marx, die Dialektik und die Architektur" (auszugsweise bereits in Heft 6/83 veröffentlicht), Prof. Dr. Grönwald über „Industrielles Bauen und architektonische Gestaltung" und Dr. Michalk über „Ergebnisse und Zielstellungen der städtebaulich-architektonischen Gestaltung in Dresden". Die Aussprache dazu konzentrierte sich auf interessante Erfahrungen in der BdA-Arbeit, z. B. zur Förderung der Frauen im Architektenberuf, auf Fragen des innerstädtischen Wohnungsbaus wie das Projekt für den Ernst-Thälmann-Park in Berlin und den Wettbewerb zur Entwicklung des industriellen Wohnungsbaus, sowie auf generelle Fragen der Gestaltung und Projektierung. Das Ergebnis der Beratung wurde in einem Beschluß zusammengefaßt, der unter anderem Leitthemen für langfristige Arbeitsaufgaben des Bundes festlegt. Die Bildung von Kreisgruppen sowie von bezirklichen Fachgruppen für Rekonstruktion und für Ländliches Bauen soll weitergeführt werden.

Hängebrücke über den Ärmelkanal

Eine überdachte Hängebrücke mit acht Fahrspuren zwischen Dover (Großbritannien) und Calais (Frankreich) über den Ärmelkanal will eine private Gesellschaft errichten lassen. Der Bau soll fünf Jahre dauern. Die Kosten der Hängebrücke (über 15 Mrd. DM) sollen sich nach neun Jahren amortisiert haben. Nach dem Entwurf setzt sich die Brücke aus elf Teilabschnitten zusammen. Um Eigengewicht von 40 000 t je Teilabschnitt zu sparen, sollen statt Stahlkabel Nylonseiltrossen eingesetzt werden.

Assyrischer Tempel ausgegraben

Gut erhaltene Überreste eines dem Gott Nabu zugeschriebenen Tempels sind von Archäologen bei Ausgrabungen in Nimrud (Irak), einer der Hauptstädte des assyrischen Reiches, entdeckt worden. Eine lebensgroße steinerne Skulptur eines bärtigen Mannes im Hauptsaal des Tempels stellt vermutlich einen königlichen Anhänger Nabus dar, der in der altmesopotamischen Mythologie Gott der Weisheit der Künste und der Wissenschaften war. Der Tempel enthält noch einen zweiten, dem Hauptheiligtum vorgelagerten Saal.



Ferienhotelkomplex „Mesikämmen" bei Ähtäri (Finnland) am Hankavesi-See
Architekten: T. und T. Suomalainen

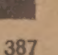


Verglaste Passage im Einkaufszentrum der Stadt Turku in Finnland
Architekten: Laiho, Pulkkinen und Raunio



Barbican-Center in London (mit Konzertsaal, zwei Theatern und Konferenzsälen)
Architekt: Chamberlin (Pawel and Bon)





Phantasie kann überall entwickelt werden

Langfristige Konzeption des Kreises Belzig



Interview mit der Kreisarchitektin Dipl.-Ing. Christa Menz

Red.: Kollegin Menz, Fragen der Erhaltung und Rekonstruktion der vorhandenen Bausubstanz treten überall mehr in den Vordergrund. Was verändert sich damit in Ihrer Tätigkeit als Kreisarchitekt?

Ch. Menz: Die Frage nach einer Veränderung meiner Tätigkeit als Kreisarchitekt hat mich erst veranlaßt, darüber nachzudenken und nach dieser Veränderung zu suchen.

An einen Funktionsplan mit fest umrissenen Grenzen kann man sich bei dieser Tätigkeit nicht halten. Die Aufgabe ist vielseitig und berührt fast alle Bereiche des Bauwesens. Der Bogen spannt sich von der Analyse über die Formulierung der Aufgabenstellung und die Planungsphase bis zur Durchsetzung der formulierten Aufgabe.

Um das alles zu verwirklichen, ist konkretes Wissen notwendig, Wissen um die gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge, fachliche und auch rechtliche Kenntnisse. Jedem wird noch aus der Schulzeit klar sein, daß Stillstand Rückschritt bedeutet. Notwendig ist also ständige Weiterentwicklung – und konkret für mich Weiterbildung, die Auswertung von Fachzeitschriften, der Besuch von Weiterbildungsveranstaltungen und auch von Lehrgängen. Ich habe noch nie das Gefühl gehabt, daß mein Wissen ausreicht, um alle geforderten Aufgaben voll zu erfüllen.

Nur aus einer positiven Einstellung zur Arbeitsaufgabe erwachsen die schöpferischen Potenzen zu ihrer Lösung, und eine positive Einstellung resultiert aus der Überzeugung von der Notwendigkeit der Aufgabe.

Die Schwerpunkte in meiner Arbeit haben sich ganz eindeutig verschoben. Bisher wurden neben langfristigen Konzeptionen vor allem Bebauungspläne für Neubaugebiete erarbeitet. Es ging vor allem um die Erweiterung des Wohnungsbestandes. Lückenschließungen waren Seltenheit. Das Vorhandene wurde meist nur in bezug auf die Neubebauung berücksichtigt.

Jetzt, in der Einheit von Instandhaltung, Modernisierung und Neubau wird erstmals auch ein objektiver Zwang ausgelöst, das Ganze zu sehen. Auf bequem gewordene Gewohnheiten muß dabei verzichtet werden. Neue Wege sind meist unbequem, und es ist nicht immer einfach, zwischen objektiven und subjektiven Schwierigkeiten zu unterscheiden. Aber nur mit den Kollegen ist diese Aufgabe zu lösen. Das heißt also – eine gemeinsame Basis für die gemeinsame Arbeit schaffen.

Die Umgestaltung und Verdichtung der vorhandenen Bebauung ist nicht nur eine Aufgabe für die Architekten und Baubetriebe. Ohne den gesellschaftlichen Auftraggeber und viele andere gesellschaftliche Kräfte wird die Lösung der Aufgabe Papier bleiben. Nur bei der verstärkten Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte und der örtlichen Räte kann die Aufgabe bewältigt werden. Die Ortsgestaltungskonzeptionen und Leitplanungen sind wichtige und notwendige Arbeitsmittel. Sie werden in relativ kurzer Zeit für alle Orte benötigt.

Definitionen halte ich in der Arbeit für sehr wichtig. Mißverständnisse erschweren die gemeinsame Arbeit. Deshalb stellen wir den örtlichen Räten, dem Hauptauftraggeber und den anderen Partnern das Material zusammengefaßt für die weitere Arbeit zur Verfügung. Zeiten erhöhter ökonomischer Forderungen müssen auch Zeiten erhöhter geistiger Auseinandersetzung sein. Fehlt diese geistige Auseinandersetzung, ist ein Qualitätsverlust die Folge.

Red.: Auf der Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Kreissekretären wurde darauf hingewiesen, daß jeder Kreis eine längerfristige Konzeption für den weiteren Wohnungsbau braucht. Wie sieht es damit im Kreis Belzig aus? Welche Schwerpunkte zeichnen sich dabei für das kreisgeleitete Bauwesen ab?

Ch. Menz: Bei der Arbeit an dieser langfristigen Konzeption wurde das Neue in meiner Tätigkeit ganz konkret sichtbar.

Noch viel zu oft wird eine Aufgabe abgearbeitet ohne echte Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Aufgabe. Man muß also richtig motiviert sein, um die Aufgabenstellung konsequent abzuarbeiten.

Wir benötigen speziell für das innerstädtische Bauen klare Konzeptionen, weil sonst spontane Entscheidungen eine komplexe und effektive Gestaltung stark beeinträchtigen können.

Seit Dezember 1982 arbeitet der Rat des Kreises Belzig an der langfristigen Konzeption zur Lösung der Wohnungsfrage bis 1990 im Kreis Belzig. Trotz der klaren Forderung auf einer bezirklichen Anleitung sah jeder erst einmal den Berg Arbeit vor sich. Aber je länger und intensiver wir uns mit der Aufgabe beschäftigten, desto zwingender trat die Notwendigkeit hervor. Es handelte sich nicht um einen zusätzlichen Berg Arbeit, sondern um die einzige Möglichkeit, die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem mit den volkswirtschaftlich effektivsten Methoden zu erreichen. Von Anfang an war allen klar, daß diese Aufgabe nicht von einer Fachabteilung allein gelöst werden kann. In diesem Falle wurde die Bildung einer Arbeitsgruppe nicht administrativ angeordnet, sondern sie bildete sich bei der Arbeit heraus.

Zwangsläufig ergab sich eine enge Zusammenarbeit zwischen der Kreisplankommission, der Abt. Wohnungspolitik, dem Büro für Städtebau und dem Kreisbauamt unter Einbeziehung der anderen Fachabteilungen zu bestimmten Fragen.

Die erste Etappe wurde bis März 1983 abgeschlossen. Die Ausgangsgrößen für den Kreis und die Kreisstadt liegen fest. Auf der Grundlage des Analysenmaterials der VBWG-Zählung wurde der Bedarf ermittelt, die Standorte, Bedingungen, Kapazitäten, Möglichkeiten der stadttechnischen Erschließung und der Versorgung mit gesellschaftlichen Einrichtungen analysiert.

In diese Phase wurden die Medienträger einbezogen, um auch dort Übereinstimmung zu ihren langfristigen Konzeptionen herzustellen und Standorte mit unvertretbar hohem Erschließungsaufwand von vornherein auszuschließen.

Zur Zeit liegt erst ein Arbeitsmaterial vor – der Rahmen für die Detailarbeit, die konkret für jeden Standort weiterzuführen ist. In der zweiten Etappe wird die Konzeption für die Kreisstadt konkretisiert und die erste Grobkonzeption für alle Gemeinden bis 30. 6. 1983 erarbeitet.

Dazu wurden Beratungen in den Konsultationsgruppen der Gemeindeverbände vorbereitet. Die Ausgangsposition ist klar: Es gilt den Bedarf mit den Möglichkeiten und auch den Wünschen in Übereinstimmung zu bringen.

Auch wenn diese erste Etappe etwas trocken ist, Phantasie kann überall entwickelt werden. Vielleicht wird bei der Analyse immer zu wenig Phantasie entwickelt und deshalb ist dann auch das Ergebnis etwas zu trokken. Ohne Phantasie ist schöpferische Arbeit kaum möglich. Und ich glaube auch, daß man unter eine solche Arbeit nie den berühmten Schlußstrich ziehen darf. Jede Konzeption stirbt, wenn nicht ständig mit und an ihr gearbeitet wird.

Auch wenn es vielleicht wie ein Widerspruch klingt – eine langfristige Konzeption muß so aktuell wie eine Tageszeitung sein. Ist sie es nicht, besteht die Gefahr, daß nicht mit ihr gearbeitet wird. Sie muß also Mittel zum Zweck und niemals der Zweck sein.

Red.: Auf welche guten Erfahrungen, die in den letzten Jahren in Ihrem Kreis gewonnen wurden, wird man sich dabei künftig stützen können?

Ch. Menz: In den letzten Jahren war für die meisten Baubetriebe mit der Übergabe der Bauten die Arbeit abgeschlossen. Die Erhaltung und Modernisierung des Gebauten rückt jetzt erst als Aufgabe für die Baubetriebe in den Mittelpunkt.

Jeder Baubetrieb des kreisgeleiteten Bauwesens steht vor dieser Aufgabe. Es ist nicht sinnvoll, einen dieser Betriebe auszuschließen. Auch im Kreis wird das Territorialprinzip durchgesetzt. Bei der guten Verteilung der Betriebe im Territorium bringt das Vorteile – kurze Wege zu den Baustellen.

Die zur Zeit im Einsatz befindlichen Kapazitäten reichen noch nicht aus, um die Aufgaben zu erfüllen. Es wurde deshalb festgelegt, daß der gesamte Leistungszuwachs bis 1985 für die Instandsetzung und Modernisierung einzusetzen ist. Bei der Entwicklung der Baukapazitäten geht der Rat des Kreises Belzig von der Entwick-

lung des Bedarfs aus. Die langfristige Konzeption zur Lösung der Wohnungsfrage bis 1990 bildet also die Grundlage für die Entwicklung der Baukapazitäten und daraus sind rückwirkend Schlüsse für die Präzisierung der Konzeption zu ziehen.

Der Wohnungsneubau wird voraussichtlich bis 1990 nur unwesentlich steigen. In monolithischer Bauweise werden im Zeitraum 1986–1990 rund 14,7 Prozent der Wohnungen errichtet und 85,3 Prozent in der 1,1-Mp-Bauweise. Diese Kapazitäten stehen bereits zur Verfügung. Um die bereits begonnenen Standorte abzurunden und die vorhandene Versorgungskapazität auszulasten, werden 40,3 Prozent der Wohnungen eingesetzt, und 59,7 Prozent sind reine Lückenschließungen und dienen zur Verdichtung vorhandener Standorte.

Aus dem bereits erarbeiteten Material erscheinen für die Aufgaben in unserem Kreis folgende Steigerungsraten in den einzelnen Positionen gegenüber dem Zeitraum 1982–1985 als sinnvoll:

Neubau	101 Prozent
Instandsetzung	152 Prozent
Modernisierung	118 Prozent
Rekonstruktion	266 Prozent

Dabei wurde der Jahresdurchschnitt im Fünfjahrplan 1982–1985 dem jährlich abzudeckenden Bedarf im Zeitraum 1986 bis 1990 gegenübergestellt.

Bis 1985 ist die Entwicklung der Kapazitäten zur Abdeckung des Bedarfs bis 1990 abzuschließen. Der Bedarf ist in den einzelnen Jahren kontinuierlich abzuarbeiten. Es erscheint nicht sinnvoll, Kapazitäten aufzubauen, die in der Perspektive nicht ausgelastet werden können. Das trifft ebenfalls auf die Auslastung der einzelnen Gewerke im Planjahr zu. Das bedeutet größere Kontinuität in der gesamten Arbeit und noch bessere technologische Vorbereitung.

Wenn von der sinnvollen Verwendung des Vorhandenen gesprochen wird, ist nicht nur der Materialeinsatz, sondern sind auch die Baukapazitäten und der vorhandene Wohnungsbestand gemeint. Zielstrebig sind die Kapazitäten auf die Instandsetzung zu orientieren. Bis 1985 werden 5 technologische Linien im Kreis aufgebaut. Zusätzlich kommen Komplexbrigaden zum Einsatz. Bei der Struktur des Kreises und vor allem der Art der Bebauung ist der Einsatz von Komplexbrigaden in den einzelnen Gemeinden wesentlich wirkungsvoller. Unser Schwerpunkt liegt in der Spezialisierung und Profilierung der vorhandenen Kapazitäten für die neuen Aufgaben.

Nach dem Abschluß der Arbeit an der langfristigen Konzeption (2. Etappe), wenn der Bedarf auch in jeder Gemeinde konkret bekannt ist, kann auch die Kapazitätsentwicklung für jeden Betrieb festgelegt werden.

Erich Honecker führte in seiner Rede vor den 1. Kreissekretären aus, daß es uns nicht um statistische Effekte geht, sondern darum, die Ziele des Planes zu erreichen und zu überbieten und wo notwendig mit völlig neuen Lösungen. Darauf ist auch unsere Arbeit gerichtet.

Red.: Die Aufgaben eines Kreisarchitekten sind ja sehr vielfältig. Bleibt da für Sie genügend Zeit, um selbst auf eine gute städtebaulich-architektonische Gestaltung der Kreisstadt und der anderen Gemeinden im Kreis Einfluß zu nehmen?

Ch. Menz: Wenn ich diese Frage ganz ehrlich beantworte, muß ich sagen, daß nicht genügend Zeit für diese Aufgabe bleibt. Ich bin aber der Meinung: Wer wenig Zeit hat, muß langfristig planen.

Alle Arbeiten, die nur mit der Sicht auf den nächsten Tag ausgeführt werden, das haben meine Erfahrungen gezeigt, entsprechen nicht den gestellten Forderungen in der notwendigen Qualität und verlangen Nach- bzw. Doppelarbeiten.

Alle an der Lösung der Aufgabe Beteiligten müssen das gleiche Ziel verfolgen, nicht jeder seine persönliche Zielstellung. Nur so ist zeit- und kraftsparende Zusammenarbeit möglich.

Die beste Möglichkeit, Einfluß auf die Gestaltung zu nehmen, liegt erstens in der Ausarbeitung von umfassenden Planungen für die einzelnen Orte und zweitens im Angebot gut gestalteter Typen und guter Beispiellösungen. Diese gute Zusammenarbeit mit den örtlichen Räten darf nicht vernachlässigt werden. Hier hilft nur kontinuierliche Arbeit.

Im Rahmen des Planes Wissenschaft und Technik entwickelt der VEB (K) Bau Belzig auf der Grundlage eines Entwurfs der Bauakademie die Eigenheimserie B2. Diese Arbeit macht Freude, zwingt zur Auseinandersetzung und gibt Impulse auch für andere Aufgaben. Wichtig ist auch hier die Zusammenarbeit von der Formulierung der Aufgabenstellung über die Entwicklung bis zur Erprobung. Gute Partner haben wir für diese Aufgabe im Institut für landwirtschaftliche Bauten der Bauakademie der DDR, dem Bezirksbauamt Potsdam und der Abteilung Projektierung des VEB (K) Bau Belzig.

Wir wollen diese Arbeit auch 1984 weiterführen und haben die Absicht, den Anteil der neu entwickelten Typen und vor allem der Reihenhäuser beim Eigenheimbau im Kreis ständig zu erhöhen. In den Standortkonzeptionen wurde in der Stadt Belzig künftig ein Anteil von 90 Prozent Reihenhäusern ausgewiesen.

Eine sehr gute Möglichkeit der Einflußnahme bietet die Erarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen. In diese Arbeit werden sehr viele Bürger einbezogen. Hier fließen eigene Gedanken ein, in der Auseinandersetzung mit der Aufgabe wächst das Verständnis. Eigene Arbeit setzt sich immer leichter durch als fremde. Wichtig ist, daß bei der Arbeit nicht nur Aktivitäten geweckt werden, sondern sie müssen auch in die richtigen volkswirtschaftlichen Bahnen gelenkt werden.

Ich möchte nicht leugnen, daß es sehr kompliziert ist, dieser Aufgabe nachzukommen. Bei den meisten Bauten handelt es sich um Bauvorhaben der Bevölkerung. Hinter diesen Bauanträgen stehen ganz individuelle Bedürfnisse, Möglichkeiten und Vorstellungen. Hat der Gedanke erst feste Formen angenommen, ist es schwer, Veränderungen bei der Gestaltung zu erreichen, d. h. also neben administrativen Maßnahmen, wie die Durchsetzung der Gesetze und Beschlüsse, auch vorbeugend auf die Wünsche der Bürger, Betriebe und Einrichtungen Einfluß zu nehmen.

Neben den jährlichen Beratungen in den Konsultationsgruppen der Gemeindeverbände und Bürgermeisterberatungen werden wir jetzt auch gemeinsame Schulungen der Projektanten, Baubetreuer und Beauftragten der Staatlichen Bauaufsicht durchführen, um auch diese Probleme in der zur Verfügung stehenden Zeit besser lösen zu können.



1
Erhaltung und Instandsetzung treten auch in Belzig immer mehr in den Vordergrund. 1982 wurde der erste Abschnitt der Wiesenburger Straße in Belzig instand gesetzt.

2
Portal eines Wohnhauses in der Wiesenburger Straße

3
Instand gesetztes Fachwerkwohnhaus in der Wiesenburger Straße





Zu einigen Problemen bei der Planung und Vorbereitung von Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen der Wohnungsbausubstanz

Dr.-Ing. Gerhard Kaspari
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar
Weiterbildungsinstitut für Städtebau und Architektur

Wir stehen durch den hohen Zugang von Neubauwohnungen im letzten Jahrzehnt an der Schwelle zur Deckung des quantitativen Fehlbedarfs an Wohnungen. Die Anzahl der Wohnungen nähert sich im statistischen Durchschnitt der Anzahl der Haushalte.

Damit verändert sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die Aufgabenstruktur des Wohnungsbaus. Er wird vorwiegend der Überwindung noch vorhandener territorialer Unterschiede in den Wohnbedingungen dienen, die Funktion des Ersatzbaus für materiell und moralisch verschlissene Substanz übernehmen sowie Maßnahmen der Instandsetzung, Modernisierung und Rekonstruktion der Wohnungsbausubstanz umfassen.

Künftig wird nicht die Erhöhung des Wohnungsbestandes im Vordergrund stehen, sondern seine qualitative Verbesserung. Gleichzeitig gilt es vorhandene Gebäude, Versorgungsnetze und bauliche Anlagen besser als bisher zu nutzen, um u. a. eine Senkung des Material-, Energie- und Transportaufwandes zu erreichen.

Damit rückt auch im Wohnungsbau die Intensivierung immer mehr in den Vordergrund.

Das bauliche Erbe unseres Landes, das in Jahrhunderten entstanden ist und das in über drei Jahrzehnten sozialistischen Aufbaus wesentlich bereichert wurde, verkörpert einen hohen materiellen und kulturellen Wert.

Neben wirtschaftlichen Aspekten bestimmen gleichermaßen soziale und kulturelle Anforderungen den Kurs heutiger und künftiger Stadtentwicklung.

Es steht die Aufgabe, Schritt für Schritt bauliche Mängel der Vergangenheit in unseren Städten und Dörfern zu beseitigen und das Vorhandene den neuen Anforderungen anzupassen. Zugleich erhöht sich der qualitative Anspruch an das Neue, das immer mehr die Gestalt der Städte prägt.

Die entstandenen kulturellen Werte sind zu bewahren, neue progressive Züge in der Struktur und Gestalt der Stadt herauszubilden und immer günstigere Bedingungen für die weitere Entwicklung der sozialistischen Lebensweise zu schaffen.

Die intensive Nutzung und Reproduktion der vorhandenen baulichen Fonds sind ein erstrangiges gesellschaftliches Anliegen. Das ist ein Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft, eine Verpflichtung zur Wahrung unseres kulturellen Erbes, ein Grundanspruch zur ständigen Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Menschen. (1, 2)

Instandsetzung, Modernisierung und Rekonstruktion gewinnen als Reproduktionsformen baulicher Grundfonds zunehmende Bedeutung. Das erfordert, daß durch eine wissenschaftlich begründete städtebauliche Planung und Vorbereitung die Voraussetzungen für eine hohe Effektivität dieser Reproduktionsformen geschaffen werden müssen.

Die Orientierung auf die veränderte Struktur der Bauaufgaben war langfristig gegeben. Der Minister für Bauwesen hat bereits bei seiner Begründung des Wohnungsbauprogramms im Jahre 1973 darauf hingewiesen, daß ab 1980 der Wohnungsbau verstärkt auf den Übergang zur Rekonstruktion und Erneuerung unserer Städte ausgerichtet wird, insbesondere auch mittlerer und kleinerer Städte. (3)

Große Teile des Potentials wissenschaftlicher Einrichtungen und verschiedenster Bereiche der Volkswirtschaft wurden über einen langen Zeitraum eingesetzt, um den Wohnungsneubau auf extensiven Standorten mit hoher Effektivität zu gestalten. Bei der Durchdringung und Handhabung des Planungs- und Vorbereitungsprozesses für die Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen stehen wir vielfach erst am Anfang. Analysen und Untersuchungen ergaben, daß bei der Planung und Vorbereitung der Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen nicht mit den gleichen Methoden und Verfahren wie beim Neubau am Stadtrand gearbeitet werden kann. Dieser Prozeß ist inhaltlich komplizierter und umfassender. Auch ist er zeitlich anders zu gestalten.

Das soll an einigen Fakten dargestellt werden.

Für jedes Territorium, jede Stadt, jeden Standort stellt sich die erhaltungs- und modernisierungswürdige Substanz anders dar.

Vom Verfasser wurden verschiedene Standorte untersucht. Der Anteil der erhaltungswürdigen Gebäude differenziert von Standort zu Standort. Unterschiedlich sind auch die Wohnungsgrößen, der Wohnungsverteilerschlüssel, die Möglichkeiten in der Nutzungsvariabilität, der Ausstattungsgrad, der Bauzustand und damit auch die erforderlichen Aufwendungen für Zustands-, Ausstattungs- und Funktionsverbesserungen.

Die Verbesserung des Ausstattungsgrades der Wohnungen verändert die Anforderungen an die stadttechnische Ver- und Entsorgung. Gerade diesem Umstand müssen wir größtes Interesse entgegenbringen. Die Nutzung vorhandener Netze und baulicher Anlagen betrachten wir als ein wesentliches Element der Aufwandssenkung. Da aber die Bedingungen örtlich sehr unterschiedlich sind, erhalten wir zuverlässige Aussagen zu möglichen Aufwandsreduzierungen nur, wenn die Eignung und Belastbarkeit der vorhandenen Netze und baulichen Anlagen bereits in der Planungsphase standortbezogen untersucht wird.

Die Planung und Vorbereitung von Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen kann also nicht nur auf die Wohngebäude beschränkt werden, weil beispielsweise Veränderungen der Wohnungsgrößen und des Wohnungsverteilerschlüssels die Gestaltung und Ausstattung der wohnungsnahen Umgebung (Freiflächen, Flächen für den ruhenden Verkehr) beeinflussen können. Die Anforderungen an die gesellschaftlichen Einrichtungen können sich ebenso ändern.

Bei der Planung und Vorbereitung sind die Einflüsse und Anforderungen der Industrie- und Gewerbestätten zu analysieren, deren weitere Entwicklung ist zu bestimmen.

Bauliche Maßnahmen in vorhandenen Wohngebieten sind häufig mit erheblichen Eingriffen in soziale Gewohnheiten verbunden. Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, daß soziologische Untersuchungen bereits während der Erarbeitung des Generalbebauungsplanes durchgeführt werden, spätestens jedoch bei der Bearbeitung der Standortstudien im Rahmen der langfristigen Konzeption des komplexen Wohnungsbaus. Dabei darf die Soziologie nicht eigenständig neben der Stadtplanung stehen, sondern sie muß Bestandteil der städtebaulichen Planung sein. (4)

Innerstädtisches Bauen erfordert auch die Arbeit mit den Bürgern und zwar von der Planung bis zur Ausführung (z. B. unter bewohnten Bedingungen).

Den Bürgern sind mit viel Geduld (in den meisten Fällen ist das sicher mit erheblichem Zeitaufwand verbunden) die geplanten Maßnahmen zu erläutern, ihre konstruktiven Hinweise sind zu prüfen und gegebenenfalls zu verarbeiten.

Für den Bürger muß der gesamte Prozeß durchschaubar sein. Das heißt aber auch, die Planung darf sich nicht laufend ändern oder gar von einem Extrem in ein anderes fallen. Stabilität ist oberster Grundsatz und wird vornehmlich erreicht, wenn die Maßnahmen aus den örtlichen Bedingungen und Zusammenhängen abgeleitet werden.

Bei innerstädtischen Baumaßnahmen bestehen in der Regel unterschiedliche Eigentumsformen an Gebäuden und Grundstücken. Das erfordert, die Eigentumsformen frühzeitig zu ermitteln und mit den Eigentümern die notwendigen Vereinbarungen zu treffen. Die Forderung nach hoher Effektivität der Maßnahmen muß dabei nicht immer mit der Überführung der betreffenden Grundstücke und Gebäude in Volkseigentum gekoppelt sein, denn dadurch entsteht zum Teil beträchtlicher finanzieller Aufwand für Erwerb und Entschädigung, der vermieden werden kann. Außerdem gilt es, auch die Möglichkeiten zur Nutzung der Initiativen der Eigentümer zu nutzen.

Nicht jeder Fall ist in gleicher Weise zu behandeln, sondern durch Differenzierung in der Gestaltung der Eigentumsverhältnisse sind unter den jeweiligen örtlichen Bedingungen die günstigsten Lösungen zu ermitteln. (1)

Volkswirtschaftlich positive Effekte können erzielt werden, wenn stadttechnische Ver- und Entsorgungsleitungen in den Kellern der Gebäude verlegt werden.

Diese Möglichkeit werden wir in Altbaugebieten nicht allzu häufig antreffen, aber wo sie besteht, sollte sie ausgeschöpft werden, um den Aufwand für den Tiefbau zu reduzieren.

Aber gerade für die Lösung dieses Problems spielen Eigentums- und Rechtsträgerverhältnisse eine entscheidende Rolle. Wird diese Problematik nicht frühzeitig gelöst, kommt der mögliche volkswirtschaftliche Vorteil gar nicht oder nicht im vollen Umfang zur Geltung.

Ähnlich verhält es sich mit den Aufwendungen für das Installationssystem in den Gebäuden.

In einer Reihe von Gebäuden ist es nicht möglich, Bad/Dusche, WC und Küche an ein Installationsbündel anzuschließen. Hier besteht die Möglichkeit, durch Kombination mit den Nachbargebäuden Aufwandssenkungen zu erreichen.

Dazu sind aber gleiche Rechtsträger oder langfristig angelegte eindeutige Festlegungen zur Wartung und Instandsetzung erforderlich. Letztlich handelt es sich hier also auch um ein Problem der Eigentumsform, das frühzeitig zu klären ist.

Allein an der Darstellung der Eigentumsproblematik wird ersichtlich, wie unterschiedlich, tiefschichtig und kompliziert der Planungs- und Vorbereitungsprozeß der Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Vergleich zum analogen Prozeß des extensiven Wohnungsneubaus ist .

In der Regel bilden der bauliche Aufwand und die Möglichkeiten der Baubetriebe die entscheidenden Faktoren für die Festlegung der Reproduktionsformen.

Wir dürfen aber nicht nur von den Interessen der Gegenwart ausgehen, sondern müssen uns auch von langfristigen Zielstellungen leiten lassen. Im Blickfeld steht nicht nur die kurzzeitige Aufwandsökonomie, sondern auch die Betrachtung des langfristig erforderlichen gesellschaftlichen Aufwandes. Nicht die Variante ist als effektiv anzusehen, die kurzzeitige oder einmalige Aufwandsreduzierungen ermöglicht, sondern die, die langfristig ein Minimum an notwendigem Aufwand erfordert.

Unsere Maßnahmen müssen das Ziel haben, eine optimale Gesamtentwicklung der Stadt in ökonomischer, sozialer, funktioneller, technischer und architektonisch-künstlerischer Hinsicht zu sichern, wie es die Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur fordern.

Die Entscheidung über vorzusehende Maßnahmen kann also nicht allein auf bauwirtschaftliche Probleme reduziert werden, auch wenn die produktionstechnische Seite einen wesentlichen Bestandteil dieser Entscheidung bildet.

Aus diesem Grunde ist es erforderlich, daß der Ausführungsbetrieb frühzeitig (Erarbeitung der Aufgabenstellung) in den Bearbeitungsprozeß mit einbezogen wird, nicht nur unter dem Aspekt, den Verbindlichkeitsgrad der Planungsaussagen zu er-

höhen, sondern auch um dem Betrieb die Möglichkeit zu geben, sich auf diese Aufgaben mit seinem Leistungsprofil einzustellen, es gegebenenfalls zu ändern und weiterzuentwickeln, um eine hohe ökonomische und soziale Effektivität der Ergebnisse zu erreichen.

Dazu gehört aber auch, daß der Baubetrieb durch den Projektanten bereits in frühen Arbeitsphasen mit einem erheblichen Leistungsanteil wirksam wird. Überprüfungen von Projekten, Befragungen und Konsultationen in Projektierungseinrichtungen haben ergeben, daß es zur Vermeidung von Effektivitätsverlusten notwendig ist, erforderliche Aufmaßarbeiten durch den Projektanten vornehmen zu lassen. Hier gibt es zwar noch Vorbehalte, aber kontinuierlich setzt sich diese Auffassung mehr und mehr durch.

In der Verteilung der Leistungsanteile sollte angestrebt werden, daß die Projektierungsphase zu entlasten ist zu Gunsten erhöhter Leistungsanteile der Projektanten in der Planungsphase.

Die frühe Mitarbeit des Ausführungsbetriebes bildet auch eine wesentliche Grundlage für eine effektive Organisation der Bauprozesse und des Einsatzes entsprechender Technologien. Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß auch im Bereich der Instandsetzung, Modernisierung und Rekonstruktion die Verfahren in Richtung eines höheren Industrialisierungsgrades zu entwickeln sind. Dabei müssen wir aber mit unseren Vorstellungen von der Industrialisierung realistisch bleiben. So können beispielsweise in einer Reihe von Fällen selbst kleinteilige vorgefertigte Elemente nur in begrenztem Umfang eingesetzt werden. Die Größe dieser Elemente wird pauschal festgelegt durch die Dimensionen der Öffnungen im Gebäude wie Türen, Tore und Fenster.

Um diese im Umfang häufig geringen Möglichkeiten ausschöpfen zu können, ist es erforderlich, daß sich der Ausführungsbetrieb langfristig mit seinem Produktionsprofil auf diese Bedingungen einstellt.

Die wenigen hier vorgestellten Probleme sollten den Umfang und die Breite der Planungs- und Vorbereitungsproblematik für Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen verdeutlichen.

Einige Anforderungen, die sich daraus ergeben:

1. Beim Neubau wird ein Erzeugnis nach Vorgaben entwickelt, die sich aus sozialpolitischen Notwendigkeiten, städtebaulichen Anforderungen und technisch-ökonomischen Möglichkeiten ergeben. Bei der Rekonstruktion und Modernisierung müssen die vorhandenen Gebäude und baulichen Anlagen, einschließlich ihrer Randbedingungen, erst in funktioneller, konstruktiver und wirtschaftlicher Hinsicht untersucht und analysiert werden, um die komplexen Auswirkungen (u. a. auch die sozialen) auf das Gebiet in der Planung und Vorbereitung erfassen zu können.
Die Gesamtheit der Eigenschaften des Untersuchungsgegenstandes und der Grad seiner Eignung für den vorgesehenen Verwendungszweck sind zu prüfen.
2. Jeder Standort, jedes Gebäude, jede Wohnung ist differenziert zu betrachten.
Alle erforderlichen Maßnahmen sind aus der örtlichen Situation abzuleiten und mit den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen, d. h. das Spektrum der Untersuchungen ist breiter anzulegen, als zeitweilig Realisierungsmöglichkeiten bestehen.
3. Zur Erreichung einer hohen und umfassenden Wirksamkeit der Maßnahmen ist es erforderlich, einen großen Teil von vorbereitenden Leistungen in die Planungsphase zu verlegen.

Ebenso ist die Mitwirkung eines großen Kreises von Partnern der verschiedensten Bereiche notwendig.

Die Vorverlegung eines Teils der Leistungen in die Planungsphase und die Einbeziehung aller erforderlichen Partner in den Planungs- und Vorbereitungsprozeß ist zu sichern, um volkswirtschaftliche Verluste zu vermeiden und um eine hohe sozialpolitische Wirksamkeit zu erreichen.

Der Verfasser hat Vorschläge zum Inhalt und Umfang der Leistungen sowie zu den Verantwortlichkeiten bei der Planung und Vorbereitung der Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen erarbeitet, die auf den hier zum Teil dargestellten Anforderungen aufbauen.

Analog zum Gesetzblatt I/23 vom 13. 7. 1978 wird vorgeschlagen, die Phasen

– Standortstudien als Bestandteil der langfristigen Konzeption des komplexen Wohnungsbaus,

– Aufgabenstellung und

– Dokumentation zur Grundsatzentscheidung zu präzisieren bzw. neu zu gestalten.

Der Inhalt dieses Vorschlages läßt sich knapp zusammengefaßt so darstellen:

– In den Standortstudien werden die funktionellen, kompositorischen und gestalterischen Zusammenhänge der Standorte in der Struktur der Stadt und zu angrenzenden Gebieten auf der Grundlage städtebaulicher Planungsergebnisse aus der Generalbebauungsplanung geklärt.

Ein wichtiges Element in dieser Arbeitsphase besteht darin, daß im Rahmen der Erarbeitung der Standortbedingungen die grundsätzliche Eignung bzw. Nichteignung der vorhandenen Gebäude und baulichen Anlagen für die weitere Erhaltung und Nutzung nachzuweisen ist. Übergreifende Bewertungskriterien sind für diesen Nachweis die Funktionstüchtigkeit und der Bauzustand.

– In der Phase der Erarbeitung der Aufgabenstellung wird eine umfassende und tiefgründige Untersuchung der Teile der Standorte vorgenommen, für die Maßnahmen in einem Zeitraum bis zu maximal fünf Jahren zur Realisierung gelangen sollen.

Es sind eindeutige Aussagen mit hoher Verbindlichkeit zu erarbeiten hinsichtlich der Reproduktionsformen, ihrer Auswirkungen und Folgemaßnahmen einschließlich des erforderlichen Aufwandes sowie Aussagen zum Ablauf.

In dieser Phase ist auch, im Gegensatz zum extensiven Wohnungsbau, der Bebauungsplan zu erarbeiten.

– In der Phase Erarbeitung der Dokumentation zur Grundsatzentscheidung erfolgt lediglich eine Präzisierung der Aufgabenstellung.

Sie wird durch das verbindliche Angebot des Ausführungsbetriebes untersetzt.

Die Erarbeitung der Aufgabenstellung bildet den Schwerpunkt bei der Planung und Vorbereitung.

Die umfangreichen Leistungen sind in dieser Phase erforderlich, da Fehler und Mängel, die zu einem späteren Zeitpunkt erkannt werden, in der Regel schwer korrigierbar sind bzw. zusätzliche Aufwendungen erfordern.

Durch die Vorverlagerung eines großen Teils der Leistungen aus der Phase Dokumentation zur Grundsatzentscheidung in die Phase Aufgabenstellung wird es in den meisten Fällen möglich sein, die Grundsatzentscheidung auf der Grundlage der Aufgabenstellung zu fällen und auf eine weitere Dokumentation zu verzichten.

Durch diese Verlagerung eines großen Teils der Leistungen in frühe Arbeitsphasen sind für Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen bautechnische Projektierungsleistungen nur noch für komplizierte Details, zur Beseitigung von in vorangehenden Phasen nicht erkannten Mängeln und ähnlichen Leistungen erforderlich. Ein Teil dieser Probleme ist durch den Projektanten während der Ausführung direkt auf der Baustelle zu lösen.

Die bautechnischen Projektierungsleistungen sind zu verlagern. Der Anteil in der traditionellen Projektierungsphase ist zu reduzieren zu Gunsten der Mitwirkung der Projektanten in der Phase Erarbeitung der Aufgabenstellung und zur aktiven Mitwirkung auf der Baustelle während der Realisierung der Baumaßnahmen.

In dem Vorschlag, der beim Verfasser angefordert werden kann, sind die Leistungen detailliert dargestellt, als Maximalprogramm, um alle möglichen Zusammenhänge und Situationen zu erfassen.

Für den Anwendungsfall ist immer von dem Grundsatz auszugehen, nur die für die örtliche Situation unbedingt erforderlichen Leistungen zu erbringen. Ein besonders kompliziertes Problem ist die Leitung dieses Prozesses und die Abgrenzung der Verantwortlichkeiten.

Die örtlichen Volksvertretungen und ihre Räte sind verantwortlich für die Instandsetzung, Modernisierung, Rekonstruktion, den Um- und Ausbau sowie den Neubau von Wohnungen, für die städtebaulich-architektonische Entwicklung ihres Territoriums. Sie verwirklichen dabei die einheitlichen staatlichen Grundsätze auf dem Gebiet des Bauwesens, des Städtebaus und der Wohnungspolitik.

Die Mitglieder der örtlichen Räte gewährleisten, daß die zu ihrem Aufgabengebiet gehörenden Fachorgane, Betriebe und Einrichtungen, die ihnen übertragene Verantwortung für die Durchführung der Beschlüsse voll wahrnehmen.

Vom Rat des Bezirkes sind langfristig die Aufgaben festzulegen, für die unmittelbar der Rat des Bezirkes und seine Organe verantwortlich sind, und jene Aufgaben zu bestimmen, die in Verantwortung der Räte der Kreise/Städte geplant, vorbereitet und durchgeführt werden.

Dabei muß die Möglichkeit genutzt werden, bestimmte Aufgaben, für die der Rat des Kreises bzw. der Stadt verantwortlich ist, im Einvernehmen mit den zuständigen Fachorganen des Bezirkes, den bezirksgeleiteten Einrichtungen (z. B. Büro für Städtebau, Tiefbaukombinat) zu übertragen.

Die Leiter dieser bezirksgeleiteten Einrichtungen, die im Auftrag der Räte der Kreise/Städte Aufgaben durchführen, sind dafür dem betreffenden Rat rechenschaftspflichtig, unbeschadet ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber dem Rat des Bezirkes hinsichtlich der Erfüllung ihrer Gesamtaufgaben. (5)

Die Zuordnung der Verantwortlichkeiten wird wie folgt vorgeschlagen:

– Die Erarbeitung der Standortstudien ist im Auftrag der örtlichen Räte durch die zuständige Plankommission zu realisieren.

Dazu werden von der Plankommission die zuständigen städtebaulichen Planungseinrichtungen, die Fachabteilungen der örtlichen Räte der Kreise bzw. Städte, die versorgungspflichtigen und die zur Durchführung vorgesehenen Betriebe sowie die gesellschaftlichen Organisationen zur Mitarbeit herangezogen. Die Mitarbeit dieser Partner ist örtlich differenziert nach den territorialen Bedingungen festzulegen. In dieser Phase ist bereits die Mitarbeit des Hauptauftraggebers zu sichern.

– Die Erarbeitung der Aufgabenstellung steht ebenso wie die Erarbeitung der Standortstudie unter der Verantwortung der Plankommission. Die Plankommission beauflagt mit der Erarbeitung der Aufgabenstellung den zuständigen Hauptauftraggeber.

Die Zuordnung nach Standortgrößen an den Hauptauftraggeber beim Rat des Bezirkes bzw. Rat des Kreises sollte dabei nicht dogmatisch erfolgen, sondern aus den Notwendigkeiten der Standorte abgeleitet werden.

Dieser erarbeitet die für die Aufgabenstellung erforderlichen Leistungen gemeinsam mit den ausführenden Betrieben und Einrichtungen, mit den Versorgungsträgern, den Fachabteilungen der örtlichen Räte und der städtebaulichen Planungseinrichtung.

– Im Auftrag der Rechtsträger erarbeitet der eingesetzte Hauptauftraggeber die Dokumentation zur Vorbereitung der Grundsatzentscheidung.

Es ist erforderlich, daß im Auftrag des örtlichen Rates ein staatliches Organ die Leitung dieses Prozesses übernimmt, in dessen Auftrag nur ein städtebauliches Planungsbüro und nur ein Hauptauftraggeber tätig wird. Diesem Hauptauftraggeber steht auch nur ein General- bzw. Hauptauftragnehmer als Vertragspartner gegenüber. (1)

Die Verantwortung für die Bearbeitung der umfangreichen Leistungen ist so festzulegen, daß der Prozeß der Planung und Vorbereitung soweit als möglich durchgängig und ohne Qualitätsverluste gestaltet werden kann.

Quellen

(1) Schlußwort des Staatssekretärs für Städtebau, Wohnungsbau und örtliches Bauwesen auf dem zentralen Erfahrungsaustausch zur einheitlichen Leitung, Planung und Durchführung komplexer Baumaßnahmen in innerstädtischen Gebieten im Fünfjahrplanzeitraum bis 1985.
Ministerium für Bauwesen, Berlin 1982.
(2) Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluß des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates der DDR. ND v. 29./30. Mai 1982.
(3) Junker, W.: Das Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1976 bis 1990.
Dietz Verlag, Berlin 1973.
(4) Hunger, B.: Soziologische Untersuchungen als Bestandteil städtebaulicher Planung der Umgestaltung von Altbauwohngebieten.
Promotion. Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Weimar 1981.
(5) Gesetz vom 12. Juli 1973 über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der DDR. GBl. I. Nr. 32.
Staatsverlag der DDR, Berlin 1980.

Probleme der Projektierunng bei Umbau und Rekonstruktion

Prof. Dr.-Ing. Bernhard Klemm, Architekt
Dresden

Im Kollektiv, das heute ein Bauprojekt aufstellt, kommt dem Architekten die Erarbeitung des Entwurfes zu. Wenn der Entwurf dabei als die „bildhafte Vorwegnahme eines angestrebten Zustandes" definiert wurde – wie es Herbert Ricken in seinem Buch „Der Architekt" formuliert hat –, dann ist diese Definition so weit gefaßt, daß sie gleichermaßen auf den Entwurf eines Neubaues wie auf den eines Umbaues zutrifft. Diese zwei Formen des Entwerfens unterscheiden sich jedoch grundsätzlich in ihren Voraussetzungen:

– der Neubauentwurf geht von einer Funktion aus, von der vom geplanten Bauwerk geforderten Nutzung,
– der Umbauentwurf geht von einem Gebäude aus, vom bestehenden Altbau, der modernisiert oder auch umfunktioniert werden soll.

Diese Umkehrung von Ausgang und Ziel des Projektierungsvorganges bei Neubau und Umbau verkehrt aber auch den Projektierungsablauf selbst.

Nach solcher grundsätzlichen Feststellung soll im folgenden der Umbauentwurf und zwar der für Wohn- und Gesellschaftsbauten besprochen werden – einmal, weil diese Bauvorhaben gegenwärtig Vorrang haben – zum anderen, weil man das am besten kennt, was man selbst jahrelang gebaut und umgebaut hat.

Beim Entwerfen vom Altbau ausgehen erfordert, diesen Altbau so gut wie möglich kennenzulernen und zu dokumentieren. Für den Projektierungsvorgang ergibt sich deshalb eine Abfolge in drei Etappen:

– die Etappe Dokumentation,
– die Etappe Bewertung und
– die Etappe Umbauentwurf.

In die ersten beiden Etappen, in die Dokumentation und in die Bewertung also, ist jedoch nicht nur der Altbau einzubeziehen.

Zu jedem Gebäude gehören eine Funktion und eine Konstruktion, aber die Funktion „Wohnen" findet ihre Erfüllung nicht nur in der Wohnung und im Wohnhaus, sondern – und das ist ein Zeichen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung – mehr und mehr in der Wohnumgebung. Die Nähe von Kinderkrippe, Kindergarten und Schule, vom Einkaufszentrum, Kino, Theater, von der Poliklinik und von den Haltestellen der Verkehrsmittel – die Lage aller dieser gesellschaftlichen Einrichtungen zur Wohnung spielt für deren Nutzbarkeit eine ganz entscheidende Rolle. Und diese Wohnumgebung reicht ja vom Häuserblock über das Stadtviertel bis zur ganzen Stadt und darüber hinaus. Man muß deshalb die Wohnumgebung ebenfalls dokumentieren und bewerten, ehe man mit dem Umbauentwurf beginnen kann. Da selbstverständlich auch die konstruktiven Eigenschaften der Wohnumgebung wichtig sind – das Ausmaß und der Zustand von Straßen, Versorgungsleitungen, Energiebetrieben –, kann ein Umbauprojekt wirklich effektvoll und eindeutig erst dann aufgestellt werden, wenn die städtebauliche Leitplanung für die gesamte Stadt ausgearbeitet und beschlossen wurde und wenn bestätigte Teilbebauungspläne vorliegen.

Über die Dokumentation des Altbaues, über die Durchführung der Bauaufnahme also, braucht hier nichts gesagt zu werden. Die Hilfe seitens der Photogrammetrie bei der Abbildung von Fassaden und von Dachlandschaften ist bekannt. Bekannt sind aber auch die Schwierigkeiten, die es unmöglich machen, vor Baubeginn in einem bewohnten Hause eindeutig dessen verdeckten konstruktiven Bestand zu analysieren, zu dokumentieren und zu bewerten. Viele Konstruktionen werden eben erst dann erkennbar, wenn die Bauteile geöffnet und damit überschaubar sind. Beachten muß man weiterhin die Zeitgebundenheit der Dokumentation, die eine ständige Fortschreibung der dokumentierten Zustände verlangt. Nach wie vor ungeklärt ist schließlich auch die einheitliche Bewertung der Wohnfunktion; es gibt noch immer keinen offiziellen Bewertungsmaßstab – weder im Bereich unserer Republik, noch in dem des RGW oder dem der UNESCO. Der Trend, in die historische Altstadt zu ziehen, wie er sich etwa auf der Prager „Kleinseite" oder in der „Stadt zwischen den Brücken", der Altstadt von Stockholm, seit vielen Jahren zeigt, bestätigt, daß Altstadtwohnungen überaus attraktiv sein können. Die Bauaufnahme muß die möglichst eingehende Dokumentation des baulichen Bestandes – und des Zustandes dieses Bestandes – bringen, sie muß aber auch die derzeitige Funktion des Altbaues und Varianten für eine Umfunktionierung oder Neufunktionierung erkennen lassen.

Ein Haus wird also zweifach verschlissen – einmal materiell in seinen Konstruktionen, zum anderen funktionell in seiner Nutzung. Vor Beginn der Umbauarbeiten kann höchstens der funktionelle Verschleiß dokumentiert und in seinem vollen Umfang eingeschätzt werden. Eine umfassende Ermittlung des materiellen Verschleißes wird erst während und durch die Umbauarbeiten erbracht. Immerhin müssen die beiden ersten Etappen der Umbauprojektierung in ihrem Ergebnis die Entscheidung zu einer der drei nachfolgend genannten Maßnahmen ermöglichen:

– Instandsetzen – also Rekonstruktion des Bestandes
– Aufwerten – also Verbessern der bauphysikalischen Eigenschaften
– Modernisieren – also Verändern der Raumzahl, Verbessern der Raumzuordnung und der technischen Ausstattung.

Diese Einschränkungen bedeuten für die dritte Etappe des Projektierungsvorganges – für den eigentlichen Umbauentwurf – die Unmöglichkeit, ein Projekt von gleicher Vollständigkeit auszuarbeiten wie für einen Neubau. Zum Beispiel haben alte Häuser regelmäßig Decken aus Holzbalken. Schon deren Spannrichtung ist aus der Nagelfolge auf den Dielen nicht eindeutig zu erkennen – und schon gar nicht der Zustand der Balkenköpfe am Auflager in der Außenwand. Mit den Grundrissen, Schnitten und Ansichten des Altbaues hat die Bauaufnahme jedoch zwei Gefüge des Hauses klar dokumentiert:

– sein Raumgefüge und
– sein Tragwerkgefüge.

Diese beiden Gefüge sind es, die das Umbauprojekt festlegen sollten. Durch sein Raumgefüge wird das Haus einer speziellen Grundrißgruppierung und damit bestimmten Varianten für die Nutzung zugeordnet:

– dem Einfamilienhaus
– dem Mehrfamilienhaus
– bei großen Räumen einer gesellschaftlichen Nutzung als Klubhaus, Jugendheim
– oder mit dem Mittelflur zwischen zwei tragenden Wänden einem Zellenbau, also Hotel, Internat, Feierabendheim oder auch Verwaltungsgebäude.

Und bei den Wohnungen bestimmt deren Raumgefüge die

– Bewohnbarkeit und die
– Bewirtschaftbarkeit,

zwei Faktoren damit, die vor allem über die Qualität einer Wohnung entscheiden.

Das Tragwerkgefüge begründet die beim Umbau zu verwendenden konstruktiven Lösungen und entscheidet letztlich über die Wirtschaftlichkeit des Umbauprojektes. Die Varianten des Tragwerkgefüges,

– das Massivgefüge mit tragenden Längs- oder Querwänden,
– das Skelettgefüge meist als Holzfachwerk, aber auch mit Stahl- und Stahlbetonstäben ausgeführt und
– das Scheibengefüge als modernste Gefügeart, die erst mit der statischen Berechnung des Tragwerkes und der Normung der Baustoffeigenschaften möglich wurde –

diese Varianten setzen sich bis in die Bauteile fort – etwa, daß der Gefügestruktur nach ein Sparrendach zum Massivbau und ein Pfettendach zum Skelettbau gehört. Weiterhin muß bedacht werden, daß bei traditionellen Bauweisen – im Gegensatz zu den Montagebauweisen – Konstruktionen des Rohbaues stets streng getrennt sind von Ausbaukonstruktionen und daß nur Rohbauteile, also

– Fundamente,
– tragende Wände,
– Decken und
– Dachstühle

Lasten aufnehmen. Diese strikte Trennung der Konstruktionen ist es, die im Zuge der Umbauarbeiten den Austausch und die Zufügung von Ausbauteilen so sehr erleichtert. Gerade mit solcher Ergänzung durch Ausbauelemente und Elemente der TGA können häufig schon die Forderungen nach Modernisierung der Altbauwohnungen erfüllt werden – denn was diesen Wohnungen vor allem anederen fehlt, sind Innen-WC und Innenbäder. Die Mietshäuser der umfangreichen Stadterweiterungen zu Ende des vergangenen Jahrhunderts – wie der Stadtbezirk Prenzlauer Berg in Berlin oder die Leipziger Ostvorstadt – zeigen eine ganze Reihe typischer Grundrisse, die regelmäßig wenigstens eine der nachgenannten Raumreserven für den Einbau der fehlenden Innen-WC und Innenbäder anbieten:

– große Wohnküchen mit Vorratskammern
– lange Korridore
– Treppenhäuser mit heute unzulässigen Holztreppen.

Und wo sich keine dieser drei Reserven findet, dort ist vielfach der Anbau eines Sanitärturmes an der Hoffassade möglich.

Faßt man zusammen:

Die Hand des Projektanten sollte beim Entwerfen eines Hausumbaus von zwei Überlegungen gelenkt werden:

– von der einen, das Raumgefüge des Altbaues zu berücksichtigen und beizubehalten
– und von der anderen, auch das Tragwerkgefüge des Altbaus zu berücksichtigen und zu erhalten.

Zum Beginn des Umbaues – für die Baugenehmigung und für die Bereitstellung der Baumittel – genügt ein Umbauprojekt mit Zeichnungen im Umfang etwa der früheren Baueingabe und in deren Maßstab 1 : 100, dazu einer sehr eingehenden Baubeschreibung, der ein verbindliches Bauprogramm als Ergebnis des Umbaues zugrunde zu legen ist, weiterhin einer statischen Berechnung für die vor Umbaubeginn erkennbaren Maßnahmen am Tragwerk. Die Umbaukosten lassen sich bei einigen Erfahrungen, die örtlich gesammelt werden müssen, recht zutreffend einschätzen. Anders als bei Neubauten erscheint es aber unbedingt erforderlich, daß ein erfahrener Baufachmann von Baubeginn an ständig auf der Baustelle weilt und mindestens wöchentlich einmal, gegebenenfalls häufiger Baubesprechungen einberuft. Das kann ein Brigadier, Meister oder auch Bauingenieur sein – früher erfüllte diese Aufgabe der Polier. An den Baubesprechungen sollten neben diesem örtlichen Bauleiter regelmäßig der Projektant, Vertreter des Hauptauftraggebers wie des Hauptauftragnehmers, sowie von Fall zu Fall der Statikingenieur und die anderen Spezialprojektanten, Vertreter der Denkmalpflege und der Ausführungsbetriebe – vor allem aber ein Vertreter der Staatlichen Bauaufsicht teilnehmen. Bei diesen Baubesprechungen werden Details erörtert und an Ort und Stelle entschieden – Details, die erst während der Bauarbeiten erkennbar wurden, dazu kurzfristig zu liefernde Zeichnungen und statische Berechnungen vereinbart.

Anders als bei Neubauten steht damit am Ende der Umprojektierung das modernisierte Haus – und nicht nur dessen Projekt. Der Projektant hat erst mit dem fertiggestellten Bau seine Aufgabe erfüllt, er hat mitgebaut und nicht nur gezeichnet. Im Ergebnis jahrzehntelanger Arbeit im Fach sei abschließend empfohlen, mit den Untersuchungen der Bauaufnahme und der Bewertung sowie mit der Aufstellung des Umbauprojektes den gleichen Bearbeiter zu beauftragen und ihn auch noch während der Bauzeit ständig in die Aufgaben der Bauleitung einzubeziehen.

Zur städtebaulichen Qualität und Effektivität von neuen Wohngebieten

Dipl.-Arch. Wilfried Pfau
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Der vorliegende Beitrag entstand auf der Grundlage eines Berichtes über das Bestätigungsverfahren für Bebauungskonzeptionen mit mehr als 1000 WE, der von einem Kollektiv unter Leitung des Institutes für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR erarbeitet wurde (Autoren: Dipl.-Arch. W. Pfau, Arbeitsverantwortlicher; Dipl.-Arch. K.-H. Brunner; Dipl.-Arch. E. Diehl; Dipl.-Ing. H. Eichner; Dipl.-Ing. B. Heber, Wirtschaftler K. Koch; Dipl.-Ing. L. Kuhnert; Dipl.-Ing. I. Lehmann; Dipl.-Arch. F. Menz; Ing. B. Sommer; Dipl.-Gärtner H. Thiemann; Dipl.-Ing. G. Zeuchner / Institut für Städtebau und Architektur der BA/DDR; Ing. M. Franke; Obering. H. Machill / Institut für Ingenieur- und Tiefbau der BA/DDR; Bauing. B. Ebert; Obering. F. Jahn / Gutachterstelle beim Ministerium für Bauwesen)

Ausgehend von der 7. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR ist im Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985 mit dem günstigsten Verhältnis von Aufwand und Ergebnis eine weitere grundlegende Verbesserung der Wohnverhältnisse in der DDR zu erreichen. Dazu sind der Bauaufwand um 15 Prozent zu senken und eine hohe Qualität im komplexen Wohnungsbau zu gewährleisten. Es wurden Maßnahmen sowohl für bereits geplante und in Realisierung befindliche Wohngebiete als auch für die Präzisierung von Planungsgrundlagen wirksam. Praktische Erfahrungen und neue wissenschaftliche Ergebnisse in bezug auf die Erhöhung der Effektivität fanden als Forderungen Eingang in die „Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten im Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985" und in davor gültige Planungsgrundlagen. Zu den Forderungen gehören eine Mindesteinwohnerdichte von 250 Ew/ha, die vorrangige Anwendung des mehrgeschossigen Wohnungsbaus, die differenzierte Bemessung gesellschaftlicher Einrichtungen unter konsequenter Berücksichtigung örtlicher Bedingungen, die Planung rationeller Grundstücksflächen für Vorschuleinrichtungen und Schulen, die Anwendung differenzierter Forderungen für den ruhenden Verkehr und die Städtebauhygiene sowie die weitgehende Erhaltung vorhandener Bausubstanz. Im Jahre 1982 rückten neu herangereifte Erfordernisse in den Mittelpunkt der Arbeit. So wird, wie in den „Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" beschlossen, das innerstädtische Bauen die weitere Erfüllung des Wohnungsbauprogramms wesentlich bestimmen. Dazu gehören auch die Erfordernisse zur Erhaltung und Einbeziehung vorhandener Bausubstanz und zur Senkung des Transportaufwandes und des Kraftstoffverbrauchs.

Anliegen dieses Beitrages ist es, das bei der Planung und Gestaltung von Wohngebieten seit 1979 für die Erhöhung von Qualität und Effektivität Erreichte an Beispielen und Tendenzen im Vergleich mit Ergebnissen von Bebauungskonzeptionen (BBK) darzustellen, die vor 1979 geplant wurden. Damit sollen gleichzeitig die Aussagen des Beitrages in Heft 5/81 der Zeitschrift „Architektur der DDR" eine Abrundung auf der Grundlage einer größeren Anzahl BBK erfahren. Ausgangspunkt für den vorliegenden Beitrag sind rund 60 BBK mit insgesamt etwa 200 000 Wohnungen. Die Standorte dieser Wohngebiete lassen sich folgendermaßen charakterisieren: Sie verteilen sich auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte in 14 Bezirken einschließlich der Hauptstadt Berlin. Der Anteil der Wohnungen in Großstädten liegt bei etwa 60 Prozent. Die durchschnittliche Wohnungsanzahl der Wohngebiete beträgt 3300 und die durchschnittliche Einwohnerzahl etwa 9500. Die Standorte liegen vorwiegend noch am Rand der Städte. Drei Standorte innerhalb der kompakten Stadtgebiete und die Tatsache, daß die Hälfte der Wohngebiete unmittelbar an vorhandene Substanz grenzt, deuten die neue Bauaufgabe der nächsten Jahre an. Die Bauflächen wurden bisher überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Im einzelnen wird auf die funktionelle Organisation und städtebaulich-räumliche Gestaltung, die Baulandausnutzung und auf die Senkung des geplanten Aufwandes im komplexen Wohnungsbau eingegangen.

Zur funktionellen Organisation und städtebaulich-räumlichen Gestaltung der Wohngebiete

Ausgehend von dem Ziel, eine kulturvolle Umwelt zu schaffen, sind entsprechend den Forderungen der Komplexrichtlinie Gliederung und Gestalt der Wohngebiete aus der Komposition der Stadt abzuleiten und unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen räumlichen Beziehungen und der Beziehungen zur umgebenden Landschaft sowie unter Berücksichtigung der vorhandenen erhaltenswerten oder denkmalpflegerisch wertvollen Bausubstanz zu entwickeln. In Übereinstimmung damit wurden für etwa die Hälfte der BBK Leitplanungen erarbeitet (z. B. Erfurt-Südost, WK Wiesenhügel; Cottbus-Schmellwitz, 1. BA, oder Zwickau-Eckersbach, BA V, BG 2). Die damit erreichte komplexe Berücksichtigung gesamtstädtischer und gesamtgebietlicher Zusammenhänge hatte positive Auswirkungen auf die funktionelle Gliederung und Struktur der Gebiete und auf die Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen, indem stärker von ihrem Netzcharakter ausgegangen wurde. Ansätze für eine neue Qualität der baulich-räumlichen Gestaltung zeigen sich dort, wo Forderungen nach einer effektiven Nutzung des Baulandes vorrangig berücksichtigt wurden, und dort, wo die Einbeziehung vorhandener topographischer, landschaftlicher und baulicher Gegebenheiten zur Herausbildung charakteristischer Raum- und Bebauungsstrukturen führte.

Beispiele für die Herausbildung städtebaulich geschlossener Raum- und Bebauungsformen zeigen bei Überbietung der Mindesteinwohnerdichte um bis zu 10 Prozent die BBK für Cottbus-Schmellwitz, 1. BA; Berlin, WK Hohenschönhausen-Nord, oder Magdeburg-Olvenstedt, 3. BA. Aber auch in hängigem Gelände mit vorwiegend zeilenförmiger Bebauung zeigen BBK wie Erfurt, WK Wiesenhügel, oder Suhl-Nord, WK C, eine interessante und einprägsame Gestaltung, auch bei Überbietung der Mindesteinwohnerdichte. Bei den BBK für Strausberg, WG Hegermühle; Borna, WG Gnandorf; oder Mühlhausen, WG Am Riesenainger, führt die Anwendung einfacher Gestaltungsprinzipien bei weitgehend geschlossenen Bebauungsformen und ausschließlich mehrgeschossigen Wohngebäuden ebenfalls zu guten Entwurfslösungen. (Abb. 1–5)

Übereinstimmend mit den „Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" gebührt im Interesse von Unverwechselbarkeit und Ausdrucksstärke städtebaulich-architektonischer Lösungen auch der Einordnung von Werken der architekturbezogenen bildenden Kunst besondere Aufmerksamkeit. Für etwa 70 Prozent der BBK wurden Konzeptionen der architekturbezogenen bildenden Kunst erarbeitet. Aus städtebaulicher Sicht ist ihre Qualität jedoch noch sehr unterschiedlich. Künftig sollte es vor allem darum gehen, die Werke der architekturbezogenen bildenden Kunst in Übereinstimmung mit der städtebaulichen Idee konsequenter zur Bereicherung der städtebaulichen Haupträume einzusetzen und die schöpferische Zusammenarbeit zwischen Architekten und bildenden Künstlern in frühen Entwurfsphasen zu beginnen.

Zur Wohnbebauung

Für fast 90 Prozent der BBK wird eine vorwiegend mehrgeschossige Wohnbebauung geplant, wobei sich der Anteil mit ausschließlich mehrgeschossigen Wohngebäuden erhöhte. Das langjährig bewährte Prinzip der Differenzierung der Bebauung in Erschließungsräume und fahrverkehrsfreie Grünräume wird, wie auch vor 1979, bei etwa 90 Prozent der BBK angewendet. Ein geringerer Anteil BBK als vor 1979 erreicht diese Differenzierung jedoch für mehr als 80 Prozent der Wohnungen. Das hat seine Ursache in einem wesentlich höheren Anteil offener Bebauungsformen, vor allem infolge einer größeren Anzahl Standorte in hängigem Gelände, aber auch infolge fehlender Eck- und Verbinderlösungen. Offene Bebauungsformen werden bei rund 20 Prozent, gemischte bei 35 Prozent und weitgehend geschlossene (Hof oder Mäander/Hof) bei 45 Prozent der BBK angewendet. (Abb. 6)

Als Haupterzeugnis der Plattenbauweise wird überwiegend die Wohnungsbauserie 70 eingesetzt. Ihr effektiver Einsatz in hängigem Gelände und in Verbindung zu vorhandener Gebäudesubstanz sowie die intensivere Nutzung des Baulandes und die Minimierung der Erdmassenbewegungen hängen dabei wesentlich von der städtebaulichen Qualität des Gebäudesortiments ab. Am Beispiel von Standorten in Randlage und auch in Innenstadtbereichen ist erkennbar, daß mit größerer Variabilität in den Gebäudelängen, geringen Segmentlängen und größeren Gebäudetiefen, geschlossenen Eck- und Verbinderlösungen, öffentlichen Durchgängen und zweiseitiger Erschließbarkeit – Einsatzmöglichkeiten, die gegenwärtig noch nicht überall gegeben sind – räumliche und gestalterische Verbesserungen und zugleich höhere Effekte bei der Baulandausnutzung und der Energieverwendung erzielt werden können.

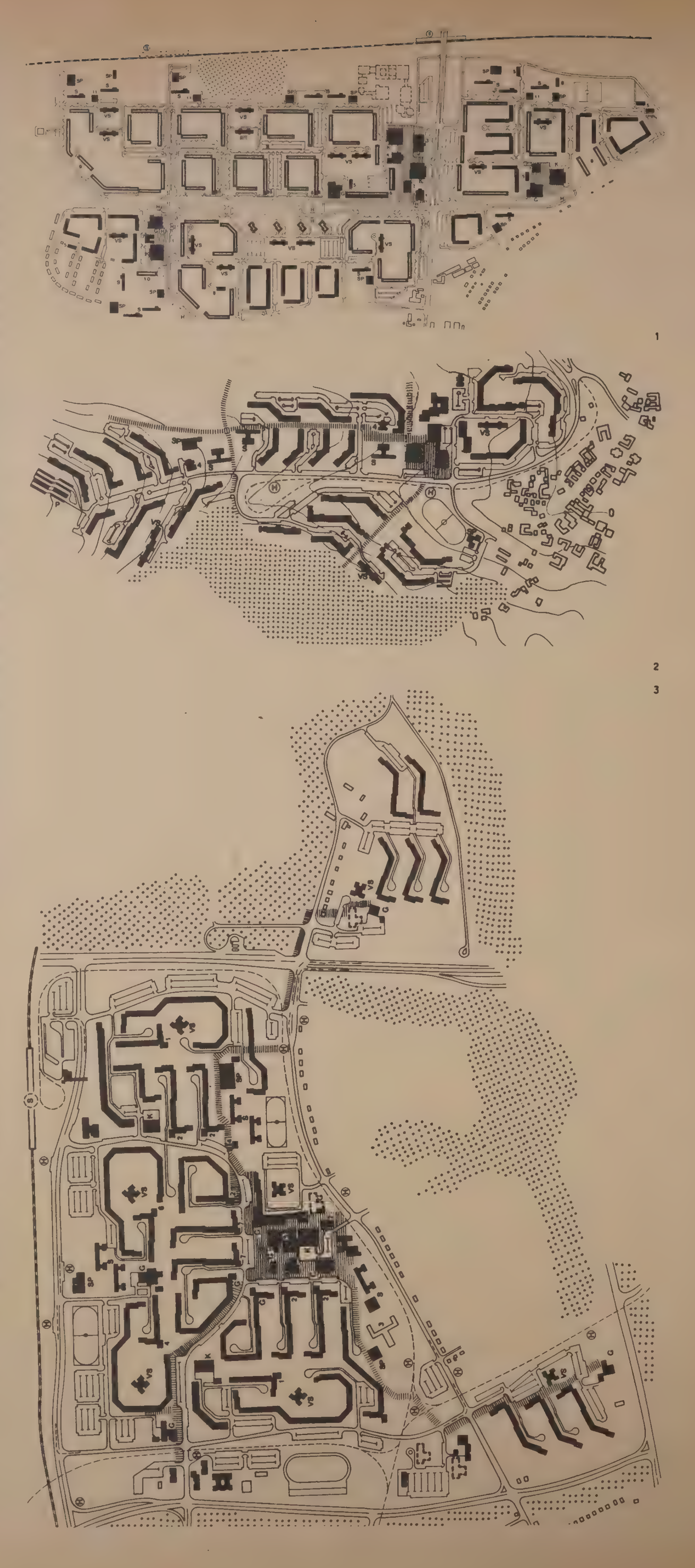
Zur Einordnung und Gestaltung gesellschaftlicher Einrichtungen und Zentren

Die funktionelle Organisation sowie die Gestaltung gesellschaftlicher Bereiche und

Zentren hat bei den BBK an Qualität besonders dort gewonnen, wo durch günstige Einordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen, durch bessere Ausnutzung des Baulandes sowie infolge Einordnung von gesellschaftlichen Einrichtungen in die Wohngebäude konzentrierte und differenzierte Erlebnisbereiche geplant wurden. In den BBK Berlin, WK Hohenschönhausen-Nord; Rostock, WG Dierkow, und Dresden-Gorbitz, 3. WK, sind die gesellschaftlichen Zentren funktionell-räumlich vorteilhaft eingeordnet, weisen funktionelle Dichte auf und sind eng mit Fußgängerbereichen und dem öffentlichen Verkehr verflochten. Während die Zentren in Berlin, WK Hohenschönhausen-Nord, und Rostock, WG Dierkow, an gesamtstädtisch wichtigen Straßen eingeordnet wurden, waren für die Lage des Hauptzentrums von Dresden-Gorbitz in Übereinstimmung mit seiner Funktion Blickbeziehungen zum Stadtzentrum maßgebend. In Potsdam, WK am Schlaatz, ist das Zentrum günstig zum Landschaftsraum an der Nuthe mit der Schlaatzinsel orientiert. Etwa die Hälfte der Zentren ist städtebaulich vorteilhaft so eingeordnet, daß sie nicht nur ihre Versorgungsfunktion für das Wohngebiet gut erfüllen, sondern auch optisch in gesamtstädtisch wichtige Bereiche hineinwirken und von ihrer Lage her anziehend auch auf umliegende Gebiete wirken. Diese Einordnungsqualität ist ein wesentlicher Fortschritt. In 70 Prozent der BBK sind punktförmige Zentren vorgesehen. Bei 20 Prozent der BBK wurden Zentren nicht erforderlich, da es sich bei diesen Gebieten um Abrundungsbebauungen bestehender oder geplanter Wohngebiete handelt, deren Zentren günstig von den neu anzusiedelnden Einwohnern genutzt werden können. Nach dem Charakter der geplanten Einrichtungsarten handelt es sich meist um Versorgungszentren für den täglichen Bedarf.

Bei mehr als der Hälfte der BBK zeigt sich die positive Tendenz, die Programme der gesellschaftlichen Einrichtungen aus größeren bestehenden oder geplanten städtischen Gebieten abzuleiten und Reserven gesellschaftlicher Einrichtungen in Nachbargebieten mitzunutzen. In der Regel fehlt noch ein ausreichend exakter Kapazitätsnachweis. Durch Erarbeitung fundierter Leitplanungen für größere städtische Teilgebiete kann dieser Mangel zielgerichtet überwunden werden. Mit Hilfe der Netzkonzeptionen der Fachplanträger und der Generalbebauungspläne müssen für die Arbeit an den BBK Festlegungen zum Standort, zur Kapazität und zum Profil der gesellschaftlichen Einrichtungen erreicht werden. In den Ausstattungsprogrammen zeigt sich, daß Vorschuleinrichtungen, Schule, Sporthalle, Verkaufsstelle (WtB), Komplexannahmestelle für Dienstleistungen, Feierabendheim mit Pflegestationen, Wohngebietsgaststätte, ambulante medizinische Einrichtungen sowie Friseur-Kosmetik-Salon in allen erforderlichen Fällen geplant wurden. Die in der Komplexrichtlinie enthaltenen Richtwerte werden teilweise nicht erreicht.

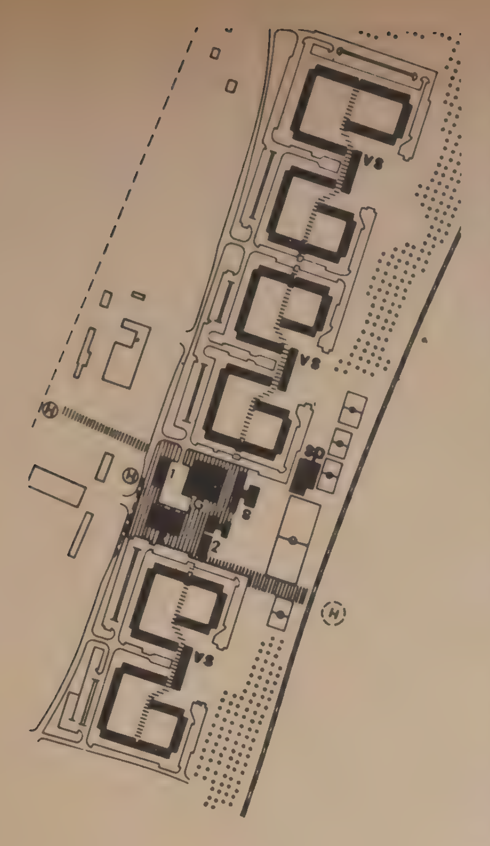
In den BBK ist ein vielfältiges Angebot bezirklicher Projekte für die wichtigen Einrichtungsarten erkennbar. Eine Zunahme war auch bei Funktionsüberlagerungen festzustellen. Sie werden für die räumliche Abgrenzung und als Aufwertung von Fußgängerbereichen überwiegend vorteilhaft angewendet. Im Interesse der Baulandausnutzung sowie räumlich und energieökonomisch günstiger Lösungen sollten mehr Funktionsüberlagerungen im mehrgeschossigen Wohnungsbau eingeführt werden.



1

2

3



4



5

1
Berlin, Wohnkomplex Hohenschönhausen-Nord: Das Prinzip des additiven Zusammenfügens einzelner Bebauungsquartale zu einer überschaubaren Großeinheit wird bei dieser Bebauungskonzeption mit rund 42 700 Einwohnern sichtbar. Drei Zäsuren gliedern das Wohngebiet in fünf Bebauungskomplexe. Eine straffe, schalenförmig geschwungene oder linear organisierte Randbebauung begrenzt sie markant. An die benachbarte vorhandene Bebauung erfolgt eine maßstäbliche Anpassung durch Absenken der Bebauungshöhe. Die Verknüpfung mit dem um den Malchower See vorgesehenen Park wird günstige Erholungsmöglichkeiten schaffen.

2
Erfurt-Südost, Wohnkomplex Wiesenhügel: Komplizierte Geländebedingungen und eine benachbarte Dorfanlage mußten berücksichtigt werden. Es ist gelungen, durch Addition einprägsamer Bebauungsgruppen, durch eindeutige Ausbildung der Randzonen, durch günstige Einordnung des Zentrums im Interesse guter Blickbeziehungen sowie durch Nutzung des inneren Verkehrserschließungssystems als räumlich gliederndes Element eine relativ kompakte Gestalt in harmonischem Zusammenspiel mit dem Gelände zu erzielen.

3
Rostock, Wohngebiet Dierkow: Durch Anwendung vielgestaltiger Bebauungsstrukturen wurde angestrebt, Unverwechselbarkeit des Ganzen und einzelner Teilbereiche zu erzielen. Wenige wiederkehrende Grundelemente für die Bebauung wurden übergeordneten Gestaltungsprinzipien unterworfen, wie dem der Symmetrie im nordwestlichen Bereich, dem der achsialen Zuordnung im mittleren Bereich oder der hierarchisch geordneten Raumbildung. Das im Schwerpunkt des Wohngebietes gelegene Zentrum ist räumlich klar begrenzt und öffnet sich zur Haupterschließung. Die Randgestaltung berücksichtigt die spezifischen Bedingungen des Standortes.

4
Strausberg, Wohngebiet Hegermühle: Die Addition weitgehend gleicher Bebauungselemente führt in Übereinstimmung mit den Standortbedingungen zu einer erlebbaren Grundordnung mit günstiger funktioneller Einordnung und Raumbildung für die Zentrumseinrichtungen. Bei guter Einbindung des schönen Waldbestandes werden die Wohnbereiche unter Beachtung der Fußgängerbeziehungen vorteilhaft in Erschließungsräume und fahrverkehrsfreie Grünräume differenziert.

5
Borna, Wohngebiet Gnandorf: Das kleine Wohngebiet mit annähernd 4000 Einwohnern zeigt eine im Zusammenhang mit der Bebauung des südlichen Stadtrandes und der interessanten landschaftlichen Situation entwickelte überschaubare Grundstruktur. Die gesellschaftlichen Einrichtungen sind funktionell und gestalterisch günstig im Übergang zur vorhandenen Substanz unter Berücksichtigung von Reserveflächen konzentriert. Eine Grundkonzeption für den benachbarten Landschaftsraum wurde im Interesse der Naherholung, sportlichen Betätigung und damit der harmonischen Verbindung gleichzeitig bearbeitet. Blickbeziehungen wurden differenziert freigehalten.

Bei der Planung jeder BBK muß erreicht werden, daß alle Möglichkeiten der territorialen Rationalisierung, der vollen Nutzung vorhandener gesellschaftlicher Einrichtungen in Nachbargebieten, des Einsatzes von volkswirtschaftlich effektiven Projekten und der Mehrzweck- und Mehrfachnutzung geeigneter Einrichtungen ausgeschöpft werden.

Zur Freiflächengestaltung

In den meisten BBK werden die landschaftlichen Gegebenheiten beachtet und bewußt zur Entwicklung unverwechselbarer Zentrums-, Fußgänger- und Wohnbereiche genutzt. So sind beispielsweise die Wohngebiete in Mühlhausen, Am Rieseninger, oder in Berlin, WK Hohenschönhausen-Nord, durch Öffnen der Randbebauung und über Fußwege optisch und funktionell mit benachbarten Parks oder Naherholungsgebieten verbunden. In Eberswalde-Finow werden Waldstücke und Baumgruppen erhalten und in die Bebauung einbezogen. Bei Standorten in hängigem Gelände wie in Plauen-Chrieschwitz, TG IV, werden günstig Blickschneisen zum Zentrum oder in benachbarte Landschaftsräume freigehalten. (Abb.7) Benachbarte Naherholungsgebiete werden in der Regel in engem Zusammenhang mit Wohngebieten geplant. Wo das nicht der Fall ist und die Wohngebiete an entwicklungsfähige und zur Erholung geeignete Bereiche angrenzen, sollten landschaftsplanerische Konzeptionen möglichst größerer städtischer Teilgebiete erarbeitet werden.

Der Anteil der BBK mit vorhandenen oder geplanten Parks und Naherholungsgebieten oder für die Erholung geeigneten Flächen in der geforderten Größenordnung von mindestens 6 ha in Entfernungen bis 1250 m ist auf über 90 Prozent angestiegen. Ähnlich den vor 1979 geplanten BBK weisen annähernd die Hälfte der BBK zusammenhängende, weitgehend fahrverkehrsfreie Freiflächensysteme aus, deren Führung in der Regel mit wichtigen Fußgängerbeziehungen übereinstimmt und die oft Teil der Grünverbindungen der Stadt sind. (Abb. 8)

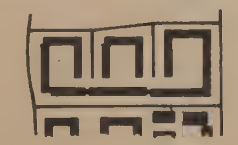
Die Mehrzahl der BBK zeigt, daß sich die intensive Flächennutzung nicht nachteilig auf Ausstattungsprogramme und Qualität der Freiflächen der Wohnbereiche, der Vorschuleinrichtungen und der Schulen auswirkt. In mehreren BBK, beispielsweise für Erfurt-Südost, WK Wiesenhügel; Berlin, WG Marzahn-Ost, und Schwedt (O.), 1. bis 3. BA, ist es gelungen, bei unterschiedlich gestalteten Freiräumen in bezug auf Funktion, Bau- und Pflegeaufwand, Vegetationsflächenanteil und Baumanordnung effektive Baulandsausnutzung mit hoher Qualität der Freiflächenplanung zu verbinden. Besondere Gestaltungsmittel sollten verstärkt in gesellschaftlich bedeutsamen Bereichen Anwendung finden, während in Wohnbereichen bewußt im Gegensatz dazu einfache Gestaltungsmittel eingesetzt werden sollten.

Wesentliches Element der Freiflächengestaltung sind Bäume. Sie sind langfristig das wirkungsvollste und ein aufwandsparendes Gestaltungsmittel im Freiraum. In mehr als der Hälfte der BBK wurden Bäume für die weitere räumliche Differenzierung als Reihen, Alleen, Haine, Baumgruppen und Einzelbäume städtebaulich vorteilhaft eingesetzt. Gestaltungsabsichten sind jedoch nur realisierbar, wenn sie zeitgleich mit der Bebauung im Rahmen der BBK festgelegt werden, insbesondere

6 **Bebauungsformen im Wohnbereich**



Schmalkalden-Walperloh, 3. BA



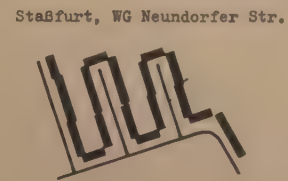
Cottbus-Schmellwitz, 1. BA



Berlin, WG Marzahn-Nord



Döbeln-Nord, WG Am Holländer



Staßfurt, WG Neundorfer Str.

Leipzig-Grünau, WK 8

dann, wenn die Projektierung der Freiflächen anschließend in mehreren Teilobjekten erfolgt. Bepflanzungskonzeptionen entsprechend den Forderungen der Komplexrichtlinie mit Nachweis einzelner Gehölzarten, wie sie für Cottbus-Schmellwitz, 1. BA; Eisenhüttenstadt, WK VII, und Eberswalde-Finow, WG „Max Reimann", erarbeitet wurden, sind noch immer Ausnahmen. Im Interesse hoher Qualität sollten sie grundsätzlich Bestandteil der BBK werden. (Abb. 9)

Zur Verkehrserschließung

Auch die Planung der Verkehrserschließung war vom Streben nach Lösungen mit möglichst geringem Flächenbedarf geprägt. So wurde eine durchschnittliche Verkehrsflächenreduzierung um etwa 20 Prozent erreicht, die ihren Niederschlag in höheren Einwohnerdichten und in der Senkung der Investitionen für Verkehrsanlagen findet. Die Flächenreduzierungen sind auf die Anwendung der überarbeiteten TGL 21770 – Parkflächen zurückzuführen, die eine Reduzierung der Bemessungswerte für Stellplätze auf funktionell erforderliche Mindestmaße vorschreibt. Sie sind außerdem durch einen höheren Anteil Stellplätze an Anliegerstraßen sowie durch neue Querschnittsbemessungen für die Anliegerstraßen erzielt worden. Die äußere und die innere Verkehrserschließung werden jeweils bei etwa 40 Prozent der BBK vorgesehen. Der Anteil BBK mit äußerer Erschließung hat abgenommen, der mit innerer zugenommen. Ein zusammenhängendes, im wesentlichen fahrverkehrsfreies Fußwegenetz, das die Wohnbereiche mit den Zentren, den Haltestellen des öffentlichen Verkehrs sowie mit den Schulen verbindet, ist etwa bei der Hälfte der BBK vorgesehen worden. Für alle Wohngebiete ist die Erschließung durch öffentliche Personennahverkehrsmittel geplant. Bei etwa 90 Prozent der Planungen sind Haltestellen günstig in unmittelbarem Zusammenhang mit den Zentren ausgewiesen. Die Fußwegentfernungen zu Stellplätzen des ruhenden Verkehrs und zu Haltestellen werden generell eingehalten.

Zum Bauen in innerstädtischen Gebieten

Als Beispiele dieser neuen Bauaufgabe waren drei BBK vertreten: Berlin, Hauptstadt der DDR, WK Straße der Befreiung-Süd; Senftenberg-Innenstadt, 2. BA, und Magdeburg, Neue Neustadt (Westseite), 1. BA. (Abb. 10) Generell zeigt sich: der Übergang zum Bauen in innerstädtischen Gebieten ist mit der Erhöhung des funktionellen und architektonischen Niveaus der Gesamtstadt zu verbinden. In stärkerem Maße als bisher wird es darum gehen, kleinere Wohnungsbauvorhaben in vorhandene Bebauungsstrukturen einzuordnen. Wohngebiete können aus dieser Sicht nicht mehr als eigenständige, in sich geschlossene Einheiten funktionell geordnet und geplant werden. Die Zusammenarbeit zwischen Bebauungsplanung und Generalbebauungsplanung gewinnt an Bedeutung und muß sich in stärkerem Maße auch auf die Gestaltung beziehen. Als problematisch erweisen sich an solchen Standorten, gemessen an Vorgaben für Neubauwohngebiete am Rand der Städte, die geringe Variabilität der bisher auf Neubaustandorten eingesetzten Erzeugnisse, die Unterbringung des ruhenden Verkehrs, der Flächen für Vorschuleinrichtungen, Schulen und für Spiel- und Sportplatzanlagen, die Einhaltung der Forderungen der Städtebauhygiene und der Dichteforderungen. Daraus leitet sich die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung der bisher für den Neubau am Stadtrand gültigen Planungsgrundlagen für ein Bauen in innerstädtischen Gebieten ab.



7

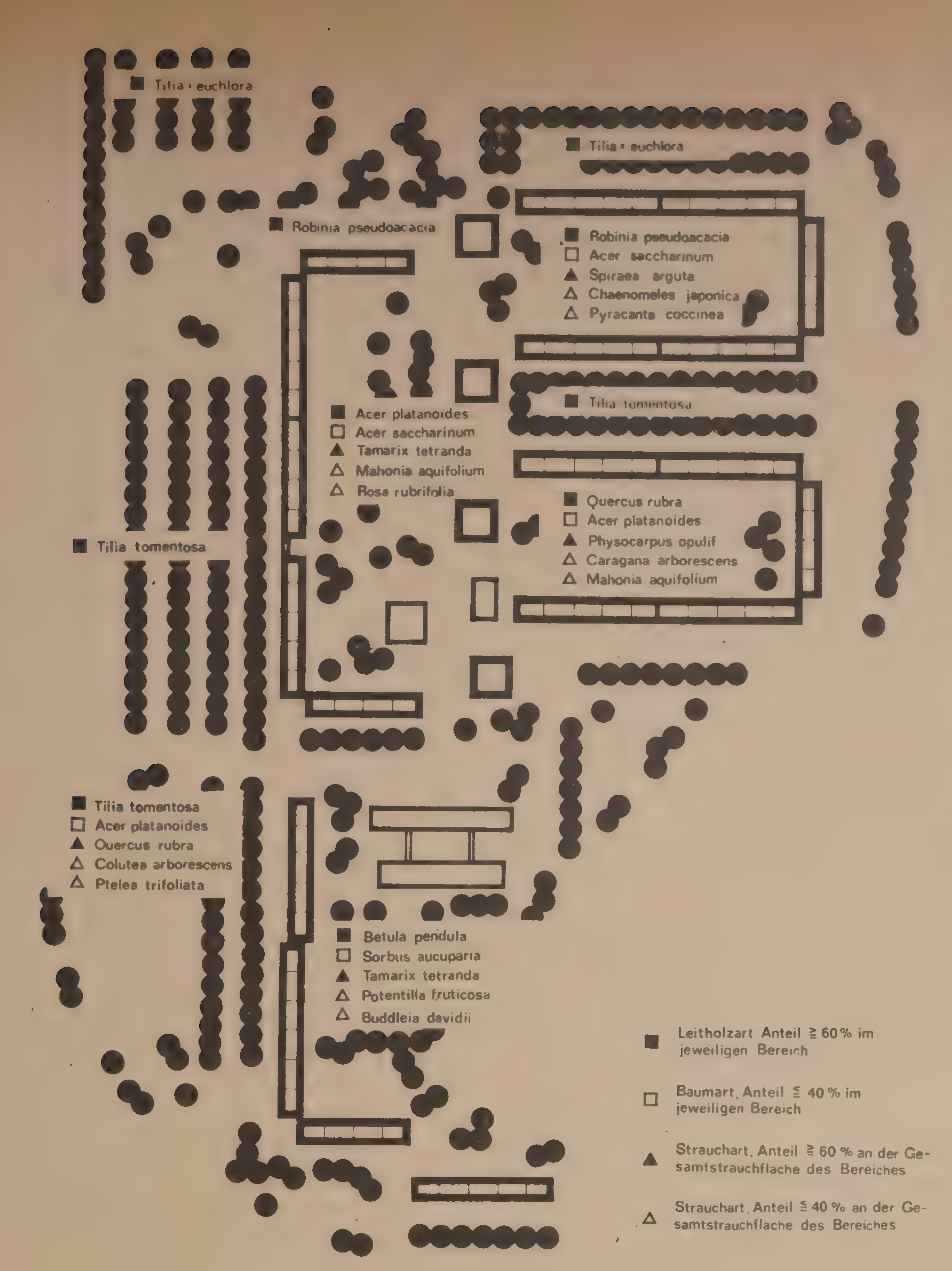
Zur Intensität der Flächennutzung in den Wohngebieten

Die Anstrengungen in den Jahren seit 1979 haben zu einer wesentlich besseren Ausnutzung des Baulandes geführt. Die Einsparung an Bauland und die deutlich höhere Dichte sind eine wichtige Ursache für die Reduzierung des spezifischen Aufwandes im komplexen Wohnungsbau. Der Vergleich der Mittelwerte der Einwohnerdichte seit 1974 zeigt zwischen 1979 und 1982 einen deutlichen Anstieg. Besonders deutlich ist die Erhöhung um rund 18 Prozent auf durchschnittlich 255 Ew/ha bei Wohngebieten mit vorwiegend mehrgeschossiger Bebauung. Reduzierungen sind bei allen spezifischen Flächen feststellbar, am stärksten bei den gesellschaftlichen Einrichtungen und den Verkehrsflächen. (Abb. 11 und 12)

Voraussetzungen für eine Reduzierung des Wohnbaulandes waren vor allem geringere Abstandsflächen zwischen Wohngebäuden, zwischen Anliegerstraßen und Wohngebäuden infolge präzisierter Forderungen der Städtebauhygiene sowie eine verstärkte Einordnung von PKW-Stellflächen in Erschließungsräumen. Die verminderte spezifische Fläche für gesellschaftliche Einrichtungen ist vor allem zurückzuführen auf die Mitnutzung von Kapazitäten, die in Nachbargebieten vorhanden sind oder vor-

8





9

gesehen werden, auf die Beschränkung der Kapazitäten auf Mindestwerte und teilweise auf eine im Vergleich zu Forderungen der Komplexrichtlinie zu geringe Ausstattung.

Die geforderten Mindestdichten werden bei Wohngebieten mit vorwiegend mehrgeschossigen Wohngebäuden eingehalten und überschritten. Die 1981 und 1982 begutachteten BBK erreichen darunter die günstigsten Werte. Bebauungskonzeptionen wie Cottbus-Schmellwitz, 1. BA; Erfurt-Südost, WK Wiesenhügel; Weißwasser Süd, II. BA; Magdeburg-Olvenstedt, 3. BA; Eisenhüttenstadt, WK VII, 1. BA; und Staßfurt, WG Neundorfer Straße, zeigen deutlich die Möglichkeit, effektive Baulandausnutzung mit funktionell und gestalterisch guten Lösungen zu verbinden. Diese und andere Beispiele lassen erkennen, daß bei konsequenter Nutzung der Möglichkeiten der Intensivierung eine den Forderungen entsprechende gestalterische Qualität erzielt werden kann. Worin kann sich das im einzelnen zeigen?

Die intensive Nutzung des Baulandes zwingt zu disziplinierteren Bauformen mit klareren Randausbildungen, übersichtlicheren Raumführungen und -begrenzungen. Die höhere Konzentration von Einwohnern kann zu mehr Variabilität der Einordnung gesellschaftlicher Zentren im Interesse ihrer gesamtstädtischen Wirksamkeit sowie zu stärkerer Konzentration gesellschaftlicher Einrichtungen zum Zwecke höherer funktioneller Dichte und vielfältigerer Gestaltungsmöglichkeiten genutzt werden. Es können städtische, räumlich engere und funktionell vielfältigere Fußgängerbereiche mit günstigen Beziehungen zwischen fließendem Verkehr, ÖPNV und Fußgängerverkehr entstehen. Die Planung des Lärmschutzes erfordert jedoch größere Sorgfalt, da sich mit der Verdichtung die Lärmsituation verschärfen kann. Beispiele von BBK lassen erkennen, daß Lösungsmöglichkeiten bestehen, die den erhöhten Anforderungen entsprechen. Deutlich wird an den BBK der vergangenen Jahre jedoch auch, daß hohe Qualität sich nicht automatisch einstellt, sondern Engagement und künstlerische Meisterschaft erfordert.

Zur Senkung des geplanten Aufwandes im komplexen Wohnungsbau

Der in der Phase der städtbaulichen Vorbereitung geplante Investitionsaufwand für den komplexen Wohnungsbau wurde im Vergleich zu BBK der Jahre 1977 bis 1979 im Durchschnitt gesenkt. Damit wird die in Heft 5/81 angegebene Tendenz durch die Analyse einer repräsentativen Anzahl BBK und WE prinzipiell bestätigt. Die wesentliche Ursache der Senkung des geplanten Aufwandes liegt in der Erhöhung der Einwohnerdichte, aber auch in

— Veränderungen der städtebaulichen Programme vor allem als Folge der besseren Nutzung von Reserven und der in Ansätzen komplexeren Ermittlung, ausgehend von der Netzplanung der Stadt,

— einer rationelleren funktionellen Organisation und Gestaltung der Hochbauten, der Verkehrs- und stadttechnischen Erschließung einschließlich der Reduzierung der Erdmengenbewegung und des Zementeinsatzes sowie der Ablösung von Bitumen im Straßenbau,

— einer besseren Berücksichtigung der vorhandenen Bausubstanz und der topographischen und landschaftlichen Besonderheiten.

Die in Heft 5/81 für die Elemente des Wohngebietes im einzelnen aufgeführten Möglichkeiten für Aufwandssenkungen haben auch aus der Sicht der größeren Anzahl BBK ihre Gültigkeit. Hier soll noch auf folgendes eingegangen werden:

■ Wesentliche Voraussetzung für die Realisierung einer Ausstattung entsprechend der Komplexrichtlinie ist die Einhaltung der staatlichen Normative. Für weitere Einrichtungsarten der 1. Versorgungsstufe, für die es bisher keine Normative gibt, wie Zweigbibliothek, Friseur-Kosmetik-Salon, Post, Sparkasse und Reparaturstützpunkt sollten Investionsaufwandsnormative er-

10

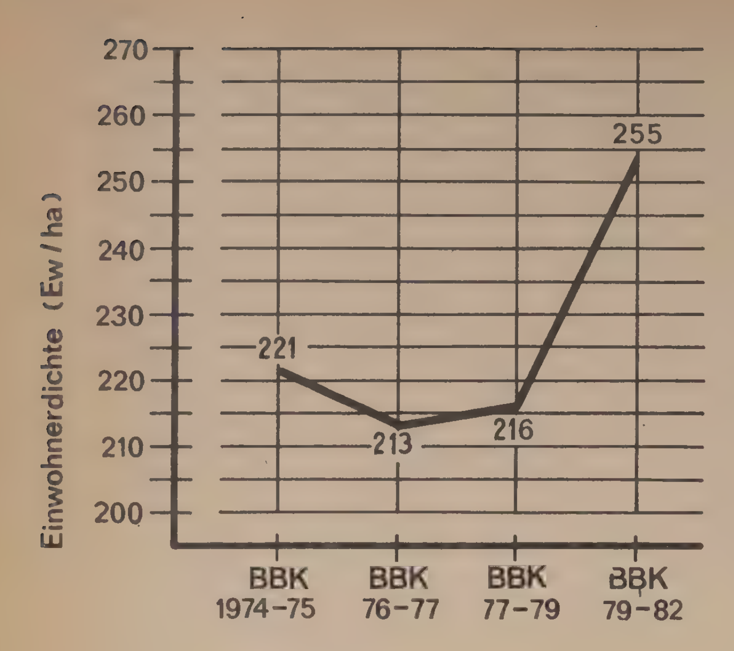


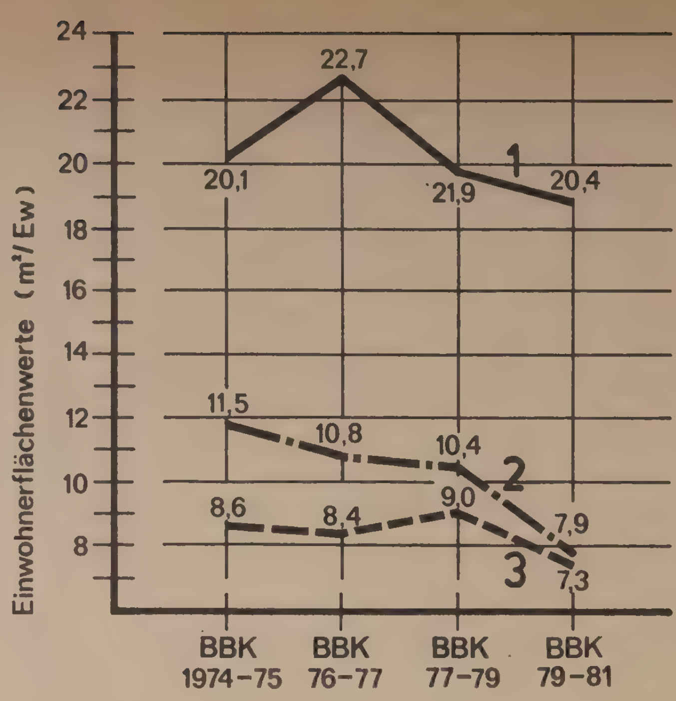
7
Plauen-Crieschwitz, Teilgebiet 4: Die stark geneigte Fläche fällt zum gesellschaftlichen Bereich. Die Baumanordnung unterstützt die beabsichtigte Blickbeziehung.

8
Einordnung des Wohngebietes Am Holländer in die Stadt Döbeln: Wohngebietszentrum und fahrverkehrsfreier Hauptfußgängerbereich des Wohngebietes sind Teil der geplanten Grünverbindungen der Stadt, die das Stadtzentrum, das Ausflugsziel Holländermühle sowie das Erholungszentrum verbinden.

9
Eisenhüttenstadt, Wohnkomplex VII (1. Bauabschnitt, südlicher Teil). Gehölzartenkonzeption zur weiteren Herausbildung charakteristischer Freiräume

10
Senftenberg, Innenstadt, 2. Bauabschnitt: Innerstädtischer mehrgeschossiger Wohnungsbau in enger Verbindung mit vorhandener Bausubstanz in unmittelbarer Nachbarschaft zum östlich angrenzenden Stadtzentrum





11
Entwicklung der vergleichbaren Einwohnerdichte für Wohngebiete mit mehr als 75 Prozent der Wohnungen in mehrgeschossigen Wohngebäuden in Ew/ha (gewichtete Mittelwerte 1974 bis 1982)

12
Entwicklung der durchschnittlichen Größen ausgewählter Flächenkategorien für Wohngebiete mit mehr als 75 Prozent der Wohnungen in mehrgeschossigen Wohngebäuden (gewichtete Mittelwerte, 1974 bis 1981)
1 Wohnbauland und Vegetationsflächen am Wohngebietsrand
2 Flächen des Verkehrs
3 Flächen für gesellschaftliche Einrichtungen

arbeitet werden. Für manche Einrichtungsarten werden mitunter „Pavillonbauten" angewendet, die sowohl hinsichtlich des Materialverbrauchs, der Energieökonomie und des Aufwandes unökonomisch sind. Wohngebäude mit Funktionsunterlagerungen sind für solche Zwecke aufwandsmäßig, flächenökonomisch und städtebaulich-räumlich wesentlich günstiger.

■ Reserven für Aufwandssenkungen liegen in der umfangreicheren Anwendung von Leitungsgängen anstelle von Sammelkanälen sowie in der Anwendung von Aufwandsnormativen auch für Teile der Sekundärerschließung.

■ Im Interesse einer komplexen Beurteilung der Effektivität von Wohnungsbaumaßnahmen in der Phase der Bearbeitung der BBK sollten in verstärktem Maße auch die Investitionen außerhalb des komplexen Wohnungsbaus (Investitionen der Planträger und für Primärmaßnahmen) in die Betrachtung einbezogen werden, da sie einen Umfang von 15 Prozent bis 25 Prozent des komplexen Wohnungsbaus erreichen.

Wie schon in Heft 5/81 festgestellt, werden von kleineren Wohngebieten bis etwa 2500 WE im Zeitraum 1979 bis 1982 günstige ökonomische Werte erreicht, die unter den staatlichen Orientierungswerten für den komplexen Wohnungsbau bleiben. Diese Wohngebiete nutzen teilweise gesellschaftliche Einrichtungen in Nachbargebieten oder in Stadtzentren und weisen niedrige Aufwendungen für die Sekundärerschließung auf.

Zusammenfassung

Die Planung und Gestaltung der Wohngebiete im Zeitraum 1979 bis 1982 zeigt eine den Zielstellungen für die Vorbereitung und Realisierung des Wohnungsbauprogramms folgende kontinuierliche Erhöhung der städtebaulich-räumlichen Qualität und eine deutliche Verbesserung der rationellen Nutzung des Baulandes bei Senkung der geplanten Investitionen. Im Prozeß der Weiterarbeit an den BBK kommt es noch stärker darauf an, ausgehend von der Einheit von Ökonomie, Funktion und Gestaltung bei weiterer Aufwandssenkung, konsequenter Anwendung des mehrgeschossigen Wohnungsbaus und der Nutzung und Einbeziehung vorhandener Bausubstanz ein Höchstmaß an städtebaulicher Qualität im Interesse guter Wohnbedingungen zu erreichen und dafür alle erkennbaren Möglichkeiten voll zu nutzen:

■ Im Interesse einer planmäßigen Einhaltung der staatlichen Orientierungswerte für den komplexen Wohnungsbau sollte von allen Bezirken die Vorgabe standortbezogener differenzierter Aufwendungen für die einzelnen Wohngebiete von Beginn der städtebaulichen Vorbereitung an durchgesetzt werden.

■ Der Einfluß der Generalbebauungsplanung auf die Gliederung, die funktionelle und städtebaulich-räumliche Gestaltung sowie die Ausstattung der Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen muß weiter verstärkt werden, um alle sich bietenden Möglichkeiten der intensiven Stadtentwicklung, der territorialen Rationalisierung und Koordinierung für eine Senkung des Aufwandes zu erschließen.

■ Die Programme für Wohnungen und gesellschaftliche Einrichtungen sind unter komplexer Berücksichtigung der Standortbedingungen in Übereinstimmung mit der Komplexrichtlinie 1981 bis 1985 zu planen. Bei der funktionellen Organisation und städtebaulich-räumlichen Gestaltung sind durch langfristige und komplexe Vorbereitung der BBK alle jene Möglichkeiten der Gestaltung voll auszuschöpfen, die bei rationeller Baulandausnutzung keinen zusätzlichen materiellen und finanziellen Aufwand verursachen, sondern nur vom Können der Planer und Gestalter bestimmt werden. Die gewissenhafte gestalterische Durcharbeitung der BBK unter Leitung der Komplexarchitekten muß ein größeres Gewicht erlangen. Im Zusammenhang mit dem schrittweisen Übergang zum verstärkten Bauen in innerstädtischen Gebieten und in Klein- und Mittelstädten sollten Grundlagen für die städtebauliche Planung und für die ökonomische Nachweisführung weiterentwickelt werden.

■ Im Interesse der weiteren Durchsetzung der Aufwandssenkung und der Gewährleistung hoher sozialer und gestalterischer Qualität sind die Erzeugnisse des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus auch im Hinblick auf innerstädtische Bauaufgaben so zu rationalisieren und weiterzuentwickeln, daß eine notwendige Variationsbreite des Sortiments in allen Bezirken in Abhängigkeit von den konkreten Standortbedingungen zur Verfügung steht und ständig eingesetzt werden kann.

Zur Arbeit der Sektion Städtebau und Architektur beim Plenum der Bauakademie der DDR im Jahre 1982

Dr.-Ing. Reinhard Malik
Sekretär der Sektion Städtebau und Architektur beim Plenum der Bauakademie der DDR

Entsprechend den neuen Maßstäben und Anforderungen, die an Städtebau und Architektur der 80er Jahre gestellt sind, ist die Arbeit der Sektion seit der 44. Plenartagung darauf gerichtet, mit den Mitteln des Städtebaues zu einem effektiveren Bauen beizutragen und besonderes Augenmerk darauf zu richten, die städtebaulich-architektonische Qualität weiter zu verbessern sowie die soziale Wirksamkeit zu erhöhen.

Anläßlich der 44. Plenartagung führte der Präsident der Bauakademie, Prof. Dr. Hans Fritsche, aus, daß sich der innerstädtische Neubau in der zweiten Hälfte der 80er Jahre bedeutend erhöhen und in den 90er Jahren zur dominierenden Form des Wohnungsneubaus wird.

Mit der Zunahme der Bautätigkeit in den innerstädtischen Bereichen verstärkt sich auch der Wohnungsneubau in den Kreisstädten sowie in mittleren und kleinen Städten.

In seinem Beitrag auf der Tagung, die am 29. 9. 1982 die Sektion Wohn- und Gesellschaftsbau unter Mitwirkung der Sektion Städtebau und Architektur in Karl-Marx-Stadt durchführte, verwies der Vorsitzende unserer Sektion, Prof. Dr. Urbanski, darauf, daß sich aus der territorialen Spezifik der städtebaulichen Bedingungen die differenzierten, anzuwendenden Reproduktionsformen ableiten.

Anknüpfend an die These 2 der „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" vom Mai 1982 führte Prof. Dr. Urbanski zu o. g. Problematik weiterhin aus:

„Das überlieferte Siedlungsgefüge, die historisch entstandenen Bauten, die Stadtstruktur und die Silhouette der Städte als Komplex materieller und kulturhistorischer Bedingungen zu bewahren, ist die Voraussetzung für eine weitere Entwicklung der Stadt als Ganzes. Aus dem komplexen Prozeß der weiteren Umgestaltung unserer Städte und Altstadtgebiete ergeben sich veränderte Situationen in funktioneller, gestalterischer, konstruktiver und technologischer Hinsicht für die Weiterentwicklung der Bausysteme des Wohn- und Gesellschaftsbaus, um ein besseres Eingehen auf die spezifischen städtebaulich-architektonischen und funktionellen Anforderungen in Anlehnung an die konkreten baulichen Gegebenheiten zu ermöglichen.

Stets geht es auch darum, viel stärker als bisher üblich, das besondere Milieu einer Stadt, eines Dorfes oder Siedlungszentrums, ihre historischen und regionalen Traditionen sowie die landschaftstypischen Merkmale aufzuspüren, sie zu analysieren und in eine neue städtebaulich-architektonische Lösung umzusetzen. Diese in jeder Beziehung hohen Ziele, denen wir uns gegenübergestellt sehen, verlangen den schöpferischen Meinungsstreit, das Ringen um beste Lösungen zu verstärken und die persönliche Verantwortung der Architekten und Städtebauer stärker auszuprägen."

Die Kompliziertheit, aber auch die soziale und städtebauliche Tragweite des Überganges zu einem verstärkten innerstädtischen Bauen liegt im Kern dieses Wandels begründet, den Dr. H. P. Kirsch, Leiter der Arbeitsgruppe Arbeits- und Wohnumwelt, in seinem Referat anläßlich der 34. Tagung der Sektion in Karl-Marx-Stadt wie folgt charakterisierte:

„Wir haben bisher unsere Städte erweitert. Die Beziehungen des Bauens, der Bauprozesse zu den Bewohnern der Städte beschränkten sich darauf, daß einer neuen Wohnbevölkerung eine möglichst angenehme, neue Umwelt geschaffen wird.

Während der vergleichsweise kurzen Bauzeit waren lediglich die zeitweiligen Bedingungen gleichzeitigen Bauens und Wohnens zu ordnen; was oft schon kompliziert genug war.

Künftig werden wir bestehende, bewohnte, funktionierende Teile unserer Städte, gewissermaßen den lebenden Organismus der Stadt mit unserem Bauen verändern. Dabei wird das empfindliche Geflecht bestehender vielfältiger sozialer Beziehungen der Menschen, ihre soziale Kommunikation und die erforderliche technische Kommunikation berührt und verändert.

Sie soll verändert werden im Sinne und im



1
Palisadendreieck Berlin-Friedrichshain. Modernisierung bzw. Instandsetzung von 230 Wohnungen, Neubau von 130 Wohnungen durch Bauarbeiter des Bezirkes Suhl im Rahmen der FDJ-Initiative Berlin



2
Nebeneinander von Modernisierung, Instandsetzung und Neubau im Palisadendreieck

3
Lückenschließung zwischen modernisiertem Altbau und Neubau (Ratio P 2) bei gestalterischer Anpassung des Lückenbaus





4
Detail. Vorgefertigte Fassadenelemente

Interesse der weiteren Gestaltung unserer Gesellschaft und damit im Sinne und Interesse der Menschen.

Das ist eine komplizierte Operation und wir müssen erkennen, daß unser künftiges Bauen nur das Werkzeug dieser Operation ist, so wichtig es auch ist."

Mit ihren Beiträgen zu

– städtebauhygienischen Anforderungen bei der Rekonstruktion innerstädtischer Altbauwohngebiete,
– Fragen der Erzeugnisentwicklung des komplexen Wohnungsbaus sowie
– methodischen und architekturtheoretischen Aspekten der intensiven Stadtentwicklung

nahm auch die Sektion Städtebau und Architektur durch ihre Arbeit direkten Einfluß auf die Schaffung von Voraussetzungen für die praktische Realisierung eines höheren Anteils innerstädtischen Wohnungsbaus.

Im Verlauf der Sektionsvollsitzung in Leipzig und Karl-Marx-Stadt sowie der Tagungen der Arbeitsgruppen wurden zu o. g. Problemkomplexen u. a. die nachfolgenden Auffassungen vertreten:

So wurde am Beispiel der städtebauhygienischen Richtwerte verdeutlicht, daß das für die Bedingungen des komplexen Wohnungsneubaus auf unbebauten Standorten am Rande der Städte entwickelte Regelwerk weder für eine objektive Beurteilung der Wohnbedingungen in bestehenden innerstädtischen Wohngebieten ausreicht, noch, daß es erforderlich ist, eine Umgestaltung nach dem Maßstab der Neubauwohngebiete am Stadtrand vorzunehmen. Die Modifizierung einzelner städtebaulicher Richtwerte unter den Bedingungen des Bauens in historisch gewachsenen Teilgebieten der Stadt bedeutet keinesfalls, bei der Entwicklung der Wohnbedingungen mit ‚zweierlei Maß' zu messen. Auch führt die Beurteilung des Wohnwertes eines bestimmten Gebietes aus unzureichend komplexer Sicht – wie z. B. nur anhand der bestehenden städtebauhygienischen Situation – zu Ergebnissen, die nicht mit der subjektiven Wertung, wie sie durch den Bewohner des Gebietes vorgenommen werden, identisch sein müssen.

Die Wohnbedingungen in innerstädtischen Wohngebieten weisen gegenüber den Wohngebieten am Stadtrand oder in ländlichen Ein- bis Zweifamilienhausgebieten spezifische Vorzüge auf, die diese für unterschiedliche Nutzergruppen unterschiedlich attraktiv machen.

Die Erhaltung dieser spezifischen Vorzüge dient der Entwicklung einer „lebendigen Stadt", die mit ihrem vielfältigen Angebot unterschiedlicher Wohnformen der Vielfalt differenzierter Wohnbedürfnisse entspricht.

Dabei sollte die innerstädtische Umgestaltung als ein langfristiger Prozeß mit etappenweiser Festlegung von Maßnahmen für komplexe Teilgebiete der Stadt betrachtet werden.

Bei der Festlegung von Maßnahmen der Umgestaltung, die von wohnwertverbessernden Maßnahmen im Wohngebiet bis zum Funktionswandel oder zum Ersatz einer Wohnung reichen, sollten verstärkt auch die städtebauhygienischen Bedingungen beachtet werden.

Dabei ist die unterschiedliche gesundheitliche und städtebauliche Relevanz hygienischer Normen zu berücksichtigen.

Für die Bewertung der hygienischen Situation in innerstädtischen Wohngebieten ist es erforderlich, statt der bisher üblichen alternativen Betrachtung hinsichtlich der Einhaltung oder Nichteinhaltung normativer Grenzwerte des komplexen Wohnungsbaus Qualitätsfunktionen einzuführen, mit denen das Spektrum unzumutbarer Bedingungen bis zum Optimum zu erfassen ist.

Unter dem Aspekt des oftmals hohen volkswirtschaftlichen Aufwandes, der entsteht, wenn für die Verbesserung der hygienischen Situation in innerstädtischen Wohngebieten städtebauliche Maßnahmen zum Einsatz gelangen, stellt sich auch die Frage nach der Quellenbekämpfung von Störfaktoren neu.

Allein dieses Beispiel verdeutlicht, daß die Verbesserung der Wohnbedingungen in den bestehenden innerstädtischen Wohngebieten keine ausschließliche Angelegenheit des Wohnungsbaus ist.

Innerstädtischer Wohnungsbau kann mit hoher sozialer und ökonomischer Wirksamkeit nur durch eine städtebauliche Koordination der Standortanforderungen unterschiedlichster Investitionsträger realisiert werden.

Die Bewertung der Effektivität des innerstädtischen Bauens ist verstärkt aus der Sicht einer Verbesserung des Funktionsorganismus der Gesamtstadt vorzunehmen.

Dieser, in den „Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" verankerten Zielstellung wird auch die 35. Tagung der Sektion gewidmet sein, die gemeinsam mit der Sektion Wohn- und Gesellschaftsbau sowie unter Mitwirkung der Sektionen Ökonomie, Tiefbau und Projektierung im Herbst 1983 in Magdeburg durchgeführt wird.

5
Fassadengestaltung unter Verwendung vorgefertigter Elemente im Palisadendreieck Berlin-Friedrichshain





1
Vogelschau auf Halle Glaucha. Im Vordergrund die Lange Straße mit der Lückenschließung

Baulückenschließung Lange Straße im Arbeiterwohngebiet Halle-Glaucha

Hochschulingenieur Hans-Otto Brambach,
Architekt BdA/DDR
VEB Bau- und Montagekombinat Chemie
Betrieb Projektierung und Technologie
Dipl.-Ing. Josef Münzberg, Architekt BdA/DDR
Büro des Stadtarchitekten beim Rat der Stadt Halle

Städtebauliche Einordnung

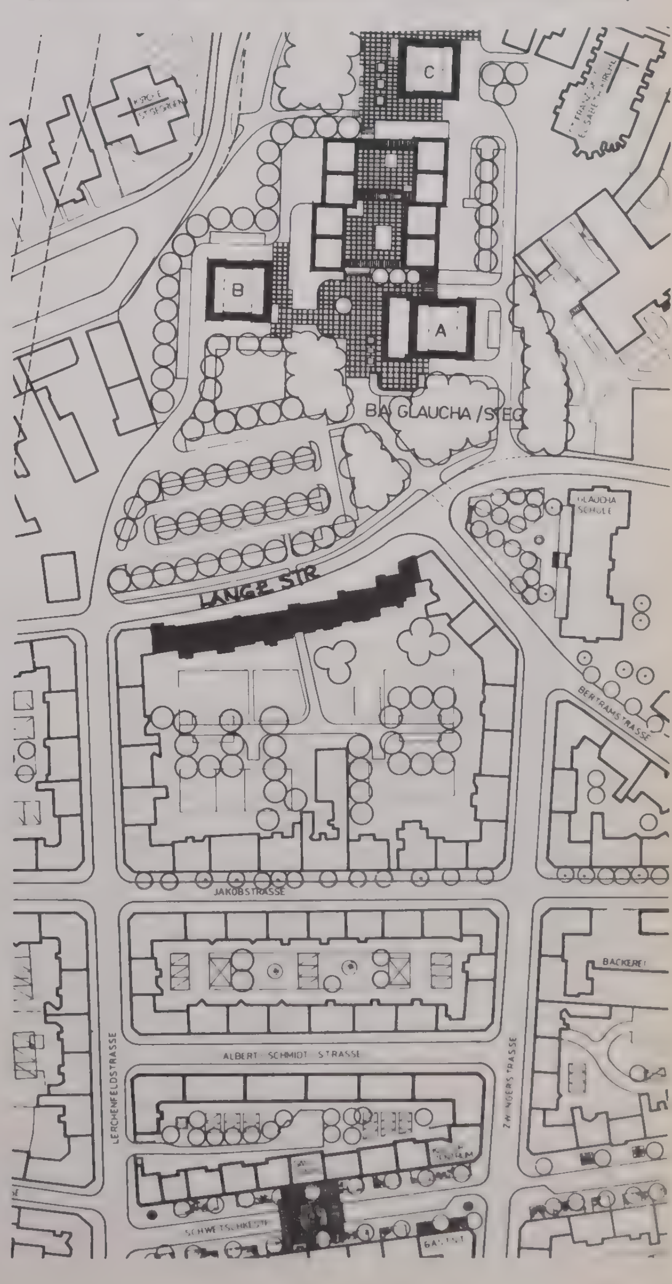
Bei der Umgestaltung des Arbeiterwohngebietes Halle-Glaucha bilden Neubau, Instandsetzung und Modernisierung eine Einheit. So entsteht zur Zeit im Bereich der alten Ortslage von Glaucha der Neubaukomplex „Glaucha-Steg" als ein wichtiger Bestandteil der städtebaulichen Gesamtkonzeption des westlichen Stadteingangs.

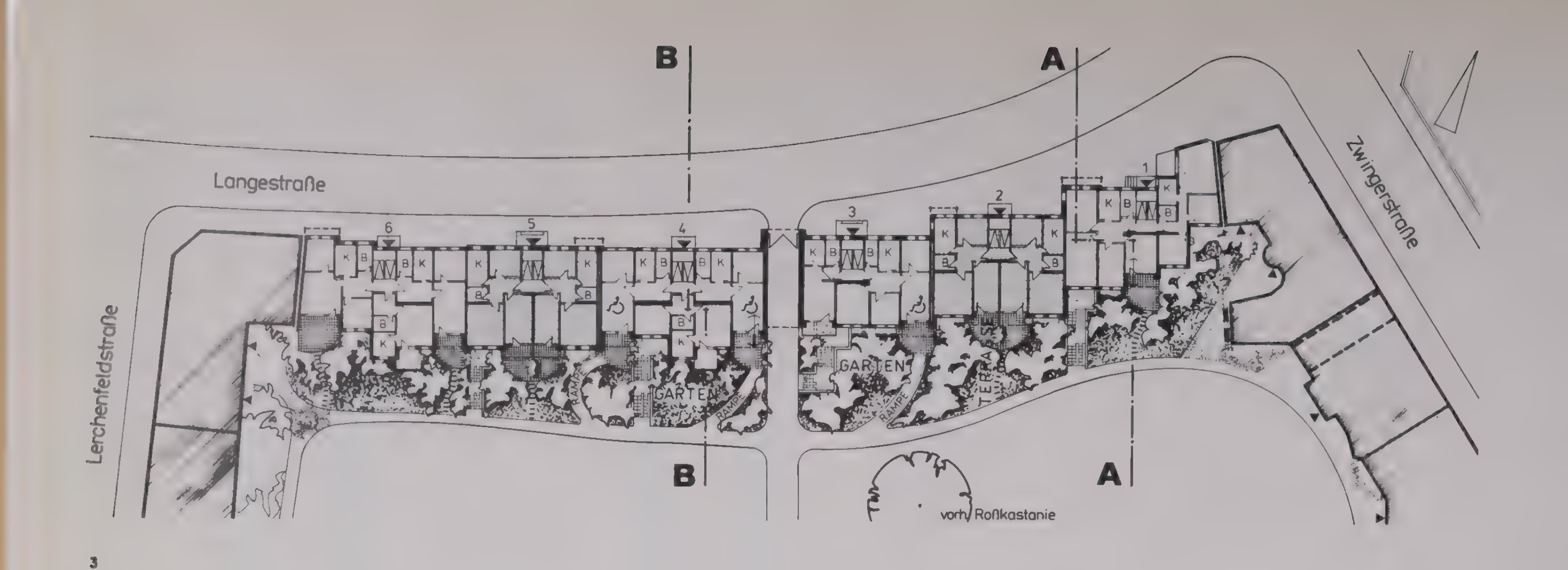
Der um dieses Ensemble entstandene Freiraum wird im Süden durch die verbleibenden Gevierte des Modernisierungsgebietes Glaucha begrenzt, deren Bausubstanz aus der Zeit um die Jahrhundertwende stammt.

Die Lange Straße wird somit zur Nahtstelle zwischen Alt und Neu. Die hier konzipierte Lückenbebauung liegt in der verlängerten Achse eines Fußgängerbereiches und bildet somit als Blickpunkt einen wichtigen städtebaulichen Abschluß für den Neubaukomplex „Glaucha-Steg". Andererseits stellt sie für das südlich der Langen Straße beginnende Modernisierungsgebiet den ersten Fall einer Baulückenschließung dar. Im Gegensatz zu den bisher fertiggestellten oder zur Modernisierung vorbereiteten Wohngevierten, bei denen lediglich die Hinterhöfe zu beräumen waren, wurde im Bereich Lange Straße auch eine Lückenschließung notwendig.

So gilt es, im oben genannten Geviert drei Seiten einer vorhandenen Hofumbauung mit insgesamt 176 Wohnungen und einigen Läden in der bisher üblichen Weise zu mo-

2
Lageplanausschnitt (Büro des Stadtarchitekten beim Rat der Stadt Halle)





3

dernisieren, sowie gleichzeitig die Nordseite auf einer Länge von reichlich 100 m durch Neubauten mit 73 Wohnungseinheiten wieder zu schließen. Den städtebaulichen Forderungen entsprechend wird bei der Lückenschließung an die vorhandene Bebauung der beiden Eckgrundstücke angeknüpft. Das gilt sowohl für die Höhenentwicklung der Neubauten als auch für deren Fassadengliederung.

Die leicht geschwungene Straßenführung der alten Bauflucht wird durch teilweise Staffelung der Neubebauung wieder aufgenommen. So entsteht eine durch Gebäudeversätze und Erker stark plastisch geprägte Häuserzeile, die durch einen Wechsel von Mauerziegel- und Putzflächen im Fassadenbereich sowie durch eine differenziert ausgebildete Dachzone zusätzlich gegliedert und bereichert wird. Sie fügt sich nahtlos in die vorhandene Bebauungsstruktur ein.

Der Neubaublock wird, wie im gesamten Rekonstruktionsgebiet üblich, straßenseitig erschlossen. Die Befahrbarkeit des Innenhofes zur gemeinsamen Belieferung und Entsorgung (kein Individualverkehr!) wird durch Einbau einer Durchfahrt im Neubaublock gewährleistet, da die bereits vorhandenen Durchfahrten in den Altbauten hierfür nicht geeignet sind. Gleichzeitig ermöglicht die Tordurchfahrt die Erschließung der drei vorgesehenen Versehrtenwohnungen, für die im Hofbereich entsprechende Rampen angelegt werden.

Die vom Büro des Stadtarchitekten für den Innenhof vorgesehene Grobplanung, er-

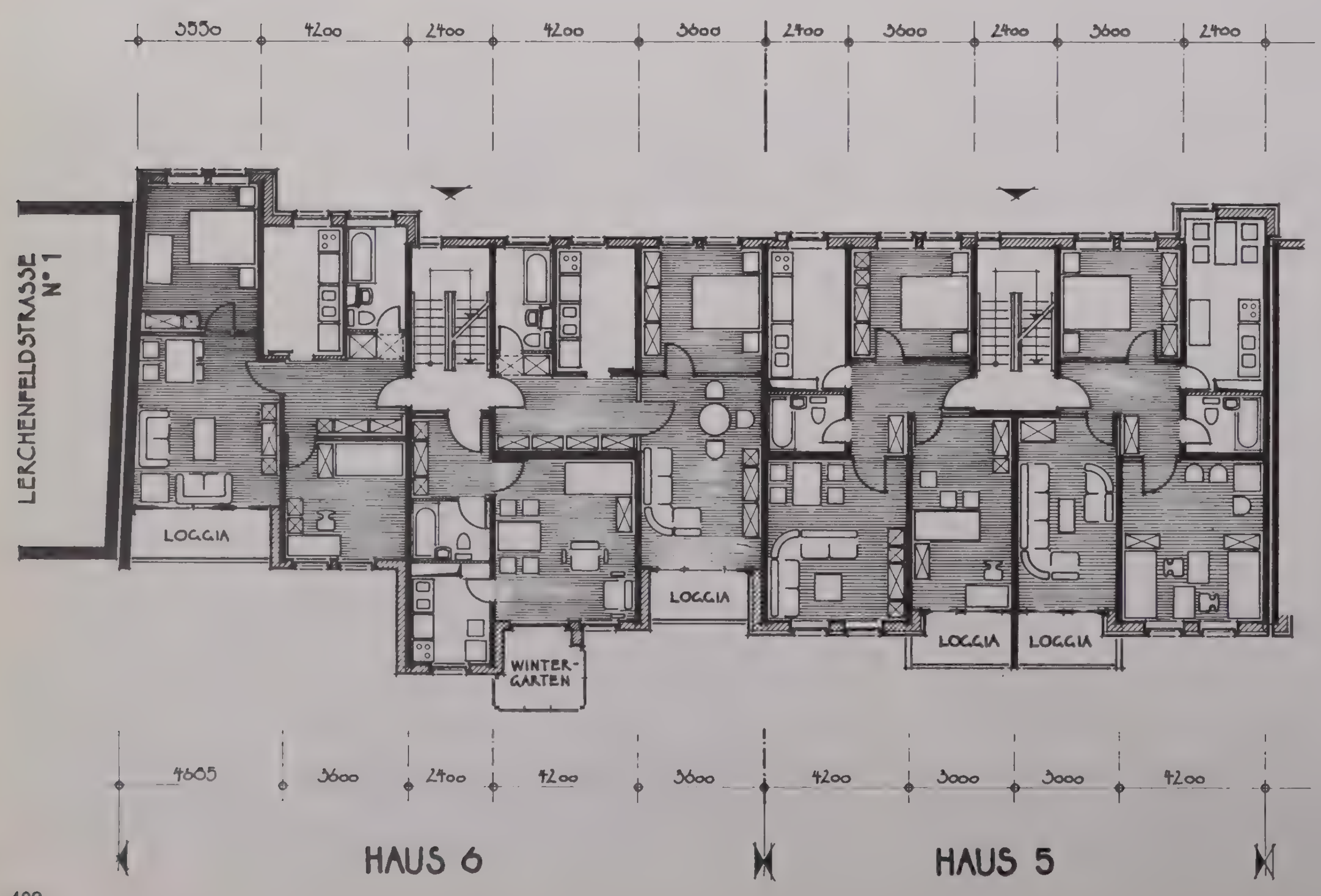
3
Erdgeschoßgrundriß der Gesamtzeile mit Freiflächengestaltung 1 : 500

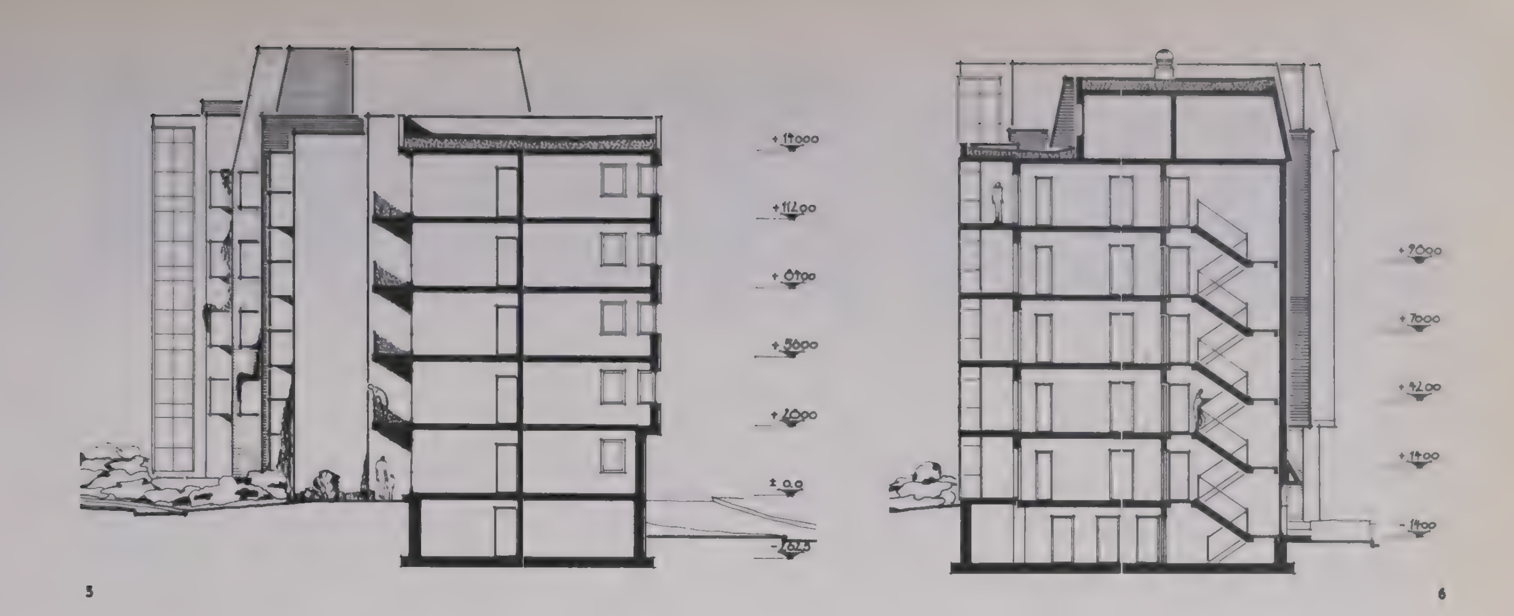
4
Normalgeschoßgrundriß Haus 5 und 6 mit Möblierung 1 : 200
(massive Wände voll ausgezogen, variable Trennwände als Doppelstrich gekennzeichnet)

5
Schnitt A 1 : 300

6
Schnitt B 1 : 300

4





gänzt durch eine gemeinsam mit dem VEB Garten- und Landschaftsgestaltung erarbeitete Baumbestands- und Erhaltungskonzeption, sieht eine einheitliche Gestaltung der Freiflächen unter Berücksichtigung des vorhandenen Baumbestandes vor.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß in Halle-Glaucha Modernisierung und Neubau auf engstem Raum nebeneinander durchgeführt werden müssen, wodurch für Projektanten und für die Bauausführung höhere Anforderungen gestellt werden.

Durch Bewahrung und Pflege des Vorhandenen und die behutsame maßstäbliche Einfügung des Neuen in der Formensprache unserer Zeit wird die städtebauliche Geschlossenheit eines Ensembles in einer höheren Qualität wieder hergestellt und somit ein Beitrag zu dem aktuellen Thema des innerstädtischen Bauens geleistet.

Funktion

Das Organisationsprinzip der Gründerzeitquartiere – Orientierung der Wohnräume, unabhängig von der Himmelsrichtung, zur Straße – wird für die Lückenschließung in der Langen Straße nach städtebauhygienischen Erfordernissen gewandelt. Der südlich der Neubauzeile entstandene Quartierinnenhof gestattet die Ausrichtung der Wohnungen zur ruhigen und besonnten Freifläche.

Das Einfügen in die Baulücke zwischen den Eckhäusern Zwingerstraße 29 und Lerchenfeldstraße 1, die damit verbundene Anpassung an den ehemaligen Straßenzug sowie spezielle Forderungen an den Wohnungsschlüssel führten durch Fehlen geeigneter Erzeugnisse zur Neubearbeitung der Grundrisse.

Mit der Verlegung von Funktionsnebenflächen wie Küchen, Bäder und Treppenhäuser zur Straßenseite, wird die südliche Hälfte der Zeile für Wohnräume frei. Grundsätzlich wird höchstens ein Wohnraum je Wohnung zur Straße liegen.

Die Gesamtzeile wird in sechs Häuser unterteilt, die außer dem straßenseitigen Hauptzugang einen Nebenausgang über den Keller zum Innenhof erhalten. Durch die Entwicklung verschiedener Haustypen wird dem Verteilerschlüssel entsprechend ein Programm von 1- bis 5-Raum-Wohnungen realisiert, die in Anordnung und Zuschnitt differenziert sind.

Alle Wohnungen erhalten Außenküchen mit der Möglichkeit, einen Eßplatz anzuordnen.

Die schwer erfaßbaren Luftströmungsverhältnisse im Innenstadtbereich erfordern den Einsatz mechanischer Lüftungseinrichtungen für innenliegende Sanitärräume. Zur Bauaufwandsreduzierung werden, soweit grundrißbedingt möglich, Bäder mit natürlicher Entlüftung vorgesehen. Die Kombination Außenküche/Außenbad wird in einem Feld mit der Rasterbreite 4200 mm eingeordnet.

Außer im Haus 1, bei dem Besonnung vom Westen gewährleistet ist, erhält jede Wohnung einen zum Innenhof orientierten Freisitz, der je nach Lage als Loggia, Balkon oder Wintergarten ausgelegt ist. Die durch vollständige Verglasung erreichte Aufwertung von Loggien zu Wintergärten ist hauptsächlich durch zwei Gründe zu belegen: ein abgeschlossener Raum stellt für kleine Wohnungen eine wirksame Erweiterung der Wohnfläche über einen langen Zeitraum des Jahres dar und auf der Straßenseite angeordnete Freisitze werden somit überhaupt erst nutzbar. Mit der kompakteren Grundrißform der Wintergärten wird effektiv der Gebrauchswert einer solchen Wohnfläche verbessert.

Terrassen mit vorgelagerten Mietergärten erhöhen den Wohnwert im Erdgeschoß. Durchgreifende Minimierung der Erdstofftransporte lassen durch Anböschung des Geländes die kostengünstige Anordnung dieser Freiflächen in Höhe des Erdgeschoßfußbodens zu.

Damit konnten versehrtengerechte Wohnungen vorgesehen werden. Im Hinblick auf

- noch zahlreich vorhandene architektonische Barrieren
- durch ungeeignete Verkehrsmittel abgeschiedene Lage derartiger Wohnungen in peripheren Wohngebieten und einem demgegenüber
- erhöhten Anspruch der Rollstuhlfahrer an persönlichkeitsfördernde Tätigkeiten, sowie Beteiligung am gesellschaftlichen Leben

ist der Anordnung von Wohnungen für Behinderte in zentraler Lage besondere Bedeutung beizumessen.

Mit der Konzipierung dieser Wohnungen beiderseits der oben erwähnten Durchfahrt wird die kürzeste Verbindung zur Straße realisiert und die durch Quartierrandbebauung auftretende Verschattung der Terrassen vermieden.

Dichtwachsende Bepflanzungen bis zum parallel zur Häuserzeile verlaufenden Wohnweg schirmen die individuellen Freiflächen gegen den übrigen Innenhof ab.

Mit dem Einsatz von leichten Trennwänden in Ständerbauweise wird eine variable Grundrißgliederung ermöglicht. Beabsichtigt ist nicht die totale Veränderbarkeit, die sicher nur in seltenen Fällen gewünscht wird, sondern ein gewisser Spielraum für individuelle Wohnvorstellungen oder die Anpassung an veränderte Familienverhältnisse. Als entscheidender Faktor bei der Aktivierung der Nutzer, eingefahrene Wohn-Gewohnheiten neu zu durchdenken, wird die Erläuterung der Variationsmöglichkeiten in Form einer Gebrauchsanweisung ausgearbeitet. Bei konsequenter rechtzeitiger Einbeziehung der späteren Bewohner sind nicht unerhebliche Einsparungen an materiellen Leistungen zu erzielen sowie volkswirtschaftlich nicht vertretbare Dopplungen bei der Einrichtung der Wohnung vermeidbar.

Außer für drei 2-Raum-Wohnungen kann das Wohnen im sechsten Geschoß durch Maisonettewohnungen mit vergrößerten Wohnraum- und Terrassenflächen aufgewertet werden.

Über dem nördlich der Langen Straße befindlichen Kollektor erfolgt die Versorgung mit Fernwärme und Warmwasser. Damit konnte zugunsten einer Vergrößerung der Kellerräume auf einen Installationsgang verzichtet werden. Zusätzlich zu den üblichen Abstellräumen erhält jedes Haus einen Hausgemeinschaftsraum und eine Mieterwerkstatt im Keller.

Bei der standortspezifischen Projektierung sind kombinierbare Bausteine mit der kleinsten Einheit „Haus" entwickelt worden, die durch unterschiedliche Wohnungen, Abmessungen und Geschoßanzahl sowie Dach- und Fassadenausbildung gekennzeichnet sind.



Konstruktion

Die Gründung der gesamten Zeile erfolgt auf einer monolithischen Stahlbetonplatte.

Für die Geschoßdecken und die massiven Innenwände wird die „Hallesche Monolithbauweise" (HMB) angewendet. In den Systemlängen 4800 mm und 6000 mm stehen Deckenschalwagen mit Systembreiten von 2400, 3000, 3600 und 4200 mm zur Verfügung. Für die Wandschalung ist das im Industriebau gebräuchliche Universalschalsystem US 72 vorgesehen.

Abweichend von den Prinzipien der HMB sind die dort vorgesehenen durchgängigen aussteifenden Längswände auf wenige bewehrte Längsscheiben (maximal 4200 mm lang) reduziert. So ist mit der Variabilität in Gebäudequerrichtung die Voraussetzung für die individuelle Grundrißgliederung geschaffen.

Der gegenüber Plattenbauten geringere Stahlbedarf der Monolithbauweise konnte durch die Ausführung der Außenwände mit großformatiger Gassilikat-Handmontagesteinen weiter gesenkt werden. Über die Ausnutzung bauphysikalischer Vorteile hinaus, führt der Einsatz des überwiegend 300 mm dicken GSB-Mauerwerks gegenüber Mehrschichtenaußenwänden zur Reduzierung des Bedarfs an hochwertigen Dämmstoffen. Mit der Verstärkung der Dach- und Kellerdeckendämmung wird zur Senkung des Aufwandes an Heizenergie beigetragen.

Durch die Verwendung beschichteter Schalflächen und glatt abgezogener Decken wird eine Oberflächenqualität der Rohbaukonstruktion erreicht, die die Einsparung von Putz- und Estricharbeiten ermöglicht. Zusammenhängende wartungsfreie Fassadenflächen entstehen durch Sichtmauerwerksverblendungen.

Städtebaulich-architektonische Gestaltung

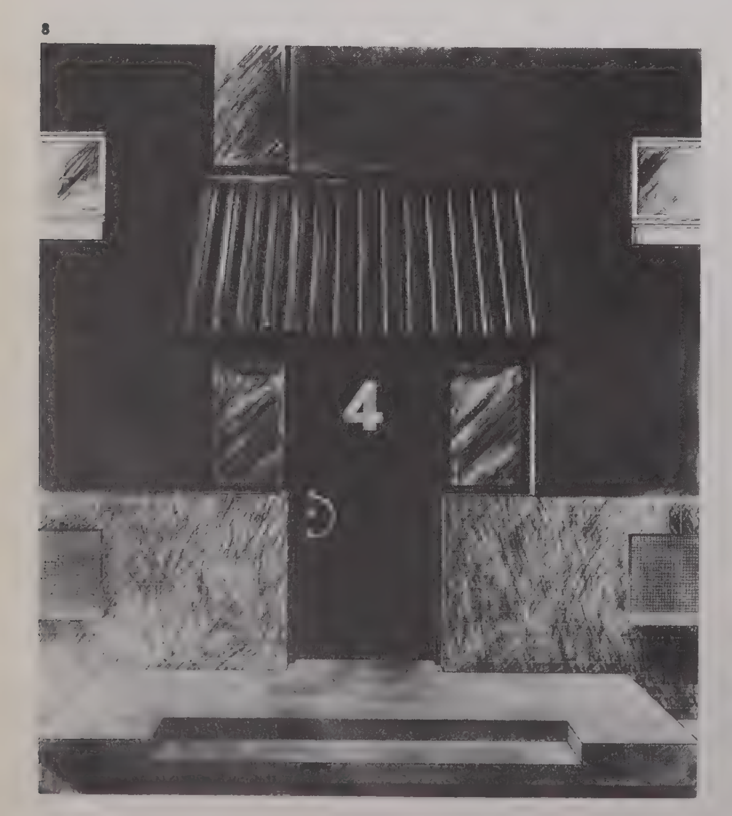
Beim Bauen in historischer Umgebung setzt sich, bedingt durch Wandlungen im Traditionsverständnis, zunehmend die Berücksichtigung kontextueller Eigenheiten durch. So wie die Erhaltung der wertvollen städtebaulichen Strukturen der Altstädte als verbindlich für die Stadtbildpflege anerkannt wird, sollten auch andere regionale Erscheinungen auf ihre Verwendbarkeit für modernes Bauen geprüft werden.

In der unregelmäßigen Quartierbebauung des Rekonstruktionsgebietes Glaucha lassen sich bestimmte, als typisch geltende Bauformen nachweisen:

- etwa gleiche Höhenentwicklung der Gebäude
- abgeschlossene, durch Straßen eingefaßte Quartiere mit in der Gesamterscheinung einheitlichen Fassadenfronten (Sie werden durch Materialwechsel, wie Putz, Klinker und Stuckverzierungen, differenzierte Ausbildung der Lochfassaden mit überwiegender Verwendung von Einzelfenstern stehenden Formats, Risalite, Erker, Portale und Tordurchfahrten gegliedert.)
- stärkere Differenzierungen im Dachbereich durch Aneinanderreihung von Flach- und Mansarddächern sowie die Verwendung von Zwerch- bzw. Ziergiebeln und Dachgaupen.

Durch die kritische Aufnahme und Weiterentwicklung der vorgegebenen Formen werden optische Beziehungen zum Vorhandenen hergestellt; die Unverwechselbarkeit der konkreten Situation wird unterstrichen. Dabei kommt es weniger auf die direkte Übernahme bestimmter Einzelerscheinungen an, als vielmehr auf deren Umsetzung in Elemente ähnlichen Maßstabes in einem neuen Zusammenhang. Hierbei wirken die Bindungen hinsichtlich Parzelleneinteilung des Stadtgebietes, Wand-Öffnungs-Verhältnisse, Proportionen und Materialeinsatz eher stimulierend als hemmend.

8



7
Straßenansicht 1 : 600

8
Detail Hauseingang

9
Hofansicht 1 : 600

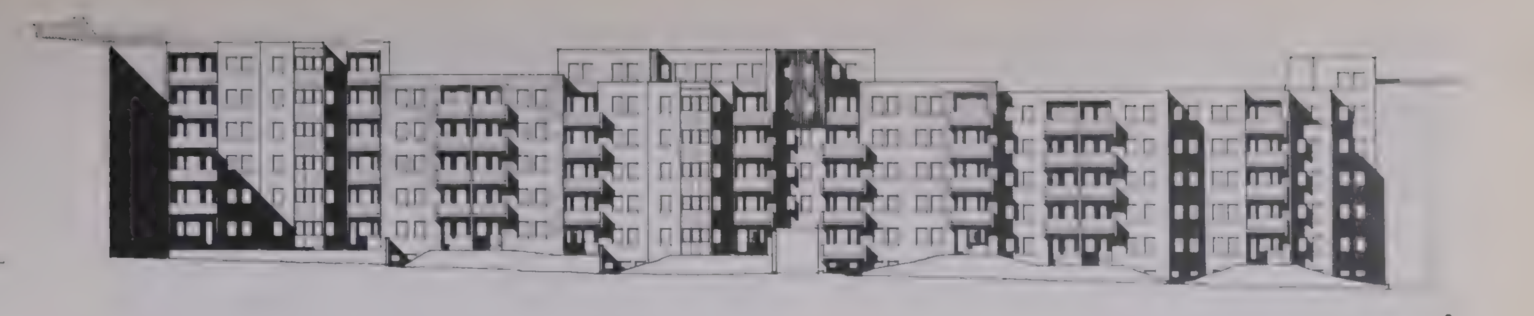
10
Blick in einen anderen, bereits fertiggestellten Innenhof des Arbeiterwohngebietes Halle-Glaucha nach der Modernisierung

Generalprojektant
VEB Bau- und Montagekombinat Chemie
Betrieb Projektierung und Technologie
Brigade Dalgahn

Entwurf Hochbau und Farbgestaltung
Hochschulingenieur Hans-Otto Brambach, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Gabriele Mengewein, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Alfred Möller, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Eckhard Dupke, Architekt BdA/DDR
Farbgestalter Bernd Krautheim, Architekt BdA/DDR

Freiflächengestaltung
VEB Garten- und Landschaftsgestaltung Halle
Gartenbauingenieur Peter Ziegler, Architekt BdA/DDR

Städtebau
Büro des Stadtarchitekten beim Rat der Stadt Halle
Dipl.-Ing. Josef Münzberg, Architekt BdA/DDR



9

Städtebauliche Kontinuität wird durch die Nachbildung des alten Straßenzuges, wenn auch in einer funktionell begründeten neuen Form, erreicht. So erlauben mit der plastischen Gliederung entstandene Giebel die Besonnung von Westen. Als Grundprinzip wird eine Staffelung der Gebäudeteile gewählt, bei der sich Frontlänge und Versatztiefe umgekehrt proportional verhalten. Nach zwei kleineren Gebäudesprüngen, die die Neubebauung hinter die alte Straßenflucht am Eckhaus Lerchenfeldstraße setzen und damit den Fußgängerbereich in angemessener Weise verbreitern, folgt eine längere gerade Fassade. Der Übergang zu dem nach Osten mit abnehmender Straßenfront immer tiefer gestaffelte Teil der Zeile wird durch die vorgezogene Torsituation markiert. Damit wird gleichzeitig die Verbindung des öffentlichen Straßenraums mit dem intimeren Innenhof betont. Die in diesem Bereich über zwei Geschosse reichende Dachfläche unterstützt das Anliegen. Erkerartige vorgezogene Baukörperteile stellen einen wichtigen Bezug zu einem maßgeblichen Gestaltungselement der Gründerzeitbebauung her. Durch ihren Einsatz erfolgt die Abgrenzung von der vorhandenen Altbebauung, die Unterstreichung der Gebäudeversätze und die Gliederung des ruhigen Westabschnittes.

Mit der Anordnung des sechsten Geschosses im Anschluß an das Alte und im Torbereich sowie der Ausbildung der Außenwand als mansardähnliche Steildachflächen wird der vorhandenen Vielfalt im Dachbereich der umliegenden Häuser entsprochen.

Die Staffelung der Häuser und Differenzierung der Wohnungsgrundrisse bestimmen den architektonischen Ausdruck der Hofseite. Eine zusätzliche Belebung erhält diese Front durch Loggien, Wintergärten, Balkone und Variationen in der Dachzone.

Mit der Gliederung der Fassade soll eine den sozialen Einheiten entsprechende Teilung der Gesamtzeile in einzelne Häuser betont werden. Damit wird eine bessere Identifikationsmöglichkeit für den Bewohner geschaffen und die Anonymität großer Wohneinheiten abgebaut.

Soweit diese Gliederung durch den hausweisen Gebäudeversatz noch nicht erreicht werden kann, wird die Verteilung der Oberflächenmaterialien dazu herangezogen.

Grundsätzlich werden die in Gründerzeitquartieren vorherrschenden Einzelfenster stehenden Formats eingesetzt, denen als Kontraste die liegende Badfensterform sowie die senkrechten Treppenhausfensterbänder gegenübergestellt werden.

Über die Wahl einheitlicher Fenster wird der gestalterische Zusammenhang der einzelnen Häuser hergestellt. Die Giebelflächen am Hausversatz werden dabei einbezogen.

Die meist in ihren Dimensionen oft aber auch formal eklektizistisch überhöhten Gründerzeitportale können nicht als Maßstabbilder für die Eingangssituation des Neubaus gelten. Der Funktion entsprechend wurde eine einfache und dauerhafte Ausführung des Hauseingangs in Verbindung mit symbolhafter Gestaltung gewählt. Form und Material der Eingangsüberdachung stellen die Beziehung zum Dach her.

Die farbliche Gestaltung des Neubaus wird von den gelbbraunen Sichtmauerwerksflächen und dunkelbraunen Dachflächen bestimmt. Als Ergänzung erscheinen braune Putzflächen, die auf der Hofseite noch abgestuft sind. Kontraste werden durch weiße Loggien und Sohlbänke sowie intensiv farbige Loggiarückwände gesetzt.

Mit der Baulückenschließung Lange Straße wird der Versuch unternommen, eine der Zeit entsprechende Verbindung von Alt und Neu zu schaffen.

Die Realisierung begann im Sommer 1982 nach etwa dreivierteljähriger Vorbereitung. Nur durch ständige Autorenkontrollen und ein freundliches, auf gegenseitige Achtung begründetes Verhältnis mit den Bauausführenden lassen sich die komplizierteren Probleme des Bauens im innerstädtischen Bereich mit der Aussicht auf gute Qualität lösen.

10





Oberschule für Körperbehinderte in Karl-Marx-Stadt

Dipl.-Ing. Horst Neubert, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck"
Karl-Marx-Stadt

In Zusammenarbeit mit der Abteilung Volksbildung des Rates des Bezirkes und des Rates der Stadt, dem Büro des Stadtarchitekten, der Gutachterstelle und dem Wohnungsbaukombinat, Kombinatsbetrieb Projektierung, wurde für den ausgewiesenen Standort Karl-Marx-Stadt / Borna im Bereich der vorhandenen Ernst-Schneller-Oberschule eine Funktionslösung erarbeitet, die den besonderen Anforderungen des umfangreichen Raumprogramms unter Beachtung der Geländesituation und technologischer Belange weitgehend entsprach.

Die vorhandene Substanz der ehemaligen Ernst-Schneller-Oberschule wurde für die neue Nutzung umkonzipiert; sie bildet den Anbindepunkt für den Gesamtkomplex der Oberschule für Körperbehinderte „Dr. Friedrich Wolf" an der Wittgensdorfer Straße. Berücksichtigt sind bei der Gesamtanlage vor allem Aspekte der Ausführung nach einzelnen Bauabschnitten und die Möglichkeit der Anwendung der Montagebauweise für eine Reihe von Einzelobjekten.

Eine neue zweizügige polytechnische Oberschule und eine angegliederte Turnhalle als Ersatz für die Ernst-Schneller-Oberschule sind in der Nachbarschaft als Wiederverwendungsprojekt realisiert worden.
Entsprechend den zur Verfügung stehenden materiellen und finanziellen Fonds wurde für Schüler und Pädagogen mit der Körperbehindertenschule eine Anlage erstellt, die unter den Gegebenheiten optimale Lern-, Lebens- und Arbeitsbedingungen bietet. In den Unterrichts- und Arbeitsräumen des rekonstruierten Schulgebäudes wurden neben der Verbesserung des Wärmeschutzes, der Belichtung, der Belüftung und Besonnung auch raumakustische Gesichtspunkte berücksichtigt und der Farbgebung eine besondere Bedeutung beigemessen. Die Internate wurden unter Beachtung der Beleuchtungsdauer (Vorschulteil bis 10. Klasse) mit den erforderlichen Sondereinrichtungen versehen und mit großräumigen Wohn-Arbeits-Räumen ausgestattet. Erfahrungen der Pädagogen waren wichtige Unterstützung bei der Spezifik des Projektes, dessen Raumprogramm an Hand der Normative aufgestellt und teilweise in

1 Blick auf das Internat (Bauteil F 1)

2 Spiel- und Pausenhof

3 Blick vom Bauteil A auf das Internat

4 Übersichtsplan

2





3

Entwurf:

Dipl.-Ing. Horst Neubert, Architekt BdA/DDR
Architekt BdA/DDR Konrad Reimann, NPT
Architekt BdA/DDR Roland Kluge
Architekt BdA/DDR Günter Hauptmann

Statik:

Dipl.-Ing. Günter Baumann
Dipl.-Ing. Dieter Grundmann

Innenausbau:

Innenarchitekt BdA/DDR Ernst Lucha
Innenarchitekt BdA/DDR Erdmute Geißler

Außenanlagen:

Gartenarchitekt BdA/DDR Hans-Georg Leicht

Bauwirtschaft:

Ingenieur Werner Bach

Farbgestaltung:

Volker Träger (Maler und Grafiker)

Abstimmung mit der Gutachterstelle erweitert werden mußte.
Einen wesentlichen Raum nehmen die Einrichtungen der medizinischen und therapeutischen Betreuung ein. Bei der Planung dieser Funktionsbereiche einschließlich Hydrotherapie mit Bewegungsbecken standen Fachkräfte des Nutzers tatkräftig zur Seite.
In den Räumen für Arbeitsgemeinschaften können die Schüler in der Freizeit ihren Hobbys nachgehen. Frei- und Spielflächen sind ein weiterer wichtiger Faktor, der bei der Projektierung der Außenanlagen beachtet wurde. Für diese Nutzung wurden auch die vor den Klassenflügeln liegenden Pausen- und Spielhöfe einbezogen.
Aus dem Raumprogramm entwickelten sich unter besonderer Berücksichtigung der Geländesituation folgende Einheiten:

Schulgebäude (Bauteil A):

Sehr umfangreiche Rekonstruktion der vorhandenen Substanz, neue Nutzungskonzeption.
Hauptbau mit den Räumen für Schulleitung und Lehrer, Einbau neuer Sanitäreinheiten, Umbau der Turnhalle zum therapeutischen Gymnastiksaal, vier Klassenflügel mit 24 Raumeinheiten für Hort, Unter- und Oberstufe (Jede Raumeinheit besteht aus dem Klassenraum, Pausenraum sowie Lehrmittel- und Vorbereitungsraum.)

Eingangsbereich (Bauteil B):

Eingang mit überdachter Vorfahrt, Verteilerfunktion zur Schule, zum Internat und zum Sozialtrakt.
Ausführung: traditionell

4

WITTGENSDORFER STRASSE

A B C D E F1 F2 F3 G H

ZWEIZUGIGE POLYT OBERSCHULE

LEGENDE
A SCHULGEBAUDE
B EINGANGSBEREICH
C SOZIALTRAKT
D ZENTRALER FUNKTIONSBEREICH
E VERBINDUNGSBAU
F1 INTERNAT
F2 VERKEHRSKERN
F3 INTERNAT
G KINDERGARTEN
H VERBINDUNGSGANG

• • ANZAHL DER GESCHOSSE



5

Sozialtrakt (Bauteil C):

Speisesaal mit Küche, Technikräume und Lager; Anbindung an den Wirtschaftshof
Ausführung: traditionell

Zentraler Funktionsbereich (Bauteil D):

Verbindung zwischen Eingangsbereich und Verkehrskern, Verwaltung, Räume für medizinische Behandlung, sonderpädagogische Beratung, Technikräume
Ausführung: Montagebauweise

Verbindungsbau (Bauteil E):

Verbindung zwischen Internat und Sozialtrakt; Räume für Wäscherei, Arbeitsgemeinschaften, Vorschulteil; Anbindung an den Wirtschaftshof und den Anlieferungsbereich
Ausführung: Montagebauweise

Internat (Bauteil F 1):

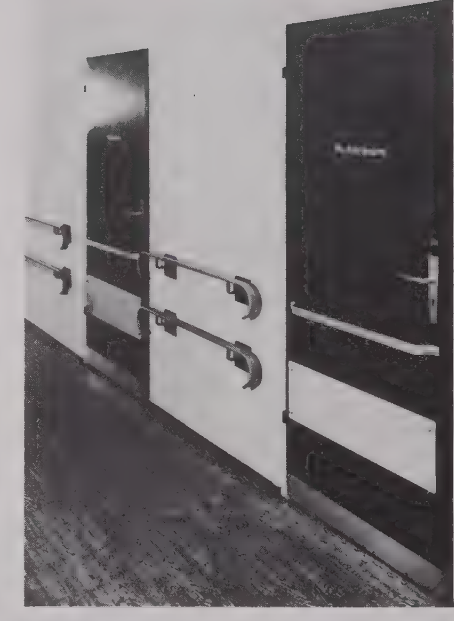
Wohn-Schlaf-Räume für drei und vier Personen; Sanitäreinheit, Krankenstation, Leseraum, Nachtdienst, große Loggia am Giebel für Sport und Spiel, Evakuierungsrampe
Ausführung: Montagebauweise

Verkehrskern (Bauteil F 2):

Horizontale und vertikale Erschließung der Gebäude über Treppe und Aufzüge (Rollstuhlfahrer). Die Hallen sind zum Teil für sportliche Betätigung und in der Freizeit nutzbar. Der Verkehrskern ermöglicht eine Staffelung der Gebäude entsprechend der Topographie
Ausführung: traditionell

Internat (Bauteil F 3):

Wohn-Schlaf-Räume für drei und vier Personen; Sanitäreinheit, Fotolabor, Leseräume, Teeküche
im 2. Untergeschoß: Internatsküche für den Vorschulteil mit Anbindung an den Kindergarten und direkter Ausgang zu den Spielhöfen



6

7



Bauteil A

1 Kombinierte Unterrichts-Horträume
2 Pausenräume
3 Liegenräume
4 Gartengeräte
5 Hortraum
6 Disponibler Unterrichtsraum
7 Spielraum
8 Lehrmittelraum
9 Fachunterrichtsraum
0 Vorbereitungs- und Lehrmittelraum
1 Gymnastikraum
2 Geräteräume
3 Personal Physiotherapie
4 Ruheräume
5 Pädagogischer Arbeitsraum
6 Garderobe Mädchen
7 Sanitärbereich Mädchen
8 Garderobe Jungen
9 Sanitärbereich Jungen
0 Halle
1 Hausmeister
2 Fundsachen
3 Sanitärbereich Jungen
4 Sanitärbereich Lehrer
5 Sanitärbereich Mädchen
6 Sanitärbereich Lehrerinnen
7 Wickel- und Duschraum
8 Direktorat
9 Lehrerzimmer
0 Zentralgarderobe Oberstufe
1 Musikzimmer
2 Schularchiv
3 Schulschwester
4 Pionierleiter, Hortleiter
5 Vorbereitung Physik
6 Unterrichtsraum Physik
7 Vorbereitung Chemie
8 Unterrichtsraum Chemie
9 Disco-Raum
0 Technisches Personal
1 Werkunterricht
2 UTP, Werkunterricht

Bauteil B

1 Haupteingang
2 Besucherräume
3 Rezeption
4 Kiosk

Bauteil C

5 Speisesaal
6 Küche einschl. Vorbereitung
7 Kühlräume
8 Lager
9 Personalräume

Bauteil D

0 Rollstühle
1 Verwaltung
2 Lager

Bauteil E

3 Küchenpersonal
4 Arbeitsgemeinschaften
5 Lehrküche

Bauteil F 1

6 Loggia / Evakuierungsrampe
7 Wohn-Schlafräume
8 Sanitäreinheit
9 Bücherei
0 Nachtwache

Bauteil F 2

1 Gruppenräume
2 Abstellräume

Bauteil F 3

3 Wohnschlafräume
4 Leseräume
5 Teeküche
6 Sanitäreinheit
7 Fotolabor
8 Loggia

Bauteil G

9 Therapieräume
0 Ausgabe / Spüle
1 Abstellräume, Lager, Geräte
2 Garderobe
3 Sanitäreinheit
4 Gruppenraum
5 Verwaltung, Personal
6 Gymnastik-Raum
7 Technische Räume
8 Kinderwagenraum
9 Putzraum
0 Rampe

Bauteil H

3 Therapieraum

Zugang zum Bauteil B

0 1 2 4 6 8 10 20 m

8

5 Blick auf das Internat und den Kindergarten

6 Flurdetail mit Gehhilfen

7 Verkehrskern mit Halle und Aufzügen

8 Teilgrundriß 1 : 800 (Bauteil A)

9 Teilgrundriß 1 : 800

9





10

im 1. Obergeschoß: Wohnräume für Personal, Loggia am Giebel für Sport und Spiel
Ausführung: Montagebauweise

Kindergarten (Bauteil G):

Anbindung an das Internat, Gruppen- und Schlafräume (drei Gruppen für je 20 Kinder), spezielle Sanitäreinheiten; Räume für Spielgeräte, Verteilerküche, Gymnastikräume, Therapieräume, Isolierzimmer, Kinderwagenraum, Personalräume; getrennter Zugang von Wittgensdorfer Straße zum Kindergarten und zum Internat
Ausführung: Montagebauweise

Zwischenbau (Bauteil H):

Räumlicher Abschluß des Schulbaus, Bücherei, Räume für Schreibtechnik und für Therapie, Sanitäreinheit; Zugang auch vom Vorfahrtsbereich möglich, Zugang zum Schulgarten
Ausführung: Montagebauweise

Technische Einrichtungen:

- Wasserversorgung über Sammelbehälter mit Hydrophoranlage
- Trafostation
- Netzersatzanlage (Dieselaggregat 350 kVA)
- provisorisches Heizhaus mit Kohlelagerplatz als Zwischenlösung bis zum Abschluß an Fernwärmetrasse im Zusammenhang mit Neubaugebiet „Bornaer Hang".

Die konzipierten Nutzungseinheiten sind in ein- und viergeschossigen Baukörpern untergebracht und so einander zugeordnet, daß eine günstige Staffelung der Baumassen (Höhenunterschied 6 m) erreicht wurde und offene und geschlossene Freiflächen in der Art von Innenhöfen entstanden, die der Gesamtanlage auch funktionell entgegenkamen.

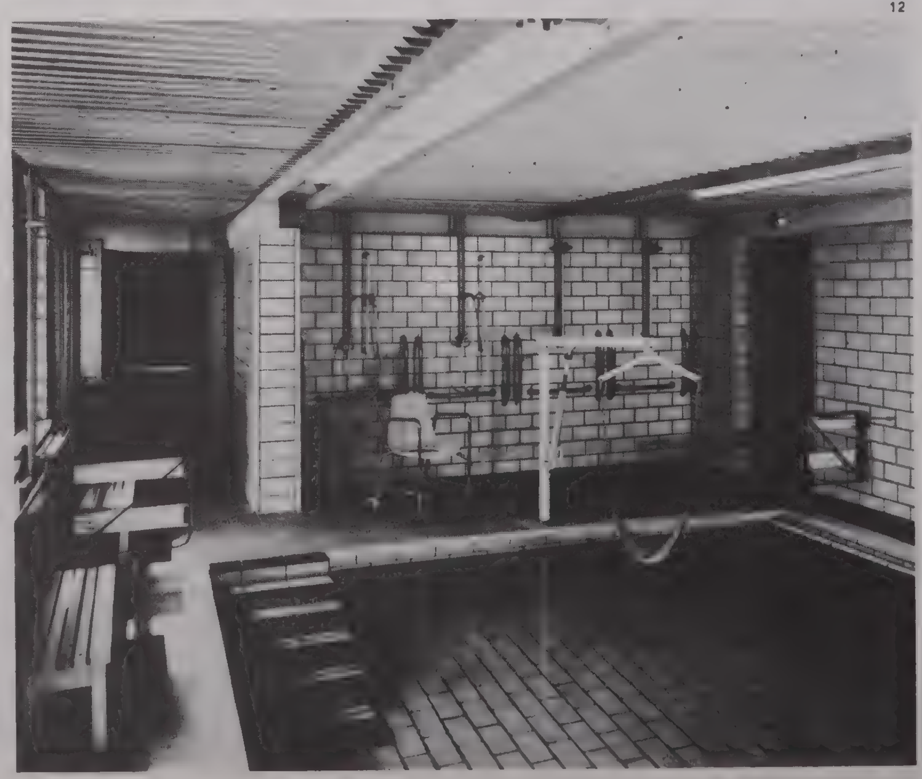
Im September 1981 wurden Schule, Internate, Sozialtrakt und Zwischenbauten zur Nutzung übergeben. Der Kindergarten ist seit September 1982 betriebsfähig. Restarbeiten im Internat F 1 wurden abgeschlossen, ebenfalls Umbauarbeiten an einem Klassenflügel A 1.

Funktion, Konstruktion und Form prägen das Erscheinungsbild der gesamten Anlage. In der Gestaltung wechseln farbige Wand-

11



12



Kapazität

Schüler	270 Plätze
Internat Schüler	170 Plätze
Internat Vorschulteil	30 Plätze
Kindergarten (3 Gruppen)	60 Plätze
Speisesaal	140 Plätze
Küche	1200 Portionen

10 Blick auf den Eingangsbereich mit Vorfahrt

11 Sanitäreinheit im Bauteil A

12 Hydrotherapie mit Bewegungsbecken

13 Klassenraum im Bauteil A

14 Klassen-Hort-Raum

15 Vierbettzimmer im Internat



13

flächen mit Glasflächen ab. Beschichtete Wetterschalen (Baufanit) – eine bauphysikalische Notwendigkeit für die Montagebauweise (2-Mp-Wandbauweise) in sehr exponierter Lage – dominieren in den Brüstungs- und Giebelbereichen der Montagebauten. Überall bleibt der kindgemäße Maßstab gewahrt, architektonische Barrieren wurden vermieden und geschützte Räume geschaffen.

Die gegliederten Baukörper (mit differenzierten Höhen, mit großen Loggien an den Giebeln, mit Gebäudeversätzen, mit Materialwechsel) in den Fassaden und die Geländestaffelungen erscheinen als abgeschlossenes städtebauliches und architektonisches Ensemble

Von den Bauschaffenden wurde die modernste Einrichtung dieser Art im Bezirk Karl-Marx-Stadt errichtet und somit die Voraussetzung geschaffen, daß auch in diesem Teilbereich des Volksbildungswesens die schulpolitischen Aufgaben unserer entwickelten sozialistischen Gesellschaft voll erfüllt werden können.



14

15

1

2



Kulturhaus „Neue Welt" in Zwickau – Rekonstruktion und Erweiterung

Dipl.-Arch. Karl-Heinz Barth, Architekt BdA/DDR
Karl-Marx-Stadt

Die „Neue Welt" – als Ausflugs- und Familienrestaurant mit einem Konzert- und Ballsaal konzipiert – wurde 1902 bis 1903 nach einem Entwurf des Architekten Johannes Henning errichtet. Die Bauausführung lag in den Händen der Baumeister Rascher und Unger.

Die im Norden Zwickaus an der Fernverkehrsstraße nach Leipzig gelegene Einrichtung galt seinerzeit als Sachsens größter Terrassensaal mit einer angegebenen Kapazität von 3000 Plätzen. Der bis in die 60er Jahre weithin bekannte Saalbau war hinsichtlich der Beleuchtung und der Akustik neben der gestalterischen Ausstrahlung berühmt. In der „Neuen Welt" fanden neben erstrangigen Gastspielen bekannter Künstler auch bedeutende Veranstaltungen der Zwickauer Arbeiterbewegung statt.

Auf der Rückseite der Anlage, in östlicher Richtung bis zur Mulde, war ein großzügiger Park mit Konzertgarten, abwechslungsreicher Bepflanzung, zahlreichen Plastiken, Brunnen und Festwiese angelegt worden.

Mit der Rekonstruktion des denkmalgeschützten Saales und der Erweiterung der Kulturhauskapazität einschließlich der Wirtschaftsteile sollte in der Zwickauer Nordstadt eine Anlage geschaffen werden, die eine Integration von Kultur, Gastronomie und Naherholung beinhaltet. Als Er-

3

1
Blick vom Ranggeschoß zur Bühne
2
Garderobenbereich
3
Blick auf die Hauptfassade (um 1903)
4
Blick vom Erdgeschoß zur Bühne (um 1903)
5
Blick von der Bühne in den Zuschauerraum (um 1903)

4



5



gebnis dieser Aufgabenstellung wurde ein Komplex angestrebt, der sowohl der kulturellen und gastronomischen Betreuung der Einwohner des umliegenden Wohngebiets als auch der Durchführung kultureller und gesellschaftlicher Veranstaltungen für das Stadtgebiet dienen sollte.

Ausgangspunkt der Gesamtkonzeption war der Ballsaal, der insbesondere in seiner innenarchitektonischen Wirkung von Bedeutung war. Mit seiner sorgfältigen Wiederherstellung wurde ein würdiger Rahmen für die Durchführung des „Internationalen Robert-Schumann-Wettbewerbs" geschaffen. Weiterhin dient die Anlage als ständiger Konzertsaal und bietet auch gute Voraussetzungen für Tanzturniere, Unterhaltungs- und Festveranstaltungen.

Die Erweiterung des Komplexes – Funktionsgebäude an der Bühnenseite des Saalbaues und in südlicher Richtung Zwischenbau, Foyer, Gaststätte und Versorgungseinrichtung – dient wichtigen funktionellen Aufgaben.

Während der Saalbau in seiner Gesamterscheinung erhalten bleibt, leitet der Flachbau der stadtwärts vorgelagerten Kommunikationszone zur Parkanlage über.

Die Gesamtaufgabe wurde in nutzungsfähige Teilobjekte gegliedert. Anläßlich der

MEHRZWECKGEBÄUDE

BÜHNE

OFFICE

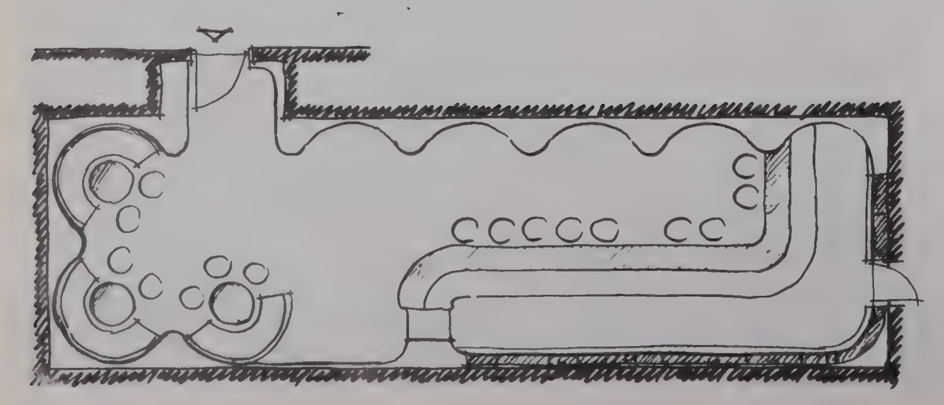
GROSSER SAAL

BUFFET

ZWISCHENBAU

6
Erdgeschoß

7
Bar im Ranggeschoß (Entwurf)



Eröffnung des „VIII. Internationalen Robert-Schumann-Wettbewerbs" am 31. Mai 1981 konnte der Bauabschnitt Saal, Funktionsgebäude, Zwischenbau und Foyer übergeben werden.
Bei der Rekonstruktion des Saalbaues galt es, die Wiederherstellung der raumbestimmenden Elemente zu sichern. Das betraf die zahlreichen Stuckarbeiten – Karyatiden, Putten, Ornamentbänder, Balustraden – und den dominierenden Kronleuchter sowie die ursprüngliche Farbgebung. Neben dem Grün-Weiß der Wand- und Stuckflächen setzt das Weinrot von Bühnenvorhang, Brüstungspolster und Bestuhlung deutliche Akzente. Marmor an Erdgeschoßflächen und Zierspiegel unterstützen die nostalgisch erscheinende, festliche Ballsaalatmosphäre. Die Kapazität des Saales beträgt einschließlich der Ränge 1433 Plätze bei Konzertbestuhlung und 758 Plätze bei Tanzveranstaltungen.

MEHRZWECKGE
BAUDE

BÜHNE

BAR

LUFTRAUM SAAL

ZWISCHEN-
BAU

1. RANG

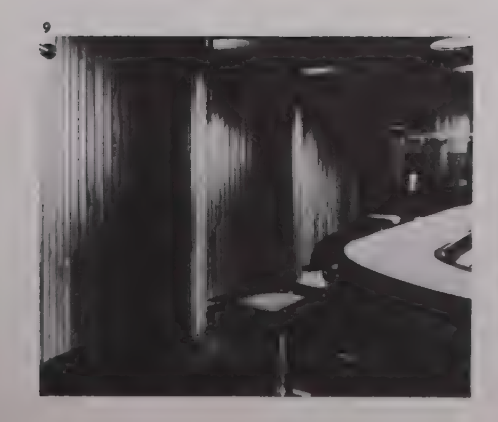
2. RANG

8

8
Ranggeschoß

9/10
Bar im Ranggeschoß

9



10





11
Zuschauerbereich nach der Rekonstruktion
12
Sitzgruppe im Foyer

Ein Zwischenbau verbindet das Saalgebäude mit dem erdgeschossigen Kommunikationsbereich. Für die Pausenversorgung bei Veranstaltungen sind im Zwischenbau Büfetts angeordnet. Dabei erhielt die Anlage im Ranggeschoß eine gestalterische Aufwertung mit barähnlichem Charakter.
Entsprechend der neuerrichteten baulichen Hülle wurde diese Einrichtung bewußt von den Assoziationen zu Jugendstil oder Neubarock gelöst. Das Motiv der Rundung wurde jedoch aufgegriffen und war ein Ausgangspunkt für die Gestaltung der Bar. Dabei galt es u. a., die ungünstige Raumproportion des langgestreckten Bauteils (15,0 m $\times$ 4,5 m) zu verbessern. Auch im Fußbodenaufbau wurde versucht, die Rundung aufzugreifen. Die segmentförmigen Wandnischen unterstützen diese Gestaltungsabsicht und bieten Kommunikationsgruppen Raum. Die Anordnung der Wandverkleidung läßt die Raumgrenzen noch erkennen. Drei runde Sitzgruppen und zehn Barhocker bieten 28 Sitzplätze. Die Farbgebung wurde zwischen Dunkelgrün (gebeizt: Tresen und Rückbüfett) und Olivgrün (Farbanstrich Decke, Keramikleuchten, gebeizte Wandverkleidung) gewählt, der sich das Steingrau des Fußbodens und die sachlich wirkenden Chromteile der Leuchten und der Hocker unterordnen.
Mit der Wiederherstellung der Zwickauer „Neuen Welt" wurde den „Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" entsprochen, in denen die gezielte Erhaltung des baulichen Erbes besondere Aufmerksamkeit erhält und die harmonische Verbindung von Neubau mit der vorhandenen wertvollen Bausubstanz eine große sozialökonomische und kulturpolitische Bedeutung erlangt.

„Haus der Dienste" in Halle-Neustadt

Oberingenieur Curt Barth, KDT
VEB Wohnungsbaukombinat Halle,
Kombinatsbetrieb
VEB Projektierung und Technologie Halle

1

Mit dem Neubau des „Hauses der Dienste", Halle-Neustadt, wurde eine neue, leistungsfähige Einrichtung geschaffen, die zur kontinuierlichen Verbesserung des Angebotes an Dienstleistungen und Reparaturen für die Bevölkerung beiträgt.

Mit Inbetriebnahme dieses Objektes wird es dem Dienstleistungskombinat möglich, 18 verschiedene Leistungsarten anzubieten.

Mit dem Neubau haben sich auch die Arbeits- und Lebensbedingungen für insgesamt 350 Beschäftigte der verschiedenen Nutzerbereiche gegenüber den bisherigen Verhältnissen grundlegend verändert und verbessert. Die neuen sozialen Bedingungen wirken sich positiv auf das Arbeitsklima aus.

Die Erarbeitung des Hochbauprojektes erfolgte im Rahmen eines mit der VR Bulgarien abgeschlossenen Außenwirtschaftsvertrages durch das Projektierungsinstitut IPP Glaw-Projekt Sofia unter aktiver Mitwirkung eines Koordinierungskollektives des VEB Projektierung und Technologie Halle, Kombinatsbetrieb des VEB WBK Halle.



2

1
Blick auf die Südseite des Komplexes mit den Allbeton-Hochhausscheiben im Hintergrund

2
Teilansicht Südfassade mit Hauptpost im Hintergrund

3
Teilansicht. Blick von Nordosten

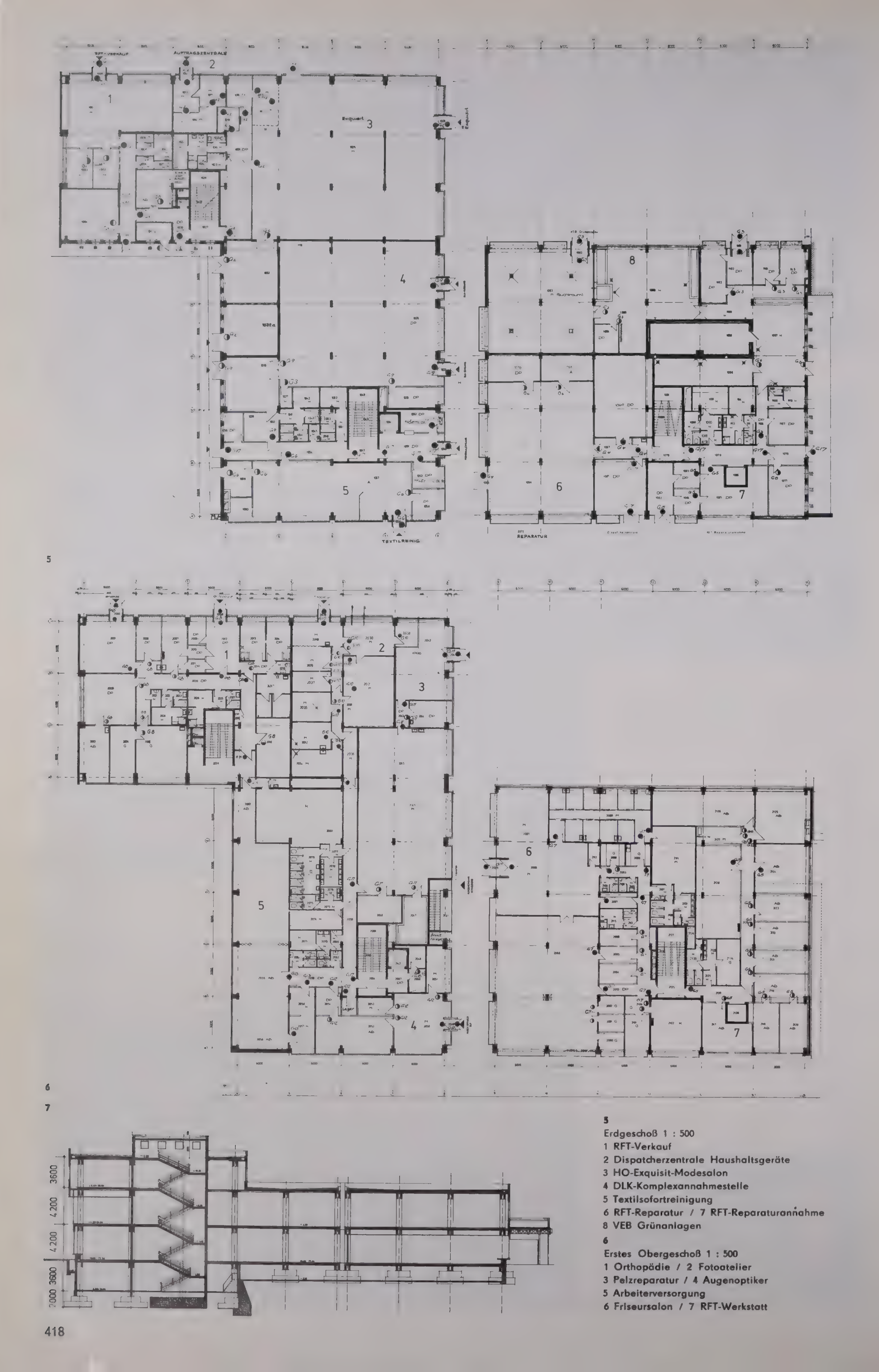
4
Erdgeschoßpassage

3



4





5

6

7

5
Erdgeschoß 1 : 500
1 RFT-Verkauf
2 Dispatcherzentrale Haushaltsgeräte
3 HO-Exquisit-Modesalon
4 DLK-Komplexannahmestelle
5 Textilsofortreinigung
6 RFT-Reparatur / 7 RFT-Reparaturannahme
8 VEB Grünanlagen

6
Erstes Obergeschoß 1 : 500
1 Orthopädie / 2 Fotoatelier
3 Pelzreparatur / 4 Augenoptiker
5 Arbeiterversorgung
6 Friseursalon / 7 RFT-Werkstatt

Hauptauftraggeber
Hauptauftraggeber Komplexer Wohnungs- und Gesellschaftsbau Halle-Neustadt

Investitionsauftraggeber und Rechtsträger
VEB (K) Dienstleistungskombinat Halle

Generalauftragnehmer
VEB Wohnungsbau Halle,
Kombinatsbetrieb des VEB WBK Halle

Städtebauliche Planung
Büro für Städtebau und Architektur beim Rat des Bezirkes Halle
Dipl.-Ing. R. Deutloff
Dipl.-Ing. G. Schultz

Generalprojektant
VEB Projektierung und Technologie Halle,
Kombinatsbetrieb des VEB WBK Halle
Arbeitsverantwortlicher:
Obering. C. Barth

Hauptprojektant
IPP Glaw-Projekt Sofia, VR Bulgarien
Arbeitsverantwortliche:
Dipl.-Ing. D. Galaboff
Dipl.-Arch. M. Iliewa

Entwurf und Architektur
Dipl.-Arch. M. Iliewa
Dipl.-Arch. L. Gramatikowa

Statik und Konstruktion
Dipl.-Ing. D. Galaboff
Dipl.-Ing. W. Stojanova

Heizungstechnisches Projekt
Dipl.-Ing. Mituschev
Dipl.-Ing. Wladimirov

Lüftungstechnisches Projekt
Dipl.-Ing. Mituschev

Sanitärtechnisches Projekt
Dipl.-Ing. Mladenov

Elektrotechnisches Projekt
Dipl.-Ing. Nicolowa

Bauwirtschaftliches Projekt
Dipl.-Ing. Gerassimov

Konsulentengruppe des Generalprojektanten für Koordinierung
Entwurf und Architektur
Oberingenieur C. Barth
Dipl.-Ing. K. Fietsch

Statik und Konstruktion
Dipl.-Ing. R. Heber

Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärtechnik
Ingenieur W. Hohmann

Elektrotechnik
Ingenieur D. Tüngler

Bauwirtschaft
Ingenieur R. Lehmann

Bauphysik
Dr.-Ing. J. Namysloh

BMSR-Technik
Ingenieur M. Bieneck

Innenprojekt
VEB Innenprojekt Halle
Architekt H. Zimmermann
Architekt W. Schmidt-Gunter
Architekt I. Czysch

Hauptauftragnehmer
VEB Technische Gebäudeausrüstung Halle

Ausrüstung und Ausstattung
VEB Innenprojekt Halle
VEB Baureparaturen Halle
VEB Natur- und Betonwerkstein Weißenfels
VEB RFT Leipzig/Halle
VEB HTA Leipzig

Bauleitung
Oberbauleiter: Bauingenieur H. Hinrichs
Bauleiter: Bauingenieur H. Eschrich







7
Schnitt 1 : 500

8
DLK-Komplexannahme

9
Blick in den Modesalon Exquisit – Damenkonfektion

Städtebauliche Einordnung

Grundlage der Bearbeitung bildete die vom Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle vorgegebene städtebauliche Konzeption.
Eingeordnet zwischen dem bestehenden Hauptpostamt und dem geplanten und zur gleichen Zeit projektierten Gaststättenkomplex, mit dem das „Haus der Dienste" ein Ensemble bilden soll, bildet das Objekt die südliche Begrenzung des östlichen Stadtzentrums Halle-Neustadt (parallel zur Magistrale).

Die in zweiter Ebene zu erschließende Hauptpost war für die Höhenentwicklung des „Hauses der Dienste" bestimmend.

Das Gebäude befindet sich demzufolge in einem vom Fahrverkehr im wesentlichen frei gehaltenen Fußgängerbereich. Für die Anlieferung und Versorgung ist lediglich an der westlichen und östlichen Seite je eine vertieft liegende Anlieferzone angeordnet, über welche die gesamte Einrichtung versorgt wird. Die verkehrstechnische Erschließung des Objektes erfolgt auf der Südseite von der Magistrale her für Besucher und



10



11

10
Bereich Damenfriseur

11
Cafébar im Friseursalon

12
Blumenladen



12

Kunden bis zu den vorgelagerten Parkflächen.

Die gesamte Anlage ist von einer Fußgängerzone zu erreichen. Durch die Anordnung der Galerie, die sich über den gesamten Teil des östlichen Stadtzentrums erstreckt und die Hochhausscheiben A – C sowie die dazwischen liegenden Verkaufseinrichtungen erfaßt, ergeben sich für die unterschiedliche und vielseitige Nutzung von außen für die Fußgänger und Kunden günstige Zugangsmöglichkeiten zu den Nutzerbereichen im 1. und 2. Obergeschoß.

Im Erdgeschoß sowie im 1. Obergeschoß ist etwa in Gebäudemitte in Nordsüdrichtung eine Passage vorgesehen. Auch in diesem Bereich sind die Zugänge zu den Nutzereinheiten angeordnet.

Architektonische Gestaltung

Durch die Bauweise SKMB 72 wurden zwangsläufig die Gebäudeform, die äußeren Abmessungen sowie die Gebäudestruktur bestimmt.

Der flachgestreckte Baukörper – durch die horizontale Gliederung in Brüstungs- und Fensterstreifen – wird noch mehr durch das auskragende 2. Obergeschoß betont.

Die äußere Struktur der zur Anwendung gekommenen Fertigteilelemente für Brüstungsflächen und Attika mit Waschbetonaußenhaut im 2. Obergeschoß in Verbindung mit dem eingesetzten Klinkermaterial für Fensterschäfte und Brüstungen im Erdgeschoß gibt zusammen mit dem Sichtbeton der Fertigteile dem Gebäude ein gefälliges Aussehen.

Alle Fenster und die Eingangstüren wurden in Stahl-Aluminium-Konstruktion ausgeführt.

Bei der architektonischen Lösung mußte vorausschauend die Galerie berücksichtigt werden, da diese zu einem späteren Zeitpunkt als das Hochbauprojekt projektiert wurde. Es zeigt sich, daß sich die gewählte Lösung der Galerie harmonisch in die Gesamtgestaltung einfügt.

Die vom Hauptprojektanten Glaw-Projekt durchgeführte Projektierung verlangte auf Grund der zum damaligen Zeitpunkt im Bezirk Halle noch in der Entwicklung befindlichen Bauweise, für die es noch kein Beispiel gab, von den Generalprojektanten ein hohes Maß an Koordinierungsleistung.

Durch eine zeitliche Unterbrechung der Baudurchführung waren Materialsubstitutionen sowie technologisch bedingte Veränderungen erforderlich. Der konstruktive Einbau der Schaufenster, die Lösung der Eingangsbereiche, die Wahl der Unterhangdecken, bauphysikalische Maßnahmen und nicht zuletzt die Qualität der Fertigteilelemente für die Außenhaut –, also Maßnahmen, die am Ende für die architektonische und gestalterische Qualität mit entscheidend waren –, sind das Verdienst der Mitarbeiter des Koordinierungskollektives des VEB Projektierung und Technologie Halle. Ihr persönlicher Einsatz war mitbestimmend, daß das Vorhaben bis zum Übergabetermin in der vorhandenen Qualität übergeben werden konnte.

Konstruktive Lösung

Für das „Haus der Dienste" kam in Abstimmung mit dem Bezirksbauamt die Stahlbetonskelettmontagebauweise SKBM 72–H zur Anwendung. Einige Elementesortimente dieser Bauweise mußten den Fertigungstechnologien der Produktionsstätten des Bezirkes Halle angepaßt und neu entwickelt werden.

Bei dieser Bauweise handelt es sich statisch um eine Stahlbetonfertigteilkonstruktion mit gelenkigen Knotenpunkten. Die Vertikallasten werden von den Deckenplatten über Riegel und Stützen auf die Einzelfundamente übertragen. Zur Stabilisierung der gelenkigen Skelette in Längs- und Querrichtung dienen horizontale Deckenscheiben und Wandscheiben.

Zur Erreichung der Scheibenwirkung sind die Geschoßdecken mit Ringankern umschlossen.

Grundraster: 6000 mm × 6000 mm

Geschoßhöhe: 3600 mm und 4200 mm

Stützen:
Pendelstützen, die am Stützenkopf und Stützenfuß durch aussteifende Deckenscheiben gehalten werden.
Abmessung 230 mm/730 mm.



13

13
Orthopädie. Schmiedewerkstatt

14
Orthopädiewerkstatt

15
Augenoptik. Verkaufsgeschäft



14

Riegel:

Vollriegel und Installationsriegel mit 650 mm × 210 mm großen Öffnungen, als Einfeldriegel oder mit Kragarm als Doppelriegelsystem.

Decken:

240 mm dicke Hohlraumdeckenplatte als Normalplatte und Installationsplatten als kassettierte Rippenplatten, schlaff bewehrt.

Außenwandplatten:

Stahlleichtbetonplatten als Brüstungs- und geschoßhohe Platten mit Wärmedämmschicht so gefertigt, daß die statischen, architektonischen, konstruktiven und bauphysikalischen Parameter eingehalten werden konnten.

Nutzerbereiche

■ DLK-Komplexannahme

Die Komplexannahmestelle befindet sich im westlichen Teil des Erdgeschosses und ist für Kunden von der Passage aus über zwei Eingänge für Annahme und Ausgabe zugänglich. Der An- und Abtransport des Reparaturgutes erfolgt über den auf der Westseite gelegenen Anlieferhof durch eine Rampe auf der Ebene des Erdgeschosses. Der um 1,10 m tiefer liegende Anlieferhof ermöglicht einen reibungslosen Transport. Für den vertikalen Transport innerhalb des Gebäudes sind zwei Lastenaufzüge vorhanden, mit welchen Transporte sowohl zu den Lagerräumen im Kellergeschoß als auch zu den Funktionsräumen im 2. Obergeschoß durchgeführt werden können.

■ Modesalon Exquisit

Diese Einrichtung befindet sich ebenfalls im Erdgeschoß des westlichen Gebäudetraktes und hat für die Anlieferung der Waren die gleiche Anliefertechnologie wie die DLK-Komplexannahmestelle.

Der Kundenraum ist so gelegen, daß sowohl von der Ostseite als auch von der Westseite Schaufenster für Ausstellungszwecke angeordnet werden konnten.

■ Blumenladen

Der Blumenladen des VEB Grünanlagen ist im Erdgeschoß des nordöstlichen Teiles des Gebäudes untergebracht. Der Verkaufsraum ist so angelegt, daß sich in der Passage und auf der Nordseite Schaufenster befinden.

15

Auf der Nordseite befindet sich auch der separate Zugang zum Bestattungsinstitut.

Alle Lagerräume und der Kühlraum sind ohne direkte Belichtung im Innern des Gebäudes untergebracht.

Die Anlieferung der Waren erfolgt vom östlichen Anlieferhof über eine Rampe.

Der sehr übersichtlich angeordnete Verkaufsraum, der durch eine Pendeltür direkt mit dem großen Binderaum Verbindung hat, wurde an den Wänden mit geschliffenen und polierten Natursteinplatten „Tradeko" ausgekleidet. An einer dieser Wände sind eiserne, mit Eloxalband betonte halbrunde Etageren angeordnet, auf denen die Grünpflanzen zum Verkauf angeboten werden.

Um die in der Mitte des Raumes vorhandene und mit Kalksteinriemchen verkleidete Rundsäule wurde die Kassenzone mit Warenausgabe angeordnet.

Der Fußbodenbelag besteht aus 400 mm × 400 mm großen Agglomeratplatten.

■ Friseursalon mit Kosmetikabteilung

Diese Einrichtung befindet sich im 1. Obergeschoß und hat ihren Kundenzugang von der Passage.

Sie umfaßt eine Damenfriseurabteilung mit 14 Plätzen und 14 Auskämmplätzen sowie eine Herrenfriseurabteilung mit 6 Plätzen.

Eine Kosmetikabteilung mit 10 Plätzen ist dieser Einrichtung zugeordnet.

In dem großzügigen Kundenraum sind Warteplätze mit Garderobe, Verkaufsmöglichkeiten für kosmetische Artikel sowie eine Kaffeebar vorhanden.

Die gesamte Anlage hat von zwei Seiten Schaufensterfront. Die Lager- und Nebenräume sind im Inneren ohne Tageslicht angeordnet.

Die Zulieferung erfolgt über den Lastenaufzug und über die Anlieferzone auf der

Ostseite. Dort befindet sich auch der Personalzugang.

■ Pelzreparaturwerkstatt und Verkauf

Von der Galerie aus erreichbar, im 1. Obergeschoß, befindet sich die Pelzreparaturwerkstatt mit dazugehörigem Verkaufsraum. Dieser Kundenraum strahlt durch seine mit Holz, Glas und Metall kombinierte Innenausstattung eine besondere Atmosphäre aus.

Die Verkaufsvitrine aus Eiche, antik, geräuchert, mit Dickglasplatte (in Sprelacart, weiß abgesetzt), wie die in gleicher Weise vorhandene Pelzvitrine mit Glasschiebetüren, in Aluminium gefaßt, und die gedrechselten Garderobeständer in dunkler Eiche, die in Edelputz mit Silikatanstrich in Flaschengrün gestaltete Spiegelwand in Verbindung mit der abgehängten dekorativen Rahmengitterdecke aus Mooreiche tragen in Verbindung mit den eingebauten Beleuchtungskörpern zu einer angemessenen Raumatmosphäre bei.

■ Fotoatelier

Zur Anfertigung von Paßfotos sowie von Großaufnahmen für Gruppen und Familien, aber auch zur Erledigung von Amateurfotoarbeiten wurde dieses Atelier eingerichtet.

Die Ausstattung des Kundenraumes wurde dem Charakter dieser Versorgungseinrichtung entsprechend in hellem, furniertem Holz gehalten.

■ Augenoptik mit Verkauf

Diese Einrichtung wurde im 1. Obergeschoß auf der Südwestseite angeordnet, mit Kundenzugang von der Passage.

Ausstellungsvitrinen, Schrankeinbauten und Vitrinen wurden in UP-Palisander ausgeführt. Durch die großen Schaufenster mit Südlage haben sowohl die Werkstatt als auch der Kundenraum die erforderliche Helligkeit. Teraflexglasscheiben und zusätzliche Jalousetten sind als Schutz vor allzu großer Sonneneinstrahlung vorhanden.

■ Orthopädietechnik mit Verkauf

Dieser Komplex des Gesundheitswesens befindet sich an der Nordseite des Gebäudes im 1. Obergeschoß.

Durch eine technologisch vorbildliche Lösung sind die Funktionsbereiche Anfertigung und Verkauf voneinander getrennt und durch gesonderte Kundeneingänge von der Galerie aus zu erreichen.

Hier werden Erzeugnisse der Großorthppädie wie Protesen usw. nach Maß angefertigt und Erzeugnisse der Kleinorthopädie wie Einlagen, Bandagen usw. verkauft.

Eine Schmiedewerkstatt mit offenem Feuer und Rauchabzug ist im Erdgeschoß für die Erzeugnisse der Großorthopädie vorhanden.

Der vertikale Transport innerhalb dieses Funktionsbereiches erfolgt durch einen Kleinlastenaufzug.

■ RFT-Reparaturwerkstätten und Verkauf

In diesem Objekt befinden sich im Erd- und Obergeschoß des östlichen Gebäudeteiles Werkstätten für die Reparatur von Rundfunk- und Fernsehgeräten.

Eine Dispatcherzentrale sorgt für die reibungslose Annahme und Auslieferung.

Für den Neuerwerb von Fernsehgeräten ist im Erdgeschoß des westlichen Teiles ein



16



17



13



19



20

Verkaufsgeschäft mit den dazugehörigen Lagerräumen vorhanden.

■ Schneiderwerkstatt mit Maßatelier

Die Schneiderwerkstätten für die Damen- und Herrenschneiderei sowie die Lehrwerkstätten für die Lehrlingsausbildung im Schneiderhandwerk befinden sich einschließlich der Nebenräume im 2. Obergeschoß.

Das durchgehende Fensterband sorgt für eine gute Belichtung der großräumig angelegten Arbeitsräume.

Der Zugang für die Kunden zum Maßatelier erfolgt über eine separate Treppe von der Passage des 1. Obergeschosses.

Für den Personal- und Warenverkehr stehen das Treppenhaus im westlichen Teil des Gebäudes sowie der Aufzug zur Verfügung. Alle Räume des 2. Obergeschosses liegen an einem gemeinsamen Flur, der gleichzeitig die beiden Treppenanlagen verbindet, wodurch auch die Fluchtweganforderungen erfüllt werden. An diesem Flur befinden sich auch die Büroräume der Leitung und Verwaltung des Dienstleistungskombinates.

■ Sozialräume

Der Sozialbereich mit dem Speise- und Versammlungsraum befindet sich im 1. Obergeschoß des westlichen Gebäudetraktes und umfaßt 90 Tischplätze. Durch eine Harmonikatür kann dieser Raum in zwei kleinere unterteilt werden.

Er wird vorwiegend von den Mitarbeitern des Hauses der Dienste genutzt, die im westlichen Gebäudeteil untergebracht sind. Für die Bereiche Friseur, RFT-Werkstätten und Grünanlagen sind außerdem noch separate Gemeinschaftsräume im östlichen Gebäudeteil vorhanden.

Der große Gemeinschaftsraum hat an der Stirnseite in unmittelbarer Nähe des Aufzuges einen Ausgabetresen mit Rückbuffett und den daran anschließenden Lagermöglichkeiten sowie die Geschirrspüle.

Für die Pausenversorgung wird außer kalten und warmen Getränken nur ein kleines Imbißsortiment geführt.

Das Mittagessen wird angeliefert.

Die in einem dunklen Braunton gehaltenen Wände, der Parkettfußboden, Gestühl, Dekoration und Grünpflanzen, Unterhangdecke und die in Palisander ausgeführten Buffettmöbel sorgen für eine angenehme Atmosphäre für die Werktätigen dieses Hauses.

16
Maßatelier in der Schneiderwerkstatt

17/18
Blick in die Schneiderwerkstatt

19
Blick in die Obergeschoß-Passage

20
Speiseraum im Bereich Arbeiterversorgung

21
RFT-Reparaturwerkstatt

Nutzflächen der Nutzerbereiche

Verkaufseinrichtung RFT:	187,50 m²
Modesalon:	565,50 m²
Haushaltsgroßgeräteservice:	31,80 m²
DLK-Komplex Annahme- und Ausgabestelle mit Lagerbereich:	408,50 m²
VEB Textilreinigung Annahme- und Ausgabestelle:	194,00 m²
RFT-Farbfernsehgerätewerkstatt:	136,00 m²
RFT-Service – Reparaturannahme und -ausgabe:	132,50 m²
VEB Grünanlagen – Blumengeschäft und VEB Grünanlagen – Bestattungswesen:	475,00 m²

I. Obergeschoß

VEB Orthopädietechnik-Werkstätten mit Verkaufseinrichtung:	314,00 m²
Fotoatelier mit Verkaufseinrichtung:	171,00 m²
Werkstatt für Pelzreparaturen mit Verkaufseinrichtung:	295,00 m²
Werkstatt für Augenoptik mit Verkaufseinrichtung:	118,00 m²
Friseursalon für Herren und Damen mit Kosmetiksalon:	569,00 m²
RFT-Werkstatt:	353,00 m²
Sozialbereich mit Speise- und Versammlungsraum:	311,00 m²

II. Obergeschoß

Leitung und Verwaltung DLK:	80,00 m²
Maßatelier, Schneiderwerksatt für Herren- und Damengarderobe sowie Lehrwerkstatt für Herren- und Damenschneiderei:	1111,00 m²
Lagerräume, Werkstätten, technische Räume:	1071,00 m²
Verkehrsflächen:	1347,00 m²
Gesamtnutzfläche:	6523,00 m²



21

Bierrestaurant „Zum Braumeister" in Karl-Marx-Stadt

Dipl.-Ing. Peter Koch, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat Karl-Marx-Stadt
Betrieb Projektierung

Städtebauliche Einordnung

In Abstimmung mit dem Stadtarchitekten wurde die Einrichtung an der Hauptfußgängerzone im Baugebiet II des Wohngebietes „Fritz Heckert" eingeordnet. Mit ihrer vorgelagerten, bewirtschafteten Terrasse bildet die Kleingaststätte den Abschluß eines Fußgängerboulevards und das Gelenk der Fußgängerverbindung zum Versorgungszentrum im Baugebiet I.
Diese kleine gastronomische Einrichtung trägt wesentlich zur Milieubildung im Wohngebiet bei und ist auf Grund ihrer Baustruktur und des Materialeinsatzes eine Ergänzung und Bereicherung des Wohngebietes.

Funktion

Der Baukörper gliedert sich klar – außen und innen ablesbar – in die Funktionsbereiche

- Eingangszone
- Gastraum / Klubraum
- Wirtschafts- und Sozialtrakt mit Anlieferung.

Dem Gastraum vorgelagert ist eine bewirtschaftete Terrasse, die direkt über eine Ausgabe versorgt werden kann.

Gestaltung

Nicht der Raum, sondern das Gesamtgebäude war Ausgangspunkt der gestalterischen Überlegungen. Mit diesem Anliegen war von vornherein ein Verzicht auf den Einsatz einer Vielzahl unterschiedlicher Architekturelemente verbunden.
Die gestalterische Absicht bestand darin, die Oberflächen der Raumbegrenzung – insbesondere der Wände – als bestimmende Gestaltungselemente einzusetzen. Zum Träger des Raumeindruckes werden neben der Raumgeometrie die raumgliedernden Wände und Ausstattungselemente sowie Werke der bildenden Kunst. Es wurde bewußt auf eine rustikale Inneneinrichtung orientiert, ohne pseudohistorische Formen zu berücksichtigen.
Kennzeichnend für das Gebäude ist die Einheit von innerer und äußerer Gestaltung mit gleichen Baustrukturen.
Die gewählten Oberflächenmaterialien
Klinker (Wand, Fußboden)
Holz (grün gebeizt)
Beton (konstruktive Tragelemente)
entsprechen in ihrem Charakter sowohl ästhetischen wie funktionellen Anforderungen.
Sitzplatzorientierte Beleuchtung unterstützt die angestrebte Gliederung des Innenraumes.

Konstruktion:

In Abstimmung mit dem VE Wohnungsbaukombinat „Wilhelm Pieck" Karl-Marx-Stadt als GAN wurde eine Mischbauweise gewählt:

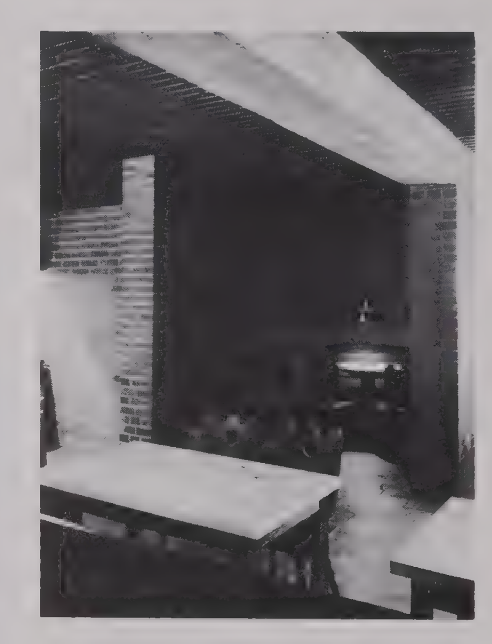
- Wände in Mauerwerk
- vorgefertigte Stahlbetonelemente als Dachkonstruktion
- notwendige frei überspannende Tragkonstruktionen und Restdachflächen in monolithischer Stahlbetonbauweise
- Warmdach als entspanntes Bitumendämmdach mit innerer Entwässerung.

Die gewählte Konstruktion bewährte sich für solche Ergänzungsbauten, die sich auch für Lehrbaustellen eignen würden.



1 Außenansicht

2 Innenraumdetail, halbrunde Sitznische



Entwurf:
Dipl.-Ing. Peter Koch, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Günter Arnold, Architekt BdA/DDR

Freiflächengestaltung:
Dipl.-Ing. Dieter Schilling, Architekt BdA/DDR

Statik:
Dipl.-Ing. Manfred Gross

Heizungstechnik:
Dipl.-Ing. Thomas Pfalz

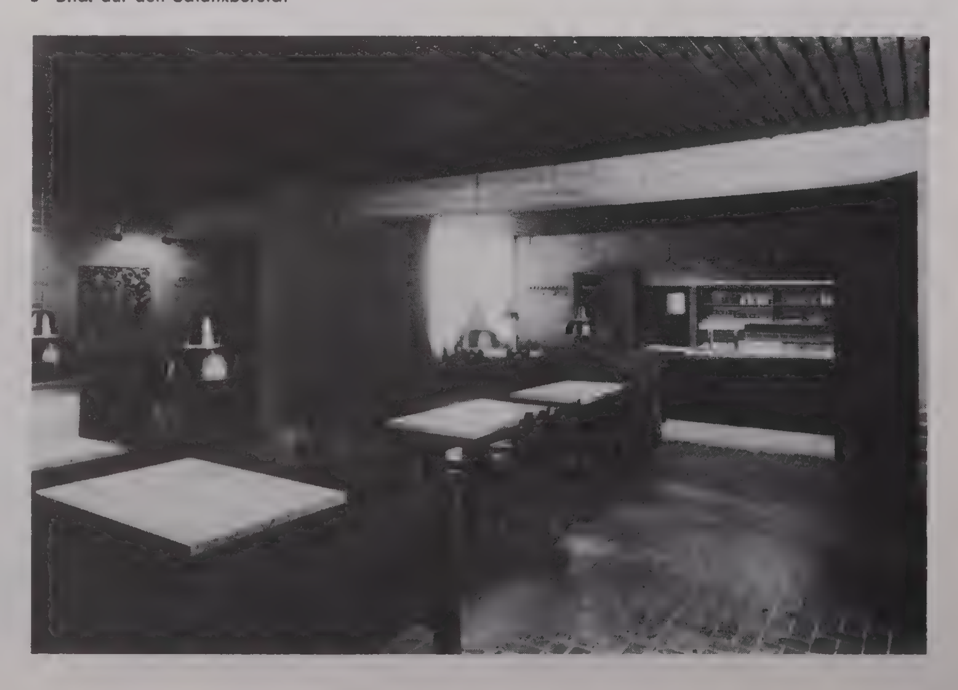
Lüftungstechnik:
Bernd Kleeberg

Sanitärtechnik:
Dipl.-Ing. Günter Quellmalz

Elektrotechnik:
Ingenieur Karl-Günter Weber

Kapazität:
Gastraum 71 Plätze
Klubraum 14 Plätze
Terrasse 80 Plätze

3 Blick auf den Schankbereich



4 Gastraum



5 Grundriß 1 : 200 (Die Ausführung erfolgte spiegelbildlich.)



1

Die Gartenstadt Hellerau

1
Westseite des Marktes mit den „Kaufläden am Marktplatz" von R. Riemerschmid (etwa 1912)

2
Plan der Bauzonen von R. Riemerschmid

3
Bebauung Am grünen Zipfel von R. Riemerschmid

Dr.-Ing. Gudrun Stenke
Technische Universität Dresden
Sektion Architektur
Bereich Theorie und Geschichte der Architektur

1984 wird die Gartenstadt Hellerau 75 Jahre bestehen. Das ist ein Anlaß, an dieses bedeutende städtebauliche Denkmal vom Beginn des 20. Jahrhunderts zu erinnern.

Die Gartenstadtbewegung im allgemeinen und die Gartenstadt Hellerau im besonderen werden in der Bau- und Kunstgeschichtsschreibung sehr unterschiedlich bewertet, oder es wird auf eine Darstellung dieser Strömung zwischen dem Jugendstil und dem Bauen der 20er Jahre auch ganz verzichtet. Entstand sie aus romantischer Begeisterung für ländliche Idylle? War sie nur Flucht aus den Städten des 19. Jahrhunderts, „landfressende Siedlungsideologie" (1)? Entstand mit Hellerau eine als Gartenstadt angelegte Werksiedlung wie viele andere auch? Ist es gerechtfertigt, Richard Riemerschmids Bauten in Hellerau einfach im „gemütbetonten Heimatstil" einzuordnen, dagegen die von Heinrich Tessenow als „in bezug auf ihre strenge Sachlichkeit zukunftweisend" (2) zu sehen?
Eine erneute und vertiefende Beschäftigung mit diesen und weiteren angrenzenden Problemen erscheint auch unabhängig von dem bevorstehenden Jubiläum interessant und notwendig. (3)

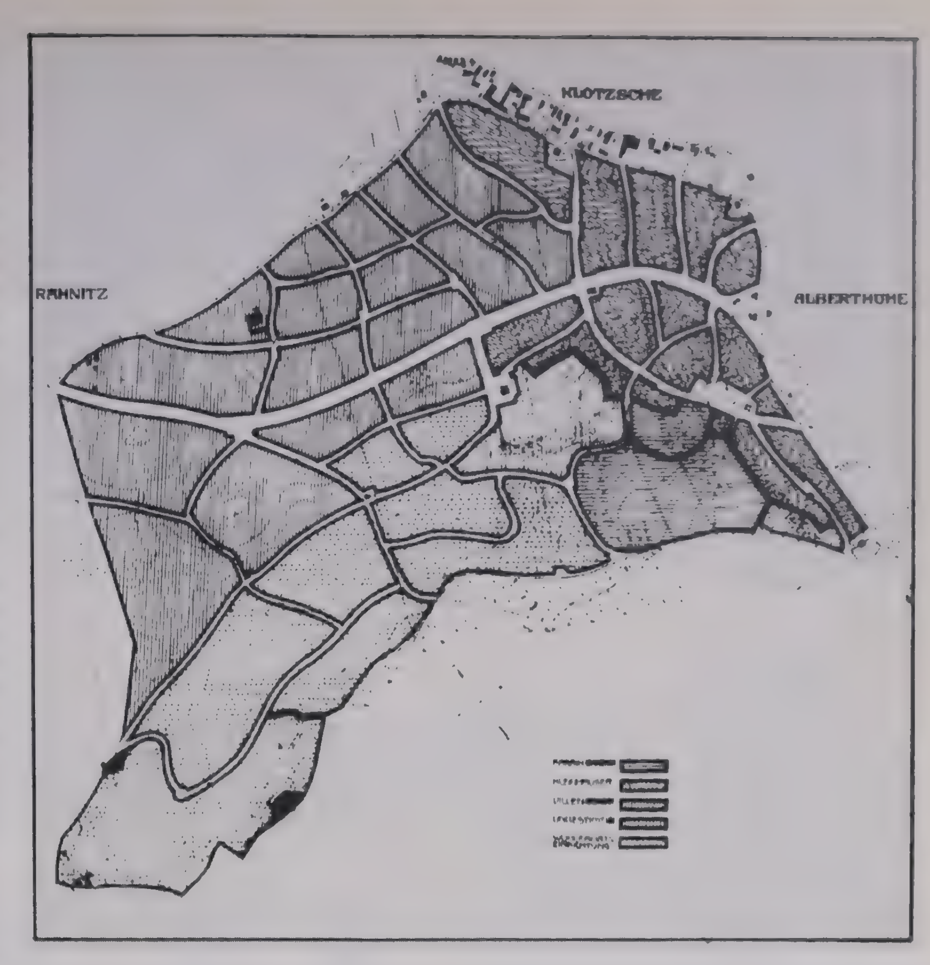
Idee und Planung

Erste Planungen für die Gartenstadt Hellerau entstanden 1906 im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Neubau der von Karl Schmidt geleiteten „Dresdner Werkstätten für Handwerkskunst". Diese wurden 1907 mit den „Vereinigten Werkstätten für Kunst und Handwerk" in München unter dem neuen Namen „Deutsche Werkstätten G. m. b. H. Dresden-Hellerau und München" zusammengeführt. Schmidt war Mitbegründer des Deutschen Werkbundes und als Vorstandsmitglied der Deutschen Gartenstadtgesellschaft auch ein führender Vertreter des Gartenstadtgedankens in Deutschland (4).
Mit dem Neubau der „Deutschen Werkstätten Hellerau" in Verbindung mit einer Wohnsiedlung sah er wohl eine Gelegenheit, die Boden-, Wohnungs- und Sozialreformbestrebungen der Gartenstadtbewegung an einem Beispiel verwirklichen zu lassen. Damit entstand die erste deutsche Gartenstadt, in der zugleich der Gartenstadtgedanke einmalig und als Höhepunkt der deutschen Gartenstadtbewegung praktisch umgesetzt wurde. In ihrem Programm hatte die deutsche Gartenstadtbewegung 1907 formuliert: „... Eine Gartenstadt ist eine planmäßig gestaltete Siedelung auf wohlfeinem Gelände, das dauernd im Obereigentum der Gemeinschaft erhalten wird, derart, daß jede Spekulation mit dem Grund und Boden dauernd unmöglich ist. Sie ist ein neuer Stadttypus, der eine durchgreifende Wohnungsreform ermöglicht, für Industrie und Handwerk vorteilhafte Produktionsbedingungen gewährleistet und einen großen Teil seines Gebietes dauernd dem Garten- und Ackerbau sichert. ... Die Gartenstadtbewegung knüpft an die mehr und mehr hervortretende Tendenz der Abwanderung gewerblicher Betriebe aus der Großstadt an, in der die Industrie mit einer zu hohen Grundrente sowie mit Produktions- und Transportschwierigkeiten belastet und die Beschaffung guter und billiger Wohnungen für Minderbemittelte zur Unmöglichkeit wird ..." (5)

Außer Karl Schmidt waren weitere bekannte und einflußreiche Gründungsmitglieder des Deutschen Werkbundes, die auch zum Vorstand der Deutschen Gartenstadtgesellschaft gehörten, an der Planung und dem Bau der neuen Siedlung beteiligt: Richard Riemerschmid, Hermann Muthesius, Theodor Fischer. Die Tätigkeit des Werkbundes in seinen ersten Jahren muß in direktem Zusammenhang mit der Verbreitung des Gartenstadtgedankens in Deutschland und besonders mit der Entstehung von Hellerau gesehen werden. Mit Hellerau hatte der Werkbund neben seinem bekannten Bemühen um die Entwicklung der modernen Produktgestaltung, um die Zusammenarbeit von Architekten und Künstlern mit der Industrie zum Zwecke einer qualitätsvollen Massenproduktion Anteil an den städtebaulichen Bestrebungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Mit der Gesamtplanung der Gartenstadt wurde Richard Riemerschmid beauftragt.

Traditionellen Kompositionsprinzipien des Städtebaus folgend, legte er gekrümmte und versetzte Straßenläufe fest, die er in Verkehrs- und Wohnstraßen klassifizierte, und berücksichtigte die vorhandenen topographischen Gegebenheiten. Durch einheitlich gestaltete Baugruppen in überwiegend Reihenhausbebauung mit Haus- und Vorgärten sollte der für die Gartenstadt typische Gesamteindruck entstehen. Riemerschmid bestimmte Bauzonen und deren Bebauungscharakter (Abb. 2) und wies einzelne Bauzonen verschiedenen Architekten zur Entwurfsbearbeitung zu. Mit diesen Festlegungen waren bereits die für die gestalterische Gesamterscheinung Helleraus wesentlichen Entscheidungen getroffen. Der von Riemerschmid vorgegebenen städtebaulichen Lösung ordneten sich die anderen beteiligten Architekten unter. Nicht wenige außerhalb Dresdens wirkende Architekten zeigten ihr Interesse für die Gartenstadt und konnten für eine Mitarbeit gewonnen werden. Neben den bereits genannten Architekten sowie Heinrich Tessenow, nach deren Entwürfen die bekanntesten Bauten und Ensembles in Hellerau entstanden, sind zu nennen: Ernst Kühn, Rudolf Lewicki, Alexander Horath, Oswin Hempel, Heinrich Tscharmann und German Bestelmeyer. Bestelmeyer und Hempel lehrten in den Entstehungsjahren Helleraus an der Kunstakademie und an der Technischen Hochschule Dresden (6).



2

Gremien und Bauvorschriften

1908 wurden die für den Bau und die Verwaltung der Gartenstadt verantwortlichen Gremien gegründet:
– Die am 4. Juni 1908 gegründete gemeinnützige „Gartenstadt G. m. b. H." kaufte den Boden und sollte sodann die Grundstücke verwalten. Damit waren genossenschaftliches Eigentum und Verwaltung fixiert und im Unterschied zu bis dahin bekannten herkömmlichen Werkssiedlungen eine Abhängigkeit von Arbeits- und Mietvertrag ausgeschlossen.
– Die am 10. September 1908 gebildete „Baugenossenschaft Hellerau e. G. m. b.H." erhielt den Auftrag zum Bau der Kleinwohnungen.
– Eine „Bau- und Kunstkommission" hatte vor allem die ihr einzureichenden Pläne im Hinblick auf die Wahrung des einheitlichen Gesamtbildes zu prüfen. Zu den 7 von der Gartenstadtgesellschaft Hellerau ernannten Mitgliedern gehörten Riemerschmid, Muthesius und Fischer. Mit den für Hellerau formulierten Bauvorschriften (7) verfügte die Kommission über eine wichtige Arbeitsgrundlage.

Diese Bauvorschriften waren zukunftsweisend, da sie außer der Durchsetzung der städtebaulichen Gesamtkonzeption in den Entstehungsjahren von Hellerau auch deren künftigen Erhalt berücksichtigten. Unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten sind sie deshalb in der Gegenwart von höchster Aktualität.
Wie im Plan der Bauzonen von Riemerschmid ausgewiesen (vergleiche Abb. 2) wurden auch in den Bauvorschriften 5 Bauzonen genannt:
A Kleinhäuserviertel
B Villenviertel
C Viertel für Wohlfahrtseinrichtungen
D Gelände für Fabrikanlagen
E von der Bebauung ausgeschlossenes (unbestimmtes) Gelände

Mit detaillierten Forderungen zur Baukörper- und Grundrißausbildung der Gebäude sowie zum maximalen Anteil der Bebauung an der gesamten Grundstücksfläche sollte der unterschiedliche Bebauungscharakter erreicht werden. Auch wurden soziale Differenzierungen berücksichtigt. Wichtig waren vor allem die Bauvorschriften für das Kleinhäuserviertel und für das Villenviertel. Gemäß diesen Vorschriften entstanden im Kleinhäuserviertel vor allem 1- bis 2geschossige Reihenhäuser in großen Baugruppen in Verbindung mit Hausgärten und Wohnhöfen nach Entwürfen von Riemerschmid (Abb. 3, 4, 6), Muthesius (Abbildung 9), Tessenow (Abb. 11) und Frick (Abbildung 13). Mit der Straße Am grünen Zipfel entstand das charakteristischste Kleinhausensemble der Gartenstadt. Durch die leichte Krümmung der Straße in leicht fallendem Gelände, versetzte Häuserfluchten und die Einordnung einer angerartigen Erweiterung im Straßenlauf entstehen ständig wechselnde Raumeindrücke (Abb. 5). Auftakt und Abschluß der Straße bilden größere Einzelhäuser, dazwischen wurden in 7 Baugruppen Reihenhäuser mit verschiedenen Typengrundrissen komponiert. Die Baugruppen stehen in freier Beziehung zum Straßenverlauf oder umschließen etwas zurückgesetzt kleine begrünte Wohnhöfe.

Mit dem Problem der minimalen Ansprüchen genügenden kleinen Wohnung setzten sich wohl alle Architekten im Kleinhausviertel auseinander. Jedoch ergeben sich besonders hieraus manche Probleme für die Pflege des Denkmals in der Gegenwart. Unter Berücksichtigung der im Vergleich zur Jahrhundertwende veränderten Wohnansprüche müssen Lösungen gefunden wer-

3



GARTENSTADT HELLERAU

KLEINHÄUSER-GRUPPE II HAUS 1–14.

TRIPLIKAT

BLATT 108

4

5

HELLERAUER WERKSTÄTTEN

MARKT

AM GRÜNEN ZIPFEL

AM HELLERRAND

HELLERAU-„AM GRÜNEN ZIPFEL" M1:1000

KARTE DER RÄUME

den, die das denkmalgeschützte städtebauliche Ensemble in seiner Charakteristik erhalten.

Die Festlegungen der Bauvorschriften für das Villenviertel lassen erkennen, daß in diesem Gebiet vor allem größere, zum Teil sehr repräsentative Einzelhäuser mit großzügigen Grundrissen für anspruchsvolle Bedürfnisse geplant waren. Durch die Ansiedlung der Schule des Tanzpädagogen Jaques Dalcroze wurde Hellerau auch international bekannt und für einige Jahre ein bemerkenswertes Kunstzentrum, von dessen Bildungs- und Kunstreformbestrebungen sich viele Persönlichkeiten des damaligen Kulturlebens angezogen fühlten und Hellerau als Wohnort wählten. (8) Schauspieler, Schriftsteller, Ärzte, Publizisten waren Auftraggeber im Villenviertel. Dalcroze, für den Riemerschmid ein Wohnhaus Auf dem Sande entwarf, lebte selbst einige Jahre in Hellerau. Hegner mit seinem Verlag wohnte und arbeitete ebenfalls in der Gartenstadt.

Im Unterschied zum Kleinhausviertel wurden im Villenviertel nicht ganze Straßenzüge zur Entwurfsbearbeitung an die Architekten vergeben, sondern nur einzelne Grundstücke. So entstand durch das Nebeneinander unterschiedlicher Handschriften die beabsichtigte gestalterische Vielfalt in der äußeren Erscheinung der Gebäude. Den vollständigsten Eindruck vom Villenviertel, dessen Planung nur teilweise verwirklicht wurde, vermitteln heute die Häuser an der Straße Auf dem Sande, die nach Entwürfen von Riemerschmid (Abb. 7, 8), Fischer, Muthesius, Tessenow, Bestelmeyer, Hempel u. a. gebaut wurden.



6



7

4
Entwurf für die Kleinhäuser-Gruppe IV Am grünen Zipfel von R. Riemerschmid, 1909

5
Lageplan der Baugruppen Am grünen Zipfel, Karte der Räume

6
Bebauung Am Hellerrand von R. Riemerschmid

7
Haus Artur Fischer im Villenviertel von R. Riemerschmid, Ansicht von der Gartenseite

Markt als Gemeinschaftszentrum

Ausdruck der bei der Planung von Hellerau berücksichtigten Sozialreformbestrebungen der Gartenstadtbewegung war Riemerschmids über mehrere Jahre andauernde Beschäftigung mit Entwürfen zum Markt in Hellerau und dessen Umgebung als gemeinschaftliches Zentrum. Verschiedene, teilweise sehr unterschiedliche Bebauungspläne lassen dies erkennen. Übereinstimmend sah Riemerschmid eine Reihe von Einrichtungen vor, die wohl den Gemeinschaftsgedanken der Gartenstadt fördern sollten und in den Bauvorschriften als Wohlfahrtseinrichtungen bezeichnet wurden: Festsaal, Sitzungszimmer, Bibliothek, Kindergarten, Badeanstalt, Ausstellungsraum. Auch ein Schulhaus, eine Post, eine Gaststätte und ein Ledigenwohnheim wurden in einzelnen Entwürfen berücksichtigt. (9)

In seinem als „Lageplan der Baugruppen VIII, IX, X, XI" bezeichneten Plan schlug Riemerschmid in der unmittelbaren Umgebung des Marktes einheitlich gestaltete Baugruppen von Reihenhäusern bzw. Reihenhäuser und wenige Einzelhäuser (für die Muthesius Entwürfe lieferte) vor, die einen großzügigen Freiraum mit Wasserbassin umschließen. Jedoch wurden nur ein Teil dieser Bebauung und die Westseite des Marktes mit den sogenannten „Kaufläden am Marktplatz" (Abb. 1) gebaut, für die Riemerschmid einen die gesamte Platzbegrenzung bildenden Baukörper mit 1 bis 2 Wohngeschossen über den Läden im Erdgeschoß entwarf. Zugleich enthielt dieser Entwurf zum Marktplatz ausführlichere Aussagen zur Grüngestaltung dieses Bereiches, auf die in anderen Entwürfen verzichtet wurde. Übereinstimmend wiesen die verschiedenen Bebauungspläne für Hellerau nur einzelne Baumgruppen an städtebaulich wichtigen Situationen wie dem Markt oder an der angerartigen Erweiterung Am grünen Zipfel (vgl. Abb. 2) aus. Für die gesamte Gartenstadt allgemeingültige Aussagen enthielten vor allem die Bauvorschriften. Indem von jedem Grundstück nur bestimmte Anteile bebaut werden durften, sollte für ausreichend Licht, Luft, Sonne und Platz für Hausgärten gesorgt werden. Demnach wäre zu überprüfen, ob die Erwartung umfangreicher Angaben zur Grüngestaltung bei Gartenstadtplanungen überhaupt gerechtfertigt ist. Vielmehr geht es wohl darum, genügend Raum von der Bebauung auszuschließen und im Sinne des Gartenstadtgedankens zu nutzen.

Denkmalpflege

Im Sinne des Denkmalgesetzes der DDR ist das bisher Gesagte Bestandteil denkmalpflegerischer Arbeit in der Gartenstadt Hellerau. Neben der Erforschung, Interpretation und Popularisierung der Denkmale fordert das Gesetz vor allem auch die lebendige gesellschaftliche Inanspruchnahme der Denkmale. Die Pflege städtebaulicher Denkmale bedarf dabei u. a. wegen der Vielzahl beteiligter Rechtsträger besonderer Sorgfalt. Stets steht der Schutz der städtebaulichen Gesamterscheinung, die durch das wohlausgewogene Nebeneinander sorgfältig gestalteter Teile entstand, im Mittelpunkt. Willkürliche Veränderungen der Teile führen jedoch notwendig zur Veränderung des Ganzen, des denkmalgeschützten städtebaulichen Ensembles. Sorgfältige Aufklärungs- und Informationstätigkeit ist notwendig, um die Initiativen der Bürger im Sinne des Denkmalpflegegesetzes, im Interesse des städtebaulichen Denkmals zu lenken.

Unter diesen Gesichtspunkten erschien eine vergleichende Gestaltanalyse der Bauten verschiedener Architekten in der Gartenstadt Hellerau wichtig, deren Ergebnisse auch den Bewohnern von Hellerau zugänglich gemacht werden sollen.



Bauten von Riemerschmid

Von Riemerschmid verwendete und für seine Bauten charakteristische und erhaltenswerte Architekturdetails sind:

Fassade

– Glattputz, hellocker

Dach

– über den Reihenhäusern Satteldächer, an den Kopfbauten meist Krüppelwalm-, selten Walmdächer
– Fledermausgaupen, am Markt auch Zwerchhäuser
– Biberschwanzziegeldeckung, die die Gebäude gestalterisch zusammenfaßt
– Dachziegelbänder zwischen dem Erd- und dem Obergeschoß der Reihenhäuser zum Unterstreichen der scheinbaren Eingeschossigkeit

GARTENSTADT HELLERAU

BLATT 994

NORDANSICHT

WESTANSICHT

8

Fenster

2 Flügel bzw. 1 Flügel (in den gestalterisch als Dachgeschosse behandelten Obergeschossen der Reihenhäuser), innen angeschlagen und nach innen öffnend

– grün gestrichen, am Markt blau

– Sprossenteilung der Flügel in 6 (im Villenviertel 8 und mehr) fast quadratische (leicht vertikal gestreckte) Scheiben

– Verwendung vorgefertigter Sohlbänke mit Tropfnasen zur mauerwerksschützenden Ableitung des Regenwassers

– fast ausschließlich Verwendung vorgefertigter oder in Ersatzfällen vor Ort eingeschalter Fensterstürze mit Fase, die gegenüber dem Putz zurückgesetzt blieben (Nur in Einzelfällen wurden statt der Stürze scheitrechte Bögen verwendet, überputzt)

– Putzfasen an den Fensterlaibungen ab etwa 25 cm über der Sohlbank, die mit der Fase am Sturz eine gestalterische Einheit bilden

– glatte, zweiflüglige Fensterläden zu beiden Seiten der Fenster, im Villenviertel mit hölzernen Sonnenschutzlamellen, grün

– Verwendung spezieller Bänder zum Bewegen der Fensterläden, die bei geschlossenen Läden auch die Fensternischen wirksam bleiben lassen

Türen

– Holzrahmenkonstruktion, innen angeschlagen und nach innen öffnend

– grün gestrichen, am Markt blau

– durch Sprossen in 4 Scheiben geteilte Türverglasung im oberen Teil des Türblattes

– individuell entworfene Messingtürklinken

– Stürze wie bei den Fenstern

– 2–3 Stufen in Beton oder auch Bruchstein

Bauten von Muthesius

Er hatte in England die Reformbewegung im Kunstgewerbe und Hausbau studiert. Seine Bauten in Hellerau lassen deutlich den englischen Einfluß erkennen. Die Wirkung der betont plastisch gestalteten Baukörper wird durch sich wiederholende Giebelstellung der Pfettendächer in den Reihenhausgruppen gefördert. (Abb. 9)

Muthesius Formensprache in den Hellerauer Bauten ist charakterisiert durch:

Fassade

– Rauhputz, elfenbein

– deutliches Absetzen des Obergeschosses gegenüber dem Erdgeschoß mittels eines umlaufenden, grob profilierten Gurtgesimses bzw. sogar Überstand des Obergeschosses gegenüber dem Erdgeschoß

Dach

– über den Reihenhäusern Satteldächer, Einzelhäuser mit Walmdach

– reiche Gliederung der Dachzone durch Wechsel von Trauf- und Giebelstellung

– weiter Dachüberstand mit Holzverkleidung, weiß gestrichen

– weiß gestrichenes Traufgesimse

Fenster

– 2 Flügel, innen angeschlagen und nach innen öffnend

– weiß gestrichen

– Sprossenteilung der Flügel in quadratische Scheiben

– hölzerne Fensterläden mit Sonnenschutzlamellen, grün gestrichen

– Verwendung spezieller Bänder zum Bewegen der Fensterläden, die bei geschlossenen Läden auch die Fensternischen wirksam bleiben lassen

Türen

– Holzrahmenkonstruktion, innen angeschlagen und nach innen öffnend

– grün gestrichen

– sprossengeteilte Türverglasung im oberen Teil des Türblattes

– gestalterische Verwandtschaft zu den von Riemerschmid verwendeten Türen

Bauten von Frick

Frick kam 1911 als junger Architekt aus dem Büro von Muthesius nach Hellerau, schloß sich jedoch an dessen englisch beeinflußten Stil nicht direkt an. Vielmehr ist Fricks Formensprache zwischen Riemerschmid und Muthesius einzuordnen. Seine städtebauliche Lösung für den Bereich Hendrichstraße / Am Schützenfelde (Abbildung 13) gehört durch seine gestalterische Geschlossenheit zu den bedeutenden Leistungen in Hellerau und kann in einer Linie mit den Entwürfen Riemerschmids und Muthesius gesehen werden.

Fassade

– Absetzen des Obergeschosses gegenüber dem Erdgeschoß durch Überstand des Obergeschosses bei Traufstellung der Häuser

– Absetzen des Giebels gegenüber der Fassade durch ein Gurtgesims bei Giebelstellung der Häuser

– Verwendung von Bruchstein zur Gestaltung der Sockelzone sowie der Durchgänge in die Wohnhöfe

Dach

– Satteldächer, Biberschwänze in Doppeldeckung

– reiche Gliederung der Dachzone durch Wechsel von Trauf- und Giebelstellung

– Dachüberstand, durch Gesimse betont

Fenster

– 2 bzw. in den Obergeschossen auch 1 Flügel, innen angeschlagen und nach innen öffnend

– Sprossenteilung der Flügel in 6 oder 8 nahezu quadratische Scheiben

– zweiflügelige Fensterläden mit Lamellen als Sonnenschutz

– Verwendung spezieller Bänder zum Bewegen der Fensterläden, die bei geschlossenen Läden auch die Fensternischen wirksam bleiben lassen

– in den Erdgeschossen verschiedentlich Tür und Fenster gestalterisch zusammengefaßt

Türen

– Holzrahmenkonstruktion, innen angeschlagen und nach innen öffnend
– durch Sprossen in 3 Rhomben geteilte Türverglasungen im oberen Teil des Türblattes
– Stufen in Bruchstein

Bauten von Tessenow

Obwohl Tessenow selbst in seinem Spätwerk die traditionelle Baukörperform mit Satteldach beibehält, bildet seine Architekturauffassung in Hellerau den Gegenpol zu den anderen beteiligten Architekten vor allem dadurch, daß seine Gebäude betont flächenhaft gestaltet und wenig gegliedert sind. Durch die Anwendung der als Tessenow-Patentwand bekannt gewordenen ausgefachten Holzrahmenkonstruktionen zeigte er Mut zu konstruktiven Experimenten.

Tessenow wurde durch sein Festspielhaus und die Wohngebäude für die Dalcroze-Tanzschule sowie den Entwurf für ein Doppel-Einfamilienhaus am Heideweg (Abbildung 12) international bekannt.

Die äußere Erscheinung der Tessenow-Bauten ist durch folgende Merkmale charakterisiert:

Fassade

– Glattputz, hellocker

Dach

– Satteldächer, flacher geneigt als bei den Dächern nach Entwürfen der anderen Architekten
– große, zum Teil überdimensioniert erscheinende Gaupen
– wenig oder kaum Dachüberstände an Giebeln und Traufen, was die Flächenhaftigkeit der äußeren Erscheinung unterstreicht

Fenster

– 2 bzw. 1 Flügel, nach innen oder nach außen schlagend
– nach außen schlagende Fensterflügel mit oberem Sims als Wetterschutz
– grün gestrichen
– Sprossenteilung der Flügel in 6 quadratische bzw. querrechteckige Scheiben
– die im Verhältnis zur Fassade sehr großflächigen Fenster mit schmalen, mit dem Putz bündig liegenden Holzrahmen umgeben
– Fensterläden mit Lamellen an den Einzelhäusern als Sonnenschutz

Türen

– Holzrahmenkonstruktion, außen angeschlagen und nach außen öffnend
– grün gestrichen
– durch Sprossen in 4 Scheiben geteilte Türverglasung im oberen Teil des Türblattes
– über der Tür leicht auskragender Sims als Wetterschutz, an den Einzelhäusern zum klassizistisch wirkenden Motiv der Verdachung oder der Zahnschnittleiste gestalterisch aufgewertet
– an den Einzelhäusern zum Teil Türläden mit Holzlamellen als Sonnenschutz

In den Jahren bis 1914 entstanden in Hellerau die für die Gesamterscheinung der Gartenstadt bestimmenden Gebäude und Ensembles. Die rege Bautätigkeit der An-



9

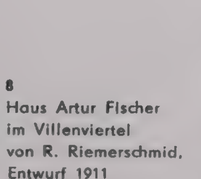


10



11





8
Haus Artur Fischer
im Villenviertel
von R. Riemerschmid,
Entwurf 1911

9
Bebauung
Am Dorffrieden
von Hermann Muthesius

10
Zweifamilienhaus
in der Straße
Beim Gräbchen
von H. Muthesius

11
Entwurf für
Reihenhäuser
Am Schänkenberg
von H. Tessenow, 1910



12

fangsjahre konnte jedoch – bedingt durch den ersten Weltkrieg und die Inflation – später nicht fortgesetzt werden. Hellerau bildete als Höhepunkt der deutschen Gartenstadtbewegung auch einen gewissen Abschluß dieser Stadtkonzeption. Da die Bedeutung sozialer und städtebaulicher Reformen für die Veränderung der sozialen Zustände unter kapitalistischen Bedingungen überschätzt wurde, mußten sich die Grenzen des Gartenstadtgedankens abzeichnen.

Mit der Hinwendung zu traditionellen Kompositionsprinzipien des Städtebaus unter Einbeziehung des Grüns und einer die ästhetischen Qualitäten des Baumaterials ausschöpfenden handwerklichen Architektur war der Gartenstadtgedanke Bestandteil der städtebaulichen Bestrebungen am Beginn des 20. Jahrhunderts und eine wichtige Übergangsetappe zur Architektur der 20er Jahre, die nicht ohne Nachfolge blieb. In diesem Sinne ist die Gartenstadt als wichtiger und bedeutender Bestandteil des kulturellen Erbes anzusehen.

Mit der Einstufung der Gartenstadt Hellerau in die zentrale Denkmalliste der DDR werden Planung und Bau der Gartenstadt als bedeutende städtebauliche Leistung und als Dokument für das Wirken hervorragender Architekten der Zeit gewürdigt. Nicht nur im Hinblick auf das bevorstehende Jubiläum 1984, sondern vor allem auch im Interesse der Pflege und weiteren gesellschaftlichen Inanspruchnahme des Denkmals Gartenstadt Hellerau ist die vertiefende baugeschichtliche wie weitere denkmalpflegerische Arbeit erforderlich.

12
Doppel-Einfamilienhaus am Heideweg von H. Tessenow

13
Bebauung am Schützenfelde von C. Frick (etwa 1912)

Anmerkungen

(1) Kristiana Hartmann, Deutsche Gartenstadtbewegung, München 1976, S. 7
(2) Denkmale in Sachsen, Weimar 1978, S. 379
(3) An der Technischen Universität Dresden, Sektion Architektur, Bereich Theorie und Geschichte der Architektur, wird zur Zeit systematisch an dieser Problematik – verbunden mit dem Aufarbeiten des zu Hellerau noch vorhandenen bekannten (bzw. noch aufzufindenden) Materials sowie der überkommenen Pläne – gearbeitet.
(4) Siehe Junghanns, K.; Schulz, J., Die Gartenstadt im deutschen Städtebau, in: „Deutsche Architektur", 1/1967, S. 58 ff.
(5) Kristiana Hartmann, Deutsche Gartenstadtbewegung, München 1976, S. 161
(6) German Bestelmeyer (1874–1942) lehrte 1910/11 als Professor für „Bauformenlehre und Raumkunst" an der Technischen Hochschule Dresden. 1911 wurde er als Nachfolger von Paul Wallot an die Akademie der Künste Dresden gerufen.
Oswin Hempel (1876–1965) arbeitete zunächst als Assistent bei Fritz Schumacher an der Technischen Hochschule Dresden. 1907 wurde er als dessen Nachfolger zum Professor für „Raumkunstentwerfen, Ornament- und Figurenzeichnen" berufen.
(7) „Bauvorschriften zu dem Bebauungs-Plane für das Plangebiet der Gartenstadt Hellerau bei Dresden", Der Gemeinderat zu Rähnitz, 11. Juli 1910
(8) Auch die Darmstädter Künstlerkolonie auf der Mathildenhöhe sollte ein neues, führendes Kunstzentrum sein, jedoch wurden die beteiligten Künstler im Unterschied zur Gartenstadt Hellerau berufen.
(9) „Gartenstadt Hellerau", Ein Bericht über den Zweck, die Organisation, die Ansiedlungs-Bedingungen, die bisherigen Erfolge und die Ziele. Verlag der Gartenstadt Hellerau bei Dresden G. m. b. H., Herbst 1911, S. 60 ff.

13

Massenfertigung und Milieu

Dipl.-Ing. Hans-Georg Vollmar, Cottbus
Architekt Dietrich Kloppstech

Die Zentrale Fachgruppe Innengestaltung/Ausbau des Bundes der Architekten der DDR veranstaltete in Magdeburg ein Seminar zum Thema „Massenfertigung und Milieu – industrielle Herstellung – individuelles Erlebnis". Der Einladung waren rund 100 Teilnehmer aus allen Bezirken gefolgt. Sie vertraten Kombinate verschiedener Industriezweige, Institute, gesellschaftliche Einrichtungen, Hoch- und Fachschulen, gesellschaftliche Auftraggeber, Nutzer und Betriebe. Durch Vorträge und Diskussionsbeiträge trugen sie zum guten Erfolg der Veranstaltung bei.

Dem anspruchsvollen, jedoch auch allgemein interessierenden Thema Massenfertigung und Milieu widmet die Zentrale Fachgruppe Innengestaltung/Ausbau seit längerer Zeit ihre zentralen Fachveranstaltungen. Bereits 1977 in Rostock und 1980 in Halle wurden Aspekte dieses Themas in Seminaren mit internationaler Beteiligung erörtert und die wichtigsten Schlußfolgerungen daraus in der Zeitschrift „Architektur der DDR" veröffentlicht. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen, wurden in Magdeburg Meinungen zu aktuellen theoretischen und praktischen Fragen ausgetauscht.

Der Vizepräsident des BdA/DDR, Prof. Hans Gericke, eröffnete mit einigen Gedanken aus seiner langjährigen Tätigkeit den Erfahrungsaustausch. „Zu den wesentlichen Kriterien architektonischer Formgebung, für das unverwechselbare Antlitz unserer Städte, der großen wie der kleinen, und der gesellschaftlichen Einrichtungen", hob Prof. Gericke hervor, „gehört vor allem die Differenzierung in der Einheit, der harmonische Wechsel zwischen Ruhe und Spannung, der wohltemperierte Wechsel zwischen Gleichklang und Virtuosität im Laut und Leise, im Ein- und Mehrfarbigen – ein Feld, das sehr breit ist und das wir mit Sicherheit noch nicht ausgeschöpft haben." Insgesamt wurden während des Seminars 16 Fachvorträge gehalten. Sie führten zu einer sehr anregenden und fruchtbaren Diskussion. Einige dieser Grundgedanken sollen hier angesprochen werden.

Massenfertigung und gesellschaftliche Zielstellung

Durch die Massenfertigung von Erzeugnissen der Innengestaltung und des Ausbaus werden materielle und kulturelle Bedürfnisse der Menschen befriedigt. Dieses Anliegen ist daher im engen Wechselverhältnis zu den Beschlüssen, wie sie zur Erhöhung des materiellen und geistig-kulturellen Lebensniveaus unseres Volkes gefaßt wurden, zu sehen. Die immer vollkommenere Befriedigung der Bedürfnisse der sozialistischen Gesellschaft erfordert massenhaft industriell produzierte Gegenstände, hochwertige Standardprodukte, funktionstüchtig und gut gestaltet, weil sie das Kulturniveau der sozialistischen Gesellschaft mit prägen, es widerspiegeln. Unsere Standardprodukte sollen in vieler Hinsicht ein Optimum verkörpern. Sie sind das gemeinsame Ergebnis der schöpferischen Arbeit der Planer, Entwerfer und Hersteller.

Für alle Produkte gilt es, Material sinnvoll und sparsam einzusetzen und einen hohen Gebrauchswert zu erzielen. Materialökonomie darf sich nicht nur auf den Herstellungsprozeß beschränken; sie muß auch die Lebensdauer der Produkte einbeziehen.

Prof. Dietmar Kuntzsch, Kunsthochschule Berlin, nannte in seinem Vortrag folgende Schwerpunkte des Seminars:

– Schaffung geistiger Klarheit und Einmütigkeit zu Grundfragen der gesellschaftlichen Zielstellung

– Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaftlern, Produzenten und Nutzern über das Erreichte und Geplante

– Vorschläge zur besseren und schnelleren Herstellung von gut gestalteten und ökonomisch gefertigten Erzeugnissen.

Die Diskussion bestätigte: Probleme bestehen in der direkten Zusammenarbeit zwischen Planern und Nutzern in den Vorbereitungsphasen, während der Fertigung und bei der Werterhaltung. Schwierigkeiten gibt es bei der Schaffung langlebiger, pflegearmer und reparabler Produkte. Es mangelt ebenso an Informationen über gute Erzeugnisse, um die komplexe Gestaltung von Produkten auf der Basis des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu verbessern.

Milieu und soziale Bedürfnisse

Die Summe aller sinnlichen Erlebnisse in der gebauten Umwelt ist milieuprägend. Raumgestaltung und Ausstattung tragen dazu bei. Vielfältige Raumeindrücke sind möglich durch die Kombination gleichartiger oder verschiedener Teile sowie alter und neuer Elemente. Die Qualität der Gegenstände und der Grad ihrer Harmonie sind für das Milieu bestimmend, nicht ihre Gleichartigkeit. Die vorhandene Bausubstanz, der Nutzungsanspruch und die Gestaltungsidee bestimmen die Lösung. Objektive Kriterien wie Auffassungen der Zeit, Bedingungen des Standortes und Anforderungen der Individuen fließen darin ein. Die Dynamik der Entwicklung der Bedürfnisse aus dem Fortschritt der Lebensweise stellt neue Anforderungen, die hochspezialisierte Produktion folgt eigenen Gesetzen, beide sind jedoch zu berücksichtigen. Den individuell unterschiedlichen Erwartungen und Wünschen muß auch mit einer variablen und gestaltbaren Umwelt aus massenhaft erzeugten Produkten entsprochen werden.

Dr. Richter, Technische Universität Dresden, stellte als Arbeitspsychologe moderne Methoden zur Messung von Erlebenszuständen des Menschen in der gebauten Umwelt vor. Er machte mit theoretischen Modellen sowie Ergebnissen von Untersuchungen zur Erlebnisverarbeitung bzw. -wertung bekannt. Diplomformgestalter Rotraut Pahl, Amt für industrielle Formgestaltung, wertete soziologische Untersuchungen der Karl-Marx-Universität Leipzig zum Thema Wohnen aus. In repräsentativen Untersuchungen wurden Wohnbedürfnisse und Wohnzufriedenheit ermittelt. Die vorgenannten Anforderungen an milieubestimmende Produkte wurden durch eine Vielzahl von Fakten unterstrichen. Differenzen zwischen vorgedachten und tatsächlichen Anforderungen aufgezeigt.

Massenfertigung und Milieu – Wege und Entwicklung

Prof. Anita Bach, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, stellte mit umfangreichem Bildmaterial die wachsenden Ansprüche der Bevölkerung der DDR an das Wohnmilieu in Abhängigkeit vom erreichten Zuwachs an materiellen Werten und vom erreichten Bildungsstand dar. Dem gegenübergestellt wurden internationale Beispiele von Irrwegen mit der Vorspiegelung von Pseudoluxus, der Hinwendung zu historischen Details, der symbolhaften Übersteigerung der Ver- und Entsorgungssysteme als Träger der Architektur, kurz der verächtlichen Abkehr von ästhetischer Anständigkeit als Ausdruck der inhumanen Grundposition der kapitalistischen Gesellschaft. Aufgezeigt wurden die Ansätze einer humanitären und sozial ausgerichteten Architektur, um mit den Bedingungen der Massenfertigung ein unserer Gesellschaft entsprechendes Milieu zu schaffen.

Frau Prof. Bach sagte: „Es geht in der Massenfertigung nicht schlechthin um das Weglassen, das Verarmen der Formen, sondern um das Sensibelmachen für die Werte und die Symbolhaftigkeit dieser im Grunde genommen höchst modernen Architektur. Ich meine, hier sollten wir auch ansetzen, wenn wir unsere Aufgaben lösen." Sie unterstrich abschließend: „Wir haben im Gegensatz zu jenen Reformern und Vorkämpfern einer humanitären und sozial ausgerichteten Architektur die gesellschaftlichen Grundlagen erkämpft, die allein zu ihrer Verwirklichung führen können. Mit industrieller Massenfertigung leben wir. Je früher wir daraus eine Tugend machen, um so besser."

Einen Rückblick auf die Entwicklung der Massenfertigung zeichnete Prof. Skerl, Direktor der Fachschule für angewandte Kunst Heiligendamm. „Historische Erfahrungen", erklärte er, „sind Teilerfahrungen. Hinzu kommen die der Gegenwart im Wissen um die Zukunft." Er betonte: „Neben subjektiven Ursachen bleibt der Tatbestand, daß zunehmend materielle und geistige Möglichkeiten der Entfaltung der Persönlichkeit eine zunehmende Differenzierung der Bedürfnisse zur Folge haben, die sich im gestalterischen Bereich auch auf die Produkte der unmittelbaren Umwelt auswirken. Hier kann weder die Rückkehr zu den Schönheitsidealen des Klassizismus, zur Pseudoindividualisierung durch Neorenaissance und Neubarock noch zur vordergründigen Sachlichkeit des Funktionalismus helfen."

Prof. Siegfried Hausdorf, Technische Universität Dresden, hob die dringende Notwendigkeit eines modularen Maßsystems für alle an den Bauprozessen beteiligten Industriezweige hervor, da die Massenfertigung von Standardelementen für die gebauten Räume unserer Gesellschaft in zunehmendem Maße auch die Innenraumgestaltung, das heißt den Entwurfsprozeß für die Schaffung von Innenräumen beeinflussen muß. „Ein wesentlicher Aspekt beim Entwurf und bei der Gestaltung von Innenräumen", hob er hervor, „sind die Maßbeziehungen vom Gebäude sowie die durch dieses Bausystem entstehenden Leerräume, die wir im Grunde dann zu bearbeiten haben, sowie spezieller Ausrüstungs- oder Ausstattungselemente, die der jeweils vorgesehenen Raumnutzung, also den realen Bedürfnissen der Nutzer, zu entsprechen haben." Seine Forderung untermauerte Prof. Dr. Hausdorf, indem er drei Hauptaspekte zugrunde legte. Die Maßabstimmung fördert Intensität und Effektivität der Bauprozesse.

Ihr wiederum müssen die Beziehungen Maß – Mensch, Mensch – lichter Innenraum, Mensch – Möbel sowie die Maßbeziehungen Raum – Möbel zugrunde liegen.

„Die planmäßig kontinuierliche Entwicklung eines umfassenden offenen Elementebaukastensystems für Ausbau, Innenausbau und Ausstattung", schlug Prof. Dr. Hausdorf vor, „kann für die Einrichtung des komplexen Wohnungsbaus eine echte Alternative zu postmodernen Bestrebungen sein. Hochwertige Elementbaukästen, maßlich koordiniert im Tragsystem, können die Basis für eine neue kulturell-ästhetische Qualität, echte Nutzbarkeit und hohen Erlebnisgehalt sein."

Praktische Beispiele wurden von den Vertretern der Industrie und des Handels vorgestellt.

Herr Fischer, VEB Metallwarenkombinat Naumburg, gab einen Überblick über Neuentwicklungen der Beschlagindustrie. Die derzeitig produzierten und sich in der Entwicklung befindenden Beschläge gliedern sich in Möbelbänder und Scharniere, Führungen, Möbelaußenbeschläge, Montage- und Innenbeschläge, Möbelrollen, Möbelfüße und -gestelle, Möbelschlösser und Verschlüsse sowie Möbelmechaniken. Alle Beschläge werden künftig in einem gesonderten Katalog zusammengefaßt. Der Möbelindustrie ist mit diesem Programm eine umfassende Grundlage für die Entwicklung und Herstellung von Produktserien geschaffen worden.

Interessante Modelle und Neuentwicklungen von Sitzmöbeln stellte Architekt Fiedler, Möbelkombinat Ölsa-Rabenau, vor. Sie stellen gute Ansätze für künftige Entwicklungseinrichtungen in der Sitzmöbelindustrie dar. Die Notwendigkeit maßlicher Koordinierung und klarer Aufgabenstellungen der Handels- und Ausstattungsbetriebe wurde deutlich.

Dipl.-Ing. Beyer, Bereich Lichttechnische Gestaltung des Kombinates Narva, verwies in seinem Beitrag darauf, daß die Zukunft in diesem Industriezweig bereits begonnen hat. Im Kombinat Narva werden Entwicklungsrichtungen verfolgt, die zu einem geringeren Energieverbrauch und Materialeinsatz auf der Grundlage der Mikroelektronik führen werden. Von der neuentwickelten Kleinstablampe werden 1983 bereits 100 000 Stück produziert werden. Dieses Erzeugnis erreicht die Lichtausbeute einer 60-W-Glühlampe bei einem Energieverbrauch von 9 W. Diese Entwicklungen werden zu neuen Leuchten führen und in der Lichtgestaltung der Innenräume völlig neue Aspekte eröffnen.

Auf notwendige Programme für die Ausstattung von Innenräumen verwies Diplomarchitekt Dressler, VEB Innenprojekt Halle. Er bezog sich in seinem Vortrag auf Entwicklungen, die kontinuierlich weitergeführt werden sollten.

Die Realität hat in einigen Bereichen der Gesellschaft gezeigt, daß die Bedürfnisse in ihrer Komplexität in der Vergangenheit nicht immer befriedigend erfüllt wurden. Trotz der Tendenzen zu weiterer Spezialisierung in diesem exponierten Ausstattungsbetrieb müssen für die gesellschaftlichen Bereiche weiterhin komplexe Ausstattungsprogramme gewährleistet und ihr Umfang erweitert werden. Spezifische Programme und Sortimentsinformationen sind den gesellschaftlichen Auftraggebern zuzuleiten. Sie bilden die Grundlage für Aufgabenstellungen an diesen Betrieb.

Milieu durch Massenfertigung von Erzeugnissen

Wohnungen und zum Teil auch gesellschaftliche Einrichtungen sind von der konstruktiven Errichtung über die Ausrüstung bis hin zur Ausstattung Produkte der Massenfertigung. Die Massenfertigung erfaßt Wohnwelt, Kindergärten, Schulen, Einrichtungen des Gesundheitswesens, des Handels, der Gastronomie sowie Bauten der Beherbergung. Durch das bloße Zusammenfügen der Elemente, der Gegenstände und der Teile entsteht jedoch noch kein Milieu. Erst im Wechselspiel von Licht und Farbe, durch die Beziehungen von Innen- und Außenraum, die Verbindung zu Werken der bildenden und angewandten Kunst, durch die kulturvolle Nutzung werden die Produkte der Massenfertigung emotional erlebbar, sprechen sie unsere Sinne an, geben sie der Lebenssphäre der Menschen einen Rahmen.

Dipl.-Pädagoge Rübekeil, Direktor der Oberschule Löbau, unterstrich in seinem Vortrag die Bedeutung dieser Problematik, indem er sagte: „Das Ergebnis der pädagogischen Prozesse wird zwar wesentlich von der Qualität, dem Umfang und der Effektivität des Arbeitsvermögens der Lehrer und Erzieher bestimmt, aber auch von den vorhandenen Unterrichtsräumen und Sporthallen, dem Zustand der Gebäude und ihrer Ausstattung. Für Schüler ist die Schule zur zweiten Heimstätte geworden. Unterstufenkinder halten sich täglich bis zu zehn Stunden darin auf. Wer von ihnen hat da nicht einmal das Bedürfnis, sich gemütlich hinzusetzen, nicht nur in Gedanken, sondern auch einmal die Beine baumeln zu lassen, wie sie das zu Hause tun können. Kinder, gab Direktor Rübekeil zu bedenken, „müssen immer mit dem vorlieb nehmen, was ihnen die Erwachsenen vorsetzen. Sie sind kaum in der Lage, es selbständig für ihre Vorstellungen von Zweckmäßigkeit und Einfachheit zu verändern, wenn wir ihnen nicht dabei helfen bzw. es gleich richtig bauen."

Dr. sc. techn. Joachim Glomb, Institut für Technologie und Grundfondsökonomie im Gesundheits- und Sozialwesen, stützte sich in seinem Vortrag auf repräsentative Umfragen des Gesundheitswesens zur medizinischen Betreuung und bemerkte im Zusammenhang mit psychologischen Aspekten des Genesungsprozesses zum Milieu: „Das Herauslösen des Menschen aus seiner vertrauten Wohnumwelt, die immer einen Komplex von sozialen, baulich-räumlichen, natürlichen und funktionellen Bedingungen darstellt, mit denen die Bewohner mannigfaltige Beziehungen eingehen, können wir im Krankenhaus nicht ersetzen. Aber wir müssen Eingriffe in die Intim- und Privatsphäre des Kranken vermeiden. Wir müssen Kommunikationsschwierigkeiten beiseite räumen, indem wir die entsprechenden Räumlichkeiten bieten."

Dazu können wir als Architekten mit einer entsprechenden gebauten Umwelt im Krankenhaus beitragen.

An den Vortrag von Dr. sc. techn. Glomb knüpfte Diplomarchitekt Karlheinz Wendisch mit seinem Beitrag „Arbeitsteilung und Programmgestaltung" am Beispiel der Ausstattung von Bauten des Gesundheitswesens an. Er stellte die fortgeschrittene Arbeitsteilung in der industriellen Produktion und das Problem der gestalterischen Einheitlichkeit in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Dem derzeit durch Formenvielfalt und unterschiedliche Qualität gekennzeichneten Stand bei der Ausstattung stellte er folgende alternative Lösungsansätze gegenüber. 1. Aus den technologischen Funktionsanforderungen häufig wiederholbarer Ausstattungsaufgaben sind funktionsspezifische und damit charakteristische Programme abzuleiten, auf deren Grundlage für die Organisation der Arbeitsteilung die Übereinstimmung des einzelnen Gegenstandes zum Gesamtprogramm praktizierbar wird (Einheitlichkeit bei Arbeitsteilung). 2. Das funktionscharakteristische Programm gewährleistet die maßlich, geometrische Paßfähigkeit und schließt die Konstruktions- und Oberflächenvariante ebenso wie die Formenbindung der Teile zum Ausstattungsganzen mit ein (Gebrauchswerterhöhung bei Standardisierung). 3. Die Bedarfsforderungen wie die angestrebte Lebensdauer gestatten und erfordern, den Einsatz von Material und Arbeitskraft über betriebswirtschaftliche Interessen hinaus nach gesamtgesellschaftlichen Bewertungen sinnvoll und effektiv zu gestalten (Qualität trägt Quantitätsprobleme). Karlheinz Wendisch unterstrich damit, daß die sozialen, kulturellen und ästhetischen Ansprüche und die ökonomischen Ziele bei hohen Leistungen durchaus im Einklang stehen, ja, daß sie einander bedingen.

In seinen Schlußbemerkungen charakterisierte Prof. Dietmar Kuntzsch den zweitägigen Erfahrungsaustausch als sehr wertvoll, vor allem in der Hinsicht, daß nicht nur von den Architekten und Produzenten sehr wertvolle Impulse gegeben wurden, sondern vor allem auch von den Nutzern und Spezialisten. Er dankte in diesem Zusammenhang ganz besonders dem Direktor der Oberschule Löbau, Herrn Rübekeil, für seine sehr konkreten und prinzipiellen Verbesserungsvorschläge. „Ich möchte das hier gefallene Wort einer anständigen Gestaltung in Verbindung mit den Qualitätsansprüchen an massenhaft produzierte Artikel unserer Gesellschaft unterstreichen", sagte Prof. Kuntzsch. „Die anständige Gestaltung betrifft Funktion, Langlebigkeit, Solidität, Bescheidenheit und Überlegung, wie sich das einzelne einordnet. Neben der Anständigkeit der Gestaltung sollte uns das Ideale bewegen. Das heißt eben, der Charakter unseres Milieus ist mit Phantasiereichtum, experimentierend zu erfinden."

Professor Kuntzsch vermerkte aber ebenso kritisch: „Trotz guter Einzelbeispiele muß, gemessen an unseren Aufgaben, die Feststellung getroffen werden: Wir sind noch zu wenig kreativ. Wir können über Gestaltung reden und müssen das auch – aber das entscheidet letztendlich nicht. Wir müssen für unsere Zeit Qualität produzieren. Wir dürfen nicht anspruchslos sein. Wir haben den Werten unserer Zeit überzeugend Gestalt zu geben."

Der zweitägige Erfahrungs- und Gedankenaustausch brachte für alle Teilnehmer viel Wissenswertes, viele neue und neu zu durchdenkende Überlegungen. Anregungen für die künftige Arbeit, die wir in folgenden Aussagen zusammenfassen möchten.

Die gesellschaftlichen Ziele zur Weiterentwicklung der Gestaltung unserer Umwelt sind klar. Sie auf unserem Gebiet zu realisieren heißt:

Hersteller und Ausstattungsbetriebe stellen die sozialen und kulturellen Bedürfnisse für die Schaffung von Wohnmilieu und Ausstattung gesellschaftlicher Einrichtungen mit ästhetischen Produkten und Produktserien in den Vordergrund ihrer Bemühungen.

Ausrüstungs- und Ausstattungssysteme werden, bezogen auf Bausysteme, maßlich koordiniert.

Architekten und Formgestalter bemühen sich um mehr Kreativität, denken zukunftsbezogen in der Einheit Gestalt, Ökonomie und Technologie.

Gesellschaftliche Auftraggeber und Nutzer bewahren geschaffene ästhetische und kulturelle Werke, pflegen und erhalten sie. Bei Rekonstruktionsmaßnahmen und Umgestaltungen von gesellschaftlichen Innenräumen werden Gestalter und die ursprünglichen Autoren mit einbezogen.

In der Bildung werden die gegebenen Leitlinien zur ästhetischen Erziehung, die Pflege und Erhaltung kulturvoller Werte gelehrt.

Erkenntnisse komplexer und ästhetischer Umweltgestaltung werden breit publiziert.

Mit diesem Bericht und den folgenden Veröffentlichungen einiger Vorträge des Seminars zum Thema „Massenfertigung und Milieu" stellt die Zentrale Fachgruppe Innengestaltung/Ausbau des Bundes der Architekten der DDR ihre Gedanken zur Diskussion.

Standardmöbel und Wohnleitbilder

Prof. Dr. sc. Alice Kahl
Dr. Willy Koch
Karl-Marx-Universität Leipzig

„Wir wollen, daß sich die Bürger in den von uns gestalteten Wohnhäusern und Wohngebieten wohlfühlen", formulierte Professor Urbanski auf dem VIII. Kongreß des BdA/DDR 1982. (1) Es sei dabei unterstellt, daß hier in erster Linie an die städtebaulichen Konzeptionen, Anordnung der Wohngebäude und die Grundrißgestaltung sowie die technische Ausstattung der Wohnungen gedacht wurde. Aus mehreren soziologischen Untersuchungen in großstädtischen Neubaugebieten wissen wir, daß die überwiegende Mehrheit der Neubaugebietsbewohner sich tatsächlich wohlfühlt, wenn man auch der Feststellung nicht widersprechen kann, daß es auch Neubaugebiete gibt, „die noch nicht alle Bedürfnisse städtischer sozialistischer Lebensweise erfüllen." (2)

Wohnerwartungen, Wohnzufriedenheit und Wohnleitbilder der Bürger zu ermitteln und nach ihren sozialen Determinanten zu analysieren, ist ein soziologischer Beitrag zur Effektivität unseres Wohnungsbauprogramms als Kernstück unserer Sozialpolitik in ihrer Einheit mit unserer Wirtschaftspolitik. Wohnerwartungen als innere Modelle erstrebter Wohnbedingungen sind stets gesellschaftlich determiniert, dynamischer Natur und bilden sich im Vergleich subjektiver Wohnerfahrungen mit gesellschaftlichen Wohnleitbildern und den gesellschaftlich möglichen Wohnbedingungen heraus. Dabei führt die Verbesserung der gesellschaftlichen Wohnbedingungen zu einer Erhöhung und Differenzierung der Wohnerwartungen und der Wohnzufriedenheit. Das ist ein komplizierter und teilweise widersprüchlicher Prozeß, für dessen Aufhellung und wissenschaftliche Durchdringung konkret-empirische Analysen sowohl des Realverhaltens als auch von Wünschen, Bedürfnissen, Erwartungen, Zufriedenheitsniveaus und Leitbildern in konkreten abgrenzbaren Lebensbereichen notwendig sind. Detaillierte Analysen des Wohnverhaltens erbringen in diesen Zusammenhängen einen Kenntniszuwachs für Soziologen, Gestalter und Architekten.

Das Sich-wohl-fühlen wird durch alle 3 Dimensionen des Wohnens beeinflußt: durch die Wohnung, den wohnungsnahen Bereich (Wohnkomplex oder Wohnviertel) und durch die Lebensbedingungen in der Gesamtstadt. Die Wohnung selbst spielt dabei eine dominierende Rolle aus der Sicht des Bewohners. Nicht nur, weil mit der Wohnung entscheidende persönliche bzw. familiäre Bedürfnisse befriedigt werden, sondern auch, weil der Bürger sich in „seiner" Wohnung einrichten, d. h. sie gemäß seinen Bedürfnissen gestalten kann. Im Unterschied zu öffentlich zugänglichen Wohngebieten, Häusern, Straßen, Plätzen, Innenhöfen, Durchgängen, Hauseingangszonen sind die Wohnungen zu wissenschaftlichen Vergleichszwecken im allgemeinen nicht zugänglich.

Man weiß eigentlich nicht, wie sich Bewohner von Typenwohnungen einrichten, welches Mobiliar sie bevorzugen, ob sie ihre Wohnungen grundrißadäquat nutzen usw. Das Amt für industrielle Formgestaltung (3) hat sich mit Unterstützung von Soziologen dieses Problems angenommen, indem seit mehreren Jahren in Form von Intervallstudien Wohnerwartungen, Wohnzufriedenheit und konkretes Wohnverhalten in Neubauwohnungen (vorwiegend in Großstädten) untersucht wird. Das geschieht mit verschiedenen Methoden, insbesondere mit Hilfe der mündlichen standardisierten Befragung von Mietern in ihren Wohnungen, einer halbstandardisierten Beobachtung des Einrichtungsstils des Wohnzimmers sowie unter Einsatz der autobiographischen Methode, auf die wir später noch zu sprechen kommen werden.

Durch diese Kombination verschiedener Methoden war es möglich, in über 1000 Wohnungen Einblick zu nehmen und die persönliche Meinung der Wohnungsinhaber zu ihrer Wohnung und zu ihren Möbeln zu erfragen bzw. vorhandene Einrichtungen und Gestaltungen zu registrieren. Die Ergebnisse der letzten Studie vom September 1981 sind in ihren Grundaussagen auf alle Neubaugebiete von Groß- und Mittelstädten zu verallgemeinern:
91 Prozent fühlen sich in ihrer Wohnung ohne Einschränkungen wohl. Die meisten der Befragten fühlen sich auch in ihrem Neubaugebiet wohl. Ihnen ist es leicht gefallen, sich im Neubaugebiet einzuleben und für sie haben sich mit dem Umzug in die neue Wohnung ihre persönlichen Wünsche an „gutes Wohnen" erfüllt.

Als Standardelement der Wohnzimmereinrichtung erweist sich eindeutig die Schrankwand. 90 Prozent aller Wohnzimmer waren mit einer Schrankwand ausgestattet. Differenzierungen zeigen sich nur nach dem Lebensalter: so hatten 38 Prozent der Rentner in unserer Untersuchungspopulation keine Schrankwand — sowie nach Bildungsabschluß: in der Gruppe der Fach- und Hochschulabsolventen waren 16 Prozent zu finden, die in ihrem Wohnzimmer keine Schrankwand aufgestellt hatten. Nur 15 Prozent der Gesamtheit könnte sich die eigene Wohnzimmereinrichtung auch ohne Schrankmöbel vorstellen. Das bedeutet, daß 85 Prozent der Mieter in Neubauwohnungen Schrankmöbel — und hierbei vor allem die Schrankwand — als unverzichtbar für ihre Wohnzimmereinrichtung ansehen. Vor dem Hintergrund dieser dominierenden Position der Schrankwand in der Einrichtung von Neubauwohnzimmern ist die Ausstattung mit Regalen, Borden und Anrichten zu beurteilen. Regale und Borde waren in 40 Prozent der Neubauwohnzimmer vorhanden, Anrichten dagegen nur in 20 Prozent aller Wohnzimmer.

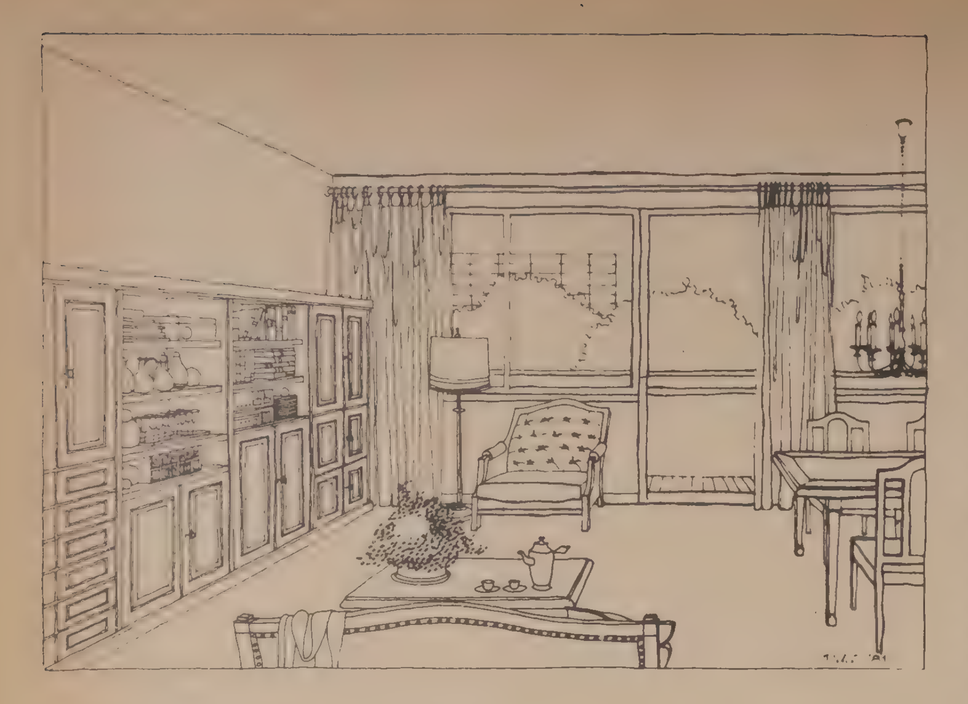
Der Hauptgrund für die Bevorzugung der Schrankwand im Wohnzimmer ist der Stauraum, den die Schrankwand bietet. Folglich war es von Interesse, was tatsächlich in den Schrankmöbeln untergebracht wird. Das Gesamtergebnis sagt folgendes aus (in Prozent der Befragten):

Porzellan/Gläser	100 %
Familienfotos/persönl. Dokumente	98 %
Bücher	91 %
TV-Gerät/RadioTonband	80 %
Tischwäsche	72 %
Hobby-Materialien/Sammlungen	65 %
Plattenspieler/Schallplatten	55 %
Alkoholische Getränke	49 %
Wäsche (außer Tischwäsche)	43 %
andere Dinge	22 %

Die tatsächliche Stauraumnutzung der Wohnzimmerschrankmöbel wurde verglichen mit der Meinung der Befragten, was hauptsächlich in den Wohnzimmerschrankmöbeln untergebracht werden sollte. Das Ergebnis zeigt, daß Porzellan und Gläser, Bücher, Familienfotos und persönliche Dokumente, Fernsehgerät und Radio sowie Tischwäsche die mit Abstand favorisierten Dinge sind, die nach Meinung der Befragten in die Wohnzimmerschrankwand gehören. Durch die Beobachtungsmethode konnte auch die Höhe der Wohnzimmerschrankmöbel ermittelt werden. In 67 Prozent aller Wohnzimmer waren die Schrankmöbel in einer Höhe von etwa 2 m (mehr als Kopfhöhe) vertreten; etwas niedriger (etwa Kopfhöhe = 1,60 m – 1,70 m) waren 22 Prozent der Schrankmöbel, bis an die Zimmerdecke reichende Schrankmöbel wurden bei 8 Prozent beobachtet und Schrankmöbel von etwa Tischhöhe nur in 2 Prozent aller Wohnzimmer. Ausgesprochen flache Möbel (Kniehöhe) gab es in keinem einzigen Fall.

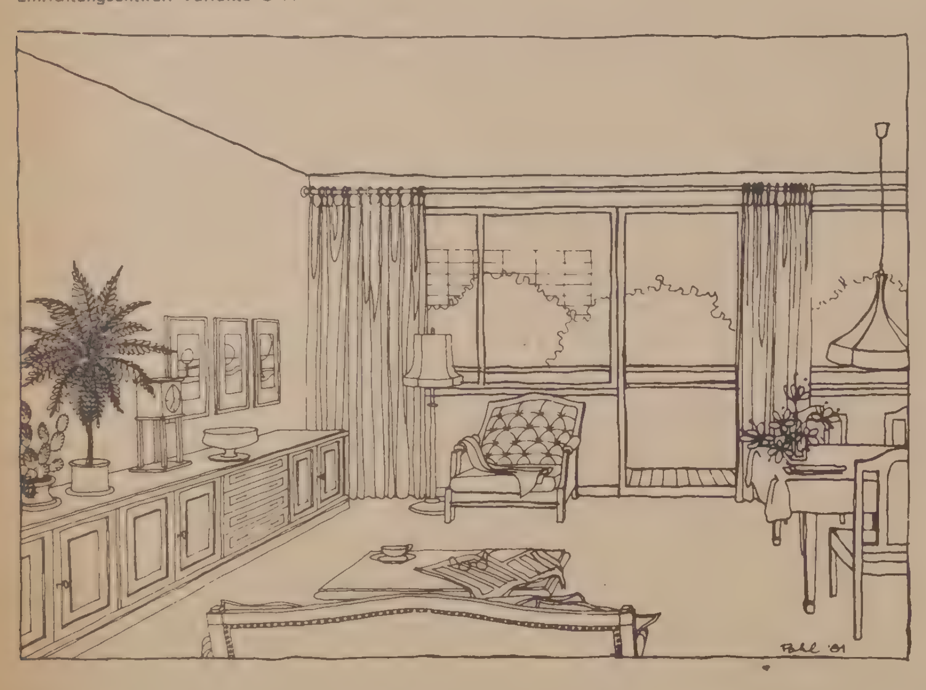
U. E. ist die Schrankwandbevorzugung zwei Umständen zuzuschreiben: Erstens der günstigen Stauraumkapazität und zweitens der gegenwärtig gültigen Moderichtung, wobei nicht zu übersehen ist, daß Modeverhalten in erster Linie ein Sozialverhalten ist. Nur 6 Prozent gaben an, in ihren Wohnzimmerschränken nicht genügend Platz zu haben, und 68 Prozent sind mit ihrer gegenwärtigen Wohnzimmereinrichtung absolut zufrieden. Unsere Erkenntnisse über Nutzung und Einrichtungsstile der Wohnzimmer decken sich absolut nicht mit einer sarkastisch übertriebenen Charakterisierung aus der BRD, in der es heißt: „Überhaupt ist das Wohnzimmer die gespenstische Einheit von priesterlichem Kultraum und profanem Geschwätz über den neuesten Film, über die Garderobe zum Konzertabend ... Kultisch gehandhabt in den Vitrinen werden die unverdauten Fossile der Vergangenheit, der man die Kultur verdankt: Vasen in Orchideenformen oder in Formen medizinisch-chemischer Geräte zum Untersuchen von Blut oder Urin ..." (4)

Die Wohnungen in unseren Neubauwohnungen sind in erster Linie der zentrale Kommunikationsraum der Familie und danach erst der Aufbewahrungsort von Gegenständen, die zu einem kulturvollen Leben gehören. Ästhetisches Fehlverhalten kann selbstverständlich nicht in jedem Falle ausgeschlossen werden. Die individuelle Wohn-Ästhetik wird auch nicht ausschließlich durch die Schrankmöbel und die darin sichtbaren Gegenstände bestimmt, sondern durch das Ensemble der Einrichtung, die als Ganzheit wahrgenommen und erlebt wird. In dieser Ganzheit spielen Oberflächenbeschaffenheit und Materialcharakter der Möbel eine wichtige Rolle, weil sie mehrfach wahrgenommen werden: optisch, taktil und durch den Temperatursinn.



1
Einrichtungsentwurf Variante C 12

2
Einrichtungsentwurf Variante C 14



Zu etwa gleichen Teilen von je einem Drittel dominieren die Oberflächenarten Holzfurnier (27 Prozent), Dekorfolie matt (34 Prozent) und Dekorfolie hochglänzend (35 Prozent) in der Gesamtheit der Wohnzimmer. Äußerst selten war die Oberflächenart weiß bzw. lackfarbig vertreten (3 Prozent). In der Farbe überwiegen eindeutig dunkle Möbeloberflächen – sowohl bei Furnier als auch bei Dekorfolie. Helle Möbeloberflächen gab es in 25 Prozent der Wohnzimmer und mittlere Farbtöne in 21 Prozent der Zimmer.

Wissend um die methodische Schwierigkeit, die eigene Wohnzimmereinrichtung in ihrer Gesamtheit (Schrankmöbel, Couchgarnitur, Eßplatz, Gardinen, Fußbodenbeläge, Tapeten, Leuchten usw.) im Interview mit einem Stilbegriff charakterisieren zu lassen, erprobten wir diese Methode. Es wurden 9 Möglichkeiten wertungsneutral zur Auswahl angeboten: sachlich-neutral, elegant, antik, progressiv-modern, zeitlos-gediegen, rustikal, betont praktisch-zweckmäßig, modisch-aktuell, repräsentativ. Die Auswertung ergab folgendes Bild:

- Die Stilcharakterisierung der Befragten konzentrierte sich stark auf die Begriffe „betont praktisch-zweckmäßig" (39 Prozent), „sachlich-neutral" (30 Prozent) und „zeitlos-gediegen" (12 Prozent).
- Die Begriffe „rustikal" und „modisch-aktuell" wurden auf einem niedrigen Häufigkeitsniveau gewählt (5 bzw. 6 Prozent), ebenso die Begriffe „elegant" (3 Prozent) und „repräsentativ" (1 Prozent).
- Die Begriffe „antik" und „progressiv-modern" wurden in keinem Fall benutzt.
- 4 Prozent der Befragten sahen sich nicht in der Lage, ihre Einrichtung einem dieser Begriffe zuzuordnen.

Interessant sind nun die Vergleichsergebnisse zur Frage, welchen Einrichtungsstil sie sich persönlich für ihr Wohnzimmer wünschen:

- Hier überwiegen die Begriff „elegant" und „rustikal" mit je 18 Prozent, „antik" und „zeitlos-gediegen" mit je 13 Prozent.
- 11 Prozent wollen es „modisch-aktuell" und je 10 Prozent bleiben bei „sachlich-neutral" bzw. „betont praktisch-zweckmäßig".
- 5 Prozent wünschen sich ein „progressiv-modernes" und 3 Prozent ein „repräsentatives" Wohnzimmer. (5)

Einige sozial-demographische Unterschiede verdienen Beachtung: Frauen bevorzugen wesentlich häufiger den antiken; rustikalen bzw. modisch-aktuellen Stil als Männer und Mieter unter 45 Jahren häufiger den sachlich-neutralen, progressiv-modernen und modisch-aktuellen Stil als ältere Bürger. Auch bei der Gruppierung der Befragten nach dem Bildungsabschluß zeigen sich Unterschiede, indem Fach- und Hochschulkader wesentlich häufiger den modisch-aktuellen Stil wählen als z. B. Facharbeiter.

Während es hier um „Wunscheinrichtungsstile" ging, die nicht in jedem Fall verwirklicht werden oder werden können, zielte eine andere Fragengruppe auf Grundeinstellungen über Nutzung, Nutzungsdauer von Möbeln, auch zu Ersatzkäufen in den unterschiedlichen Stadien des Lebenszyklus ab. Hiermit wurden grundlegende Wohnstrategien berührt, die über langfristiges Konsumentenverhalten Aufschlüsse geben. Die Gesamtheit der Befragten spricht sich zu 65 Prozent für mehrmaliges, 35 Prozent für einmaliges Einrichten des Wohnzimmers im Leben aus. Als Gründe für einen mehrmaligen Möbelkauf für das Wohnzimmer werden vor allem der physische Verschleiß (Abnutzung, Haltbarkeit, Aussehen) und der moralische Verschleiß (Wunsch nach Modernisierung der Einrichtung) hervorgehoben. Nur 20 Prozent der Gesamtheit sind der Meinung, daß sich Schrankmöbel nicht abnutzen und folglich ein Ersatzkauf aus diesem Grunde nicht nötig sei.

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß immerhin zwei Drittel der Befragten auch Möbel in ihren Wohnungen nutzen, die sie von den Eltern bzw. Großeltern geerbt haben. Bei den über 45-jährigen sind es sogar 87 Prozent. Es muß weitergehenden Analysen vorbehalten bleiben der Frage nachzugehen, ob hier das „Generationsalter" der Möbel die Hauptrolle spielt und künftig weniger Möbel in der Familie vererbt werden oder ob mit steigendem Alter der Mieter und damit eintretender Zunahme von Erbfällen die Häufigkeit der „Erbmöbel" in den Wohnungseinrichtungen zunimmt. Bei den Kaufabsichten der Befragten für die nächsten zwei Jahre spielten sogenannte antike Möbel nämlich keine Rolle, obwohl man anhand der Vielzahl der Kaufgesuche in den Tageszeitungen darüber zu einem anderen Eindruck kommen könnte.

Mit Hilfe einer Spezialform der autobiographischen Methode (6) wurden wir auf Probleme aufmerksam, die bei der Einrichtung der Wohnzimmer entstehen (Grundrißlösung WBS 70, 6geschossig, 3-Raum-Wohnungen), in denen die Küche nur durch eine Tür vom Wohnzimmer aus zu erreichen ist: In mehreren Briefen wird formuliert, wie „unschön" es sei, daß man die Schrankwand teilen mußte. Es werden auch Lösungen beschrieben, damit es besser aussieht. Dafür zwei Beispiele: „Wir fanden, es sah unmöglich aus: 3 Teile Schrankwand, dann die Tür und wieder 2 Teile Schrankwand. Wir haben uns erst einmal eine Schiebetür eingebaut. Dann haben wir über der Tür zwischen den Schrankwandteilen ein Verbindungsstück aus dem gleichen Material gebaut. Die Schiebetür haben wir mit einer

Fotografie beklebt, weil sie nicht so recht in der Farbe zwischen die Schrankwand paßte. Jetzt sieht es richtig gut aus." (Brief 53) „Wir mußten die Wand in 2 Teile zerlegen, was unsere Wohnstube in keiner Weise verschönert." (Brief 63)

Ein gesonderter Fragenkomplex zielte darauf ab zu ergründen, ob auch bei genügend Stauraum in anderen Räumen der Wohnung der Einrichtungsstandard „Schrankwand" im Wohnzimmer dominant bleibt. Die Schrankwand steht tatsächlich gleich an erster Stelle, gefolgt von den Einrichtungselementen Polstergarnitur, Tisch, Leuchten, Eßplatz, Couch, Gardinen, Fernseher, Grünpflanzen, Auslegware.

Schließlich entschieden wir uns noch für die Methode, durch die Bewohner Entwürfe von Innenarchitekten für Wohnzimmereinrichtungen bewerten zu lassen. Dabei ging es vordergründig um die Bewertung der abgebildeten Schrankmöbel. Zielstellung war die Ermittlung von Identifikation bzw. Ablehnung von wesentlich 3 Gestaltungselementen:

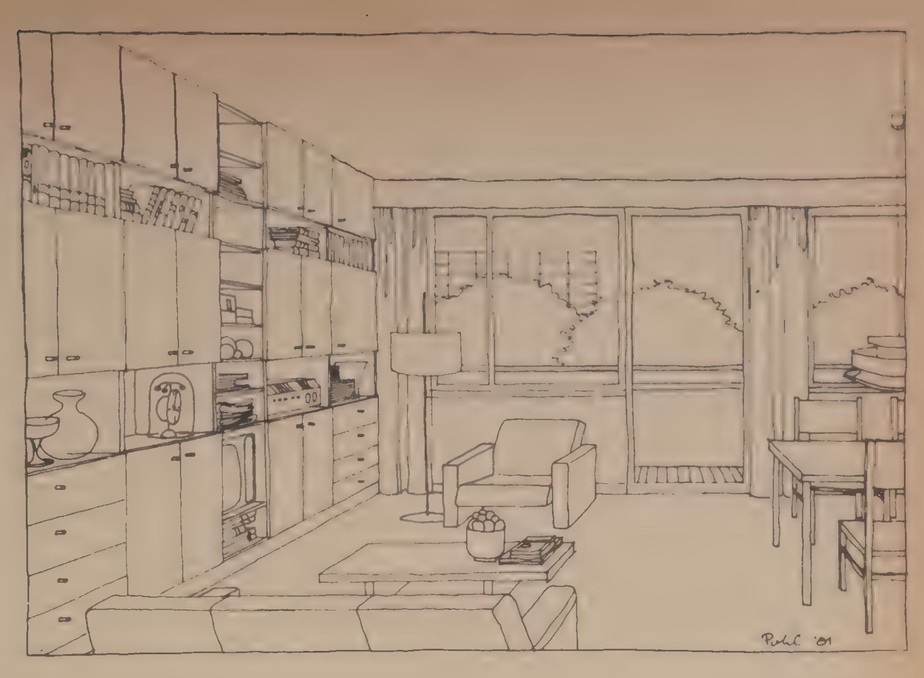
- alternative Schrankmöbel zur herkömmlichen Anbauwand (extrem flache Behältnismöbel, Anrichten u. ä.),
- differenzierte Stilvarianten herkömmlicher Anbauwände,
- differenzierte Höhen bei Anbauwänden innerhalb einer Stilvariante.

Diese drei Gestaltungselemente waren in unterschiedlichen Variationen in insgesamt 20 stilisierten Architektenentwürfen (vier Stilvarianten A, B, C, D mit je fünf Modifizierungen, die vorwiegend die Höhe der Schrankmöbel betrafen) enthalten. Ergänzende Gestaltungselemente zu den Schrankmöbeln waren annähernd gleich gehalten, um davon ausgehende „Ausstrahlungseffekte" auf die Bewertung weitgehend zu verhindern. Die Bewertung stellte an die Befragten hohe Anforderungen und wurde deshalb „getrichtert" vorgenommen: Nach den Vorwahlen, in denen sich die Befragten für einen Einrichtungsstil (A, B, C oder D) positiv entschieden hatten, mußten sie nun aus der gewählten Stilrichtung jene Variante benennen, die nach den Kriterien „Stauraum" und „Aussehen" für die eigene Wohnzimmereinrichtung am ehesten in Frage käme – im Wohnungsneubautyp WBS 70. Soweit zur methodischen Vorgehensweise.

In der Auswertung zeigte sich folgendes Gesamtbild:

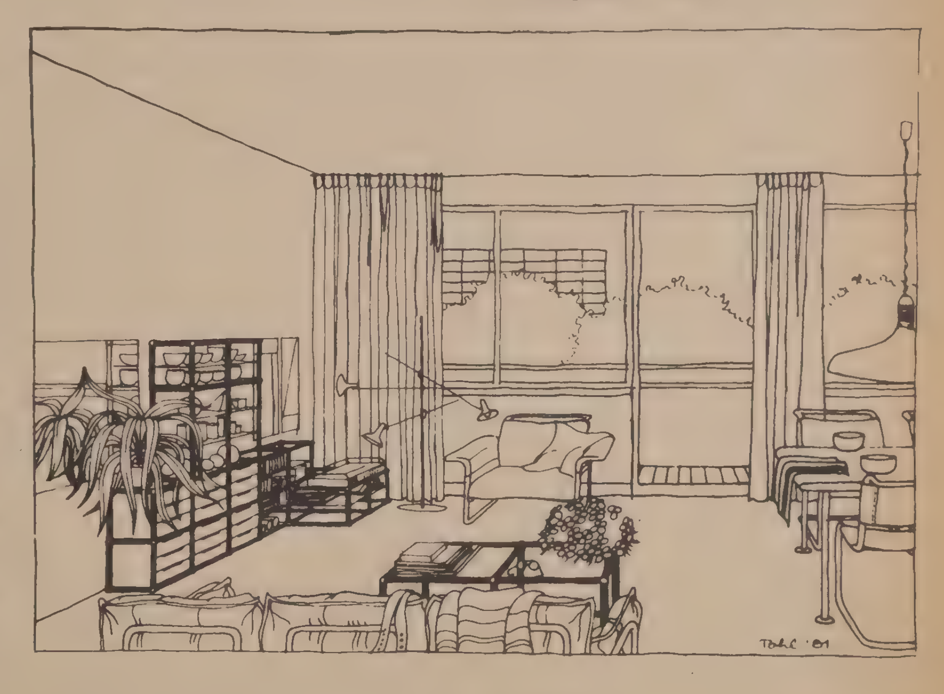
Bei in sich widersprüchlicher verbaler Benennung erhielten alle 4 Stilarten von 74 Prozent (C) bis 42 Prozent (B) eine positive Charakterisierung. Dabei wurden die Stilvarianten C und D von allen Befragten mit Abstand am häufigsten gewählt, auch für die Einrichtung des eigenen Wohnzimmers. Bei direktem Bezug auf das Kriterium „Aussehen" wurden von allen 20 Bildvorlagen die Varianten C 12 (Abb. 1), C 14 (Abb. 2) und D 16 (Abb. 3) am häufigsten gewählt. Bei Bezug auf das Kriterium „Stauraum" ergab sich fast das gleiche Ergebnis, nur daß statt C 14 (Abb. 2) die Modifizierung C 11 (ohne Abb.) noch häufiger genannt wurde, eine Variante, bei der die Schrankmöbel bis zur Zimmerdecke reichen. Fünf von 20 Entwürfen erhielten keine einzige Wahl, darunter die Variante B 10 (Abb. 4).

Sowohl in der Beurteilung der Architektenentwürfe, in der Stilcharakterisierung der eigenen Wohnzimmereinrichtung, in der



3
Einrichtungsentwurf Variante D 16

4
Einrichtungsentwurf Variante B 10



Analyse des Ausstattungsgrades und des Stellenwertes der Schrankwand in Neubauwohnungen wie auch in der Ermittlung der Meinungen über die Häufigkeit des Wechsels der Wohnzimmereinrichtung kommen Momente aktueller Wohnleitbilder und Erwartungen an die Produktgestaltung zum Ausdruck.

Die Wohnzimmerschrankwand besitzt eine zentrale Wertzumessung für eine moderne, bedürfnisgerechte Einrichtung und Gestaltung der Wohnzimmer in unseren Neubauwohnungen. Die große Mehrheit der Neubaubewohner bevorzugt dabei eine zeitbeständige, funktionellen wie ästhetischen Ansprüchen gleichermaßen entsprechende Einrichtung. Auf dieser Grundlage sind einige interessante Differenzierungen und Widersprüche vorhanden (7) und entwikkeln sich neue Bedürfnisse nach spezifischen funktionellen Lösungen als auch nach unterschiedlichen ästhetisch-gestalterischen Aspekten der Wohnzimmereinrichtung, die zum Wohlbefinden der Bürger beitragen würden.

Anmerkungen:

(1) Referat zum VIII. Kongreß des BdA/DDR 1982, in: Architektur der DDR 1982 Heft 8, S. 460

(2) Dr.-Ing. Kurt Wilde: Die gesellschaftliche Funktion der Architektur und ihr Wandel, in: AdDDR 1983 Heft 1, S. 45

(3) Vgl. Rotraut Pohl: Soziologie und Möbelindustrie – Soziologische Untersuchungen zum Wohnen als Beitrag zur Produktforschung in der Möbelindustrie, in: Möbel und Wohnraum 1982 Heft 8, S. 228 ff.
In diesem Beitrag sind die vorangegangenen Studien „Wohnen 1979" und „Ostvorstadt Leipzig 1981" ausgewertet worden.

(4) H.-D. Bahr in: „Kursbuch" 1975, Nr. 42, Westberlin

(5) 101 Prozent ergeben sich durch Rundungsfehler im Computerausdruck

(6) 180 Neubaubewohner (nach dem Zufallsprinzip ausgewählt) wurden gebeten, an die Adresse der Forschungsgruppe Soziologie einen Brief (ohne Absender) zu schreiben, in dem sie ihre Eindrücke, Probleme und Gefühle mitteilen, die sie durch den Umzug in das Neubaugebiet und damit auch die Neubauwohnung bewegt haben. 103 Briefe wurden geschrieben, und in einigen wurde auch auf Fragen der Wohnzimmereinrichtungen eingegangen.

(7) Vgl. Rotraut Pohl, a.a.O.

Zur Gestaltung des Krankenhausmilieus

Dr. sc. techn. Joachim Glomb, Architekt BdA/DDR
Fachingenieur der Medizin
Hauptabteilungsleiter Forschung im Institut
für Technologie und Grundfondsökonomie
im Gesundheits- und Sozialwesen

Einleitend seien einige wesentliche Ausgangspunkte genannt, die insbesondere auf die Gestaltung des Milieus des Pflegebereiches eines Krankenhauses einen nicht geringen Einfluß ausüben.

1. Es setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, „daß der Mensch in seiner sozialbiologischen Erscheinung unteilbar ist,"(1) so daß „die einzelnen konkreten Bedürfnisse der Patienten im Krankenhaus nichts anderes als Abwandlungen der Grundbedürfnisse des gesunden Menschen, und zwar auf dem jeweils erreichten Niveau der Persönlichkeitsentwicklung sind". (2)

2. Dieser vorgenannte Fakt verbietet jegliche Infantilisierung der Patienten und bedingt eine Gestaltung des Betreuungsmilieus, welches nicht nur deren biologisch geprägten Bedürfnissen entspricht, sondern ebenso deren Kommunikations-, Informations- und Betätigungsbedürfnissen gerecht wird. Hinzu kommt, daß die Mehrzahl der Patienten – im Mittel aller Fachdisziplinen 75 bis 80 Prozent – (3) nicht nur im Bett liegend ihre Tage verbringen, sondern sich **auf** der und **außerhalb** der Station frei bewegen können. Das ist bedingt durch die Verlagerung lebensbedrohlich Erkrankter in Intensivtherapiestationen und intensiv medizinisch zu überwachenden sowie frischoperierter Patienten in Wachstationen.

3. Letztendlich bleiben auch die verbesserten Lebens- und Wohnbedingungen der Bürger nicht ohne Auswirkungen auf die Ansprüche eines vorübergehenden Aufenthaltes im Krankenhaus.

Während kaum Zweifel an einer ausgezeichneten medizinischen Betreuung bestehen, werden aufgrund der vorgenannten Fakten demgegenüber n i c h t durch die Krankheit bedingte Restriktionen von den Patienten wenig akzeptiert. So erfahren die sozialen Komponenten der medizinischen Betreuung, wie z. B. die Art und Weise der zwischenmenschlichen Beziehungen, die Organisation der Betreuung, die Speisenversorgung und die geplante Umwelt eine kritische Einschätzung. Den Erwartungen des Patienten stehen während seines Krankenhausaufenthaltes u. a. gegenüber:

– das Herauslösen des Menschen aus seiner ihm vertrauten Wohnumwelt, die immer einen Komplex von sozialen, baulich-räumlichen, natürlichen und funktionellen Bedingungen darstellt, mit denen die Bewohner mannigfaltige Beziehungen eingehen,

– Eingriffe bis in die Intimsphäre und Privatsphäre des Kranken,

– zum Teil erhebliche Einschränkungen seiner Aktivität, sei es durch das plötzliche Fehlen des Lebensinhaltes, eine ungewohnte Tageseinteilung oder die in einem „Aktivitäts-Passivitätsgefälle enthaltene Statusminderung, in welcher der Patient beinahe ausschließlich Empfangender wird". (4)

R. Kübler faßt die Situation für den Patienten zusammen, indem sie schreibt: „Er wird aus der Geborgenheit des Zuhauses herausgerissen und in eine fremde Umgebung gebracht, er wird eingeliefert und fühlt sich ausgeliefert." (4)

Dieser Situation ist entgegenzuwirken! Kein Krankenhaus k a n n und s o l l die Wohnsituation ersetzen. Aber ein Krankenhaus muß qualifizierte ärztliche Hilfe, sorgfältige Pflege und das Gefühl der Geborgenheit vermitteln. In Anlehnung an den psychologischen Begriff „Nestwärme" kann man „Geborgenheit" gleichsetzen mit Gruppenatmosphäre, die dem Patienten das Gefühl des Wohlbehagens, der Sicherheit gibt, ihm außer einer hochwertigen medizinischen Betreuung eine umfassende Fürsorge, Zuwendungen und Anteilnahme zukommen läßt, ihm aktivitätsfördernde, positiv stabilisierende Gefühlserlebnisse vermittelt, das Selbstvertrauen und Selbstgefühl stärkt sowie durch harmonische Patient-Umwelt-Beziehungen das Genesungsverhalten begünstigt. Dieser Zielstellung soll und können die Innengestaltung, der Ausbau und das Interieur dadurch dienen, daß sie günstige Milieuvoraussetzungen für den Aufenthalt, die Unterhaltung und Begegnung der Patienten untereinander, mit den Ärzten und Schwestern sowie den Angehörigen schaffen.

Im folgenden seien einige relevante Ansprüche der Patienten an die gebaute Umwelt genannt, die ein Ergebnis einer repräsentativen Patientenbefragung zu deren Wohlbefinden darstellen (5). Das Primat hatten dabei die Raumbehaglichkeit beeinflussende Faktoren, wie z. B. Lüftung, Heizung und Sonnenschutz – zusammenfassend alle Probleme des Mikroklimas eines Zimmers. An zweiter Stelle standen die Ansprüche an günstige Waschgelegenheiten, d. h. einem niveauvollen sanitärtechnischen Ausrüstungsstandard. Hinzu kamen Anforderungen an eine ansprechende Farbgebung der Zimmer und Flure, Forderungen nach einer guten, blendungsfreien Beleuchtung – insbesondere nach einer Leselampe am Bett – sowie einem guten, visuell leicht erfaßbaren Orientierungssystem.

Was die Zimmergröße anbetrifft, so dominiert bei den Patienten eindeutig der Wunsch nach Zwei- bis Vierbettzimmern. Aus Gründen eines erhöhten Kommunikationsbedürfnisses halten insbesondere jüngere Patienten mit einer längeren Verweildauer im Krankenhaus Drei- bis Vierbettzimmer für erstrebenswert, während Einbettzimmer nur von einem Prozent aller 1700 befragten Patienten gewünscht wurden. Bei der Auswahl eines Bettes in einem Mehrbettzimmer wurde von drei Viertel aller Befragten der Bettenplatz in Fensternähe bevorzugt. Daraus sollten entsprechende Schlußfolgerungen für die Gestaltung der Bettenzimmer gezogen werden, und sicher ist dem zweibettiefen Zimmer zukünftig der Vorzug einzuräumen.

Von der reichlichen Hälfte aller Patienten wurde das Waschen im Zimmer gebilligt, wobei ein Sichtschutz – und sei es nur ein Vorhang – zwischen Waschplatz und den Betten der Mitpatienten allerdings für erforderlich gehalten wird. Was die Anordnung von WC-Anlagen anbetrifft, so akzeptierte die Hälfte aller Patienten eine WC-Anlage je Zimmergruppe. Diese Meinung hat besonders für die Rekonstruktion von Altbausubstanz Bedeutung, bei welcher aus bautechnischen Gründen es fast aussichtslos ist, jedem Bettenzimmer eine eigene Sanitärzelle zuzuordnen.

Generell sollte in den Patientenbereichen das Krankenhausmilieu durch einen funktionell determinierten Minimaleinsatz an Technik geprägt sein. Das Interieur und die Innenraumgestaltung sollten zwar den ästhetischen Ansprüchen unserer Bürger gerecht werden, aber in allererster Linie den funktionellen Anforderungen mehr oder weniger körperlich Behinderter Rechnung tragen. Nicht unwichtig sind übersichtlich gestaltete Eingangszonen im Krankenhausgelände und -gebäude, leicht identifizierbare, unverwechselbar gestaltete Produktionsbereiche und einfache, klare Wegeführungen, ausgestattet mit den entsprechenden Orientierungshilfen, um die Patienten und deren Besucher so wenig wie möglich zu verunsichern.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus diesen Ergebnissen?

1. Der „psychische Nutzen" der Umweltbeschaffenheit ist im Krankenhaus von doppeltem Gewicht, denn er bezieht sich sowohl auf den Arzt und dessen Arbeitsbedingungen, als auch auf den Patienten und dessen psychosomatischen Bedingtheiten von Krankheit und Gesundheit. Letztendlich wirkt die Umwelt auch noch auf eine dritte Personengruppe – die Besucher (Angehörigen). Eine Gruppe, welche die Patienten während des Besuches nicht unwesentlich positiv oder negativ zu stimulieren vermag.

2. Schon die Tatsache des Krankseins, verbunden mit Unwohlsein, Schmerz und Leistungseinschränkung, erzeugt bei den Patienten prinzipiell eine depressive Grundstimmung, der entgegenzuwirken ist. Daß Angst entindividualisiert, weiß man aus zahlreichen Beobachtungen der Psychologie. Daher würde eine technisch geprägte, kalte, funktionalistische und unpersönliche Umgebung das Gefühl, Objekt zu sein, nur bestätigen.

3. Demgegenüber wird es für erforderlich und möglich gehalten, über eine ganzheitliche Gestaltung der Bodenbeläge, Vorhänge, Möbel, Armaturen usw. die gebaute Umwelt – insbesondere die unmittelbare Umgebung der Patienten im Pflegebereich – als ein Teil der allgemein erwarteten Zuwendung zu betrachten und entsprechend zu gestalten.

Das bezieht sich vor allem auf die zwei wesentlichsten Wahrnehmungskriterien, die psychologisch-anatomisch und die visuell bedingten Eindrücke.

So sollten insbesondere bei Möbeln, die im Krankenhaus für Patienten vorgesehen sind, die wichtigsten Einflußgrößen, wie Körperlänge, Schulter-, Hüfthöhe usw. eine größere Bedeutung haben als modische Effekte. Bei Sitzmöbeln sollte z. B. die Wirbelsäule so unterstützt sein, daß die Rückenmuskulatur weitgehend entspannt ist und durch eine dementsprechende Form- und Materialwahl eine gute Druckverteilung und Druckminderung je Flächeneinheit gewährleistet sein.

Eine Besonderheit stellt die Anordnung von Griff- und Bedienungselementen oder z. B. von frei zugänglichen Fernsprechmöglichkeiten in einer Höhe über Oberkante Fußboden dar, die auch für Rollstuhlfahrer bequem erreichbar sind.

Bei den visuell bedingten Eindrücken spielen vor allem die Formen, die Farbe und die Oberflächenstrukturen eine bedeutsame Rolle.

So erhöhen kantige, spitze Formen z. B. die Gefahr von Verletzungen, während runde, weiche Formen des Interieurs assoziative Tendenzen auszulösen vermögen, die mit lebensfreundlich, natürlich, organisch oder sympathisch in Verbindung gebracht werden. Das Design von Geräten, Möbeln usw. sollte also bezüglich der Formen auch einen psychischen Nutzen für die Patienten aufweisen.

Die psychologische Bedeutung der Farbe ist unumstritten. So sollte „weiß" – identisch mit Löschung, Auflösung – nicht mehr das Mittel der Wahl im Krankenhaus sein, das auch längst die Bedeutung eines Synonyms für Sauberkeit und Hygiene eingebüßt hat. Demgegenüber sollten – differenziert abgestuft – ruhige, warme Farbtöne bis hin zu aktivierenden Farben in Kommunikationsbereichen der Patienten Anwendung finden. Auf die Bedeutung von Bildschmuck in den Bettenzimmern, Aufenthaltsräumen und Fluren sowie von Grünpflanzen in den Verkehrs- und Aufenthaltsbereichen muß immer wieder hingewiesen werden. Diese beiden gestalterischen Attribute nehmen dem Krankenhaus einen Teil der kühlen Sachlichkeit und tragen nicht unwesentlich zur positiven, lebensbejahenden Stimmung der Patienten bei. Bei der Gestaltung von Oberflächen – seien es Wände, Fußbodenbeläge oder Ausstattungsgegenstände – sollten hohe Glanzgrade unbedingt vermieden werden. Spiegelungen auf Fußbodenbelägen verunsichern zusätzlich einen bedingt gehfähigen Patienten. Grundsätzlich wirken matte Oberflächen sympathischer und werden als weicher empfunden. Erwähnt werden muß bei den haptisch bedingten Einflüssen auch das Wärmeverhalten und die Wärmeleitfähigkeit von Oberflächen. So sollten Polster von Sitzmöbeln unbedingt eine gute Atmungsfähigkeit aufweisen, um als körper- und hautfreundlich empfunden zu werden.

Insgesamt muß der Innenausbau und dessen Gestaltung in einem Krankenhaus also primär den funktionellen Anforderungen von körperlich Behinderten Rechnung tragen, während ansonsten keine anderen ästhetischen Ansprüche anzumelden sind als für andere Bereiche unseres täglichen Lebens auch. Das Vermeiden jeglicher Art von architektonischen Barrieren auf der einen Seite, Erleichterungen für die Handhabung von Armaturen, Verschlüssen usw. durch ein dementsprechendes Design dieser Dinge auf der anderen Seite kommen dem Selbständigkeitsstreben der Patienten entgegen, denn „Gesundheit wiedererlangen, nicht Krankheit pflegen" sollte das Motto eines modernen Krankenhauses und das erklärte Ziel seiner Gestalter sein.

Literatur

(1) Thom, A.; K. Weise,
Medizin und Weltanschauung
Urania, Leipzig, Jena, Berlin 1973
(2) Keck, A., Zur Rolle der Bedürfnisse der Menschen und ihres Bedarfs im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß
Z. Ärztl. Fortbildung (1975) 4. Beiheft S. 25–40
(3) Glomb, E.; J. Glomb, Die Pflegebedürfnisse der Patienten im Allgemeinen Krankenhaus
Stat. u. ambul. Gesundheitswesen, Bd. 29, Berlin 1979, S. 122–138
(4) Kübler, R. Wissenschaftliche Grundlagen zur Gestaltung einer positiven Atmosphäre im Krankenhaus
Der Architekt (1975) S. 264–266
(5) Glomb, E.; J. Glomb, Bewertung sozialer Patientenbedürfnisse
Diss. (1981) Karl-Marx-Universität Leipzig

Arbeitsteiligkeit und Programmgestaltung am Beispiel der Ausstattung von Räumen in Gesundheitsbauten

Dipl.-Arch. Karlheinz Wendisch, Architekt BdA/DDR

Im Rahmen einer Aspirantur an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar wurden unter dem Arbeitsthema

„Die Ausrüstung und Ausstattung von Innenräumen im Gesellschaftsbau unter den Bedingungen der industriellen Produktion – ein Beitrag zur Optimierung der gestalterischen Qualität bei zunehmender Arbeitsteilung am Beispiel von Gesundheitsbauten"

Untersuchungen geführt und ein mobiliares Programm für Kliniken erarbeitet.

Betreuer der Aspirantur ist Prof. Dr.-Ing. habil. A. Bach, Sektion Architektur, Wissenschaftsbereich Ausbau.

Das Arbeitsthema ist eingebunden in das Forschungsprojekt des Instituts für Technologie und Grundfondsökonomie für Gesundheits- und Sozialbauten – Krankenhausarchitektur – als Auftrag des Ministeriums für Gesundheitswesen.
Prof. Dr.-Ing. R. Jaenisch ist Konsultationspartner.

Abstimmungen zur Standardisierung und Programmstellung wurden mit dem Institut für Apothekenwesen sowie im Kombinat Medizin- und Labortechnik mit dem VEB MLW Anlagenbau Dresden geführt.

An der Vorbereitung zur industriellen Fertigung auf der Grundlage der funktionellen und gestalterischen Vorgaben sowie die Abmessungen haben der VEB Innenprojekt Halle, BT Berlin, sowie das Inneneinrichtungskombinat Intercor Berlin und VEB Metallwarenwerk Naumburg mitgewirkt.

Das Programm ist beim Amt für Erfindungs- und Patentwesen der DDR, HA Rechtsschutz, Fachgebiet Industrielle Muster, urheberrechtlich hinterlegt.

Teile der folgenden Darstellungen sowie das Klinik-Mobiliar-Programm stellen eine Vorveröffentlichung dar.

Im Rahmen des Seminars der Zentralen Fachgruppe Innengestaltung/Ausbau des BdA/DDR zum Thema „Massenfertigung und Milieu" in Magdeburg am 4./5. 11. 82 wurde hierzu ein Beitrag gehalten. Die nachfolgende Veröffentlichung stellt einen Ausschnitt dar.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht das Anliegen, für Aufgaben des Gesellschaftsbaus, die eine hohe Zahl von Wiederholungen aufweisen, Kriterien für die Programmstellung freizulegen, die geeignet sind, das architektonische Ergebnis der Innenräume qualitativ zu fördern. Durch rationelle Formen der Vorbereitung und Realisierung sind ökonomisch vorteilhafte Lösungen zu unterstützen.

Die Architekten, Formgestalter und Ingenieure müssen, um für die Gestaltung der baulich-räumlichen Umwelt wirksam tätig sein zu können, der Umsetzung die Beeinflussung der Aufgabenstellung vorausstellen und die schöpferische Zusammenarbeit unter sozialistischen Gesellschaftsbedingungen entfalten helfen.

1. Kennzeichnung des Problems und Zielstellung

Die Planung, Projektierung und Realisierung der Ausrüstung und Ausstattung von Gesellschaftsbauten werden entsprechend dem Entwicklungsverlauf der industriellen Produktion zunehmend durch Arbeitsteiligkeit geprägt.

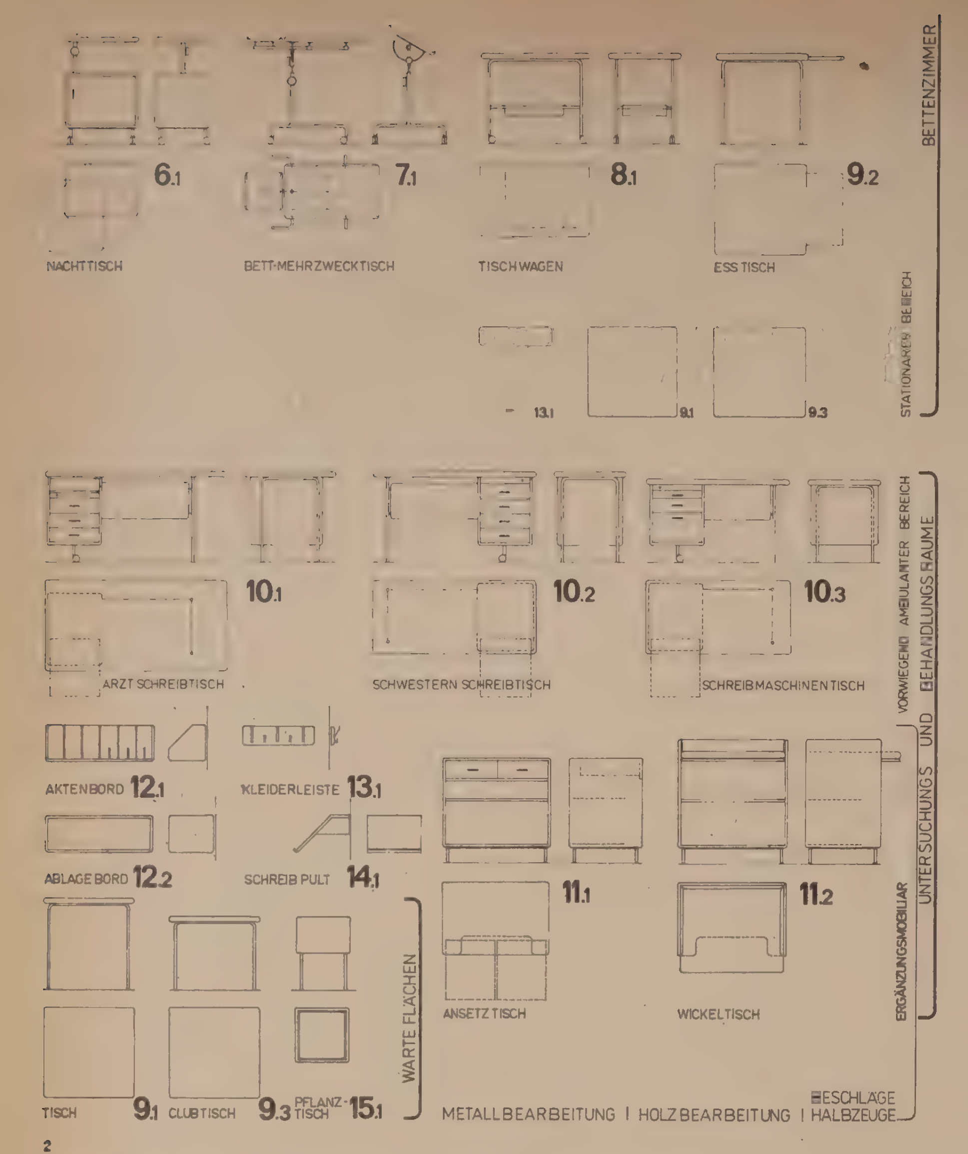
Der Anspruch nach gestalterischer Einheit, das Streben nach funktionsgerechten und charakteristischen architektonischen Lösungen sind mit einem parallel zur Arbeitsteilung verlaufenden Anwachsen des Arbeitsaufwandes zur Erreichung der Einheitlichkeit verbunden.

Da die Organisationsformen neben der gestalterischen Leistung und der Entwicklungsarbeit von entscheidendem Einfluß für das Gesamtergebnis sind, muß die Arbeitsteilung selbst gestaltet werden.

Eine realisierbare Arbeitsbasis unter Ausschöpfung der Vorzüge der sozialistischen Wirtschaftsbedingungen von der Planung bis zur Produktion liegt in der Erarbeitung von komplexen Funktionsprogrammen.

1
Übersicht eines Klinikmobiliarprogramms. Teil Behältnismobiliar





2
Übersicht eines Klinikmobiliarprogramms. Teil Tische und Ergänzungsmobiliar

2. Stand bei der Ausstattung von Gesundheitsbauten

Derzeit erfolgt die Ausstattung von Gesundheitsbauten durch:

– VEB MLW-Anlagenbau Dresden im Kombinat Medizin- und Labortechnik Leipzig (HAN)
– VEB Innenprojekt Halle im Möbelkombinat Berlin (HAN)
– Staatliches Kontor für Pharmazie und Medizintechnik

Für die vom Patienten genutzten Bereiche ist kein einheitliches Programm – weder im stationären noch im ambulanten Sektor – vorhanden.

Die Ausrüstung, vor allem die mobiliare Ausstattung und ergänzende Ausstattungsgegenstände werden durch eine Vielzahl von Betrieben mit unterschiedlichstem Fertigungsniveau produziert.

Für die Ausstattung existiert keine Standardisierung.

Die eingesetzten Materialien, Konstruktionssysteme, Oberflächen und Farbgestaltungen sind uneinheitlich.

Die hohe Anzahl verschiedener Ausstattungsteile entsprechend den unterschiedlichen Funktionen erschwert darüber hinaus die formale Bindung.

Nicht selten sind aus dieser Situation Sonderanfertigungen entstanden. Durch komplexe, einheitlich gestaltete Funktionsprogramme wären diese Aufwendungen vermeidbar.

Bei der Ausstattung zum Beispiel einer Funktionseinheit „Allgemeine Innere Medizin" werden etwa
25 Ausstattungsgegenstände
eingesetzt.

Beteiligt sind:

3 Projektanten (nur HAN und nur vorhabenbezogene Projektleistungen
13 Hersteller
etwa 70 Zulieferleistungen

Die bisherige Praxis der Arbeitsteilung hat keine Programmfähigkeit hervorgebracht.

3. Volkswirtschaftliche Dimensionen und soziale Zusammenhänge

Entsprechend der Themenstellung des Seminars „Massenfertigung und Milieu" stehen ausschließlich nur wiederholbare Ausstattungen, für analoge gesellschaftliche Aufgaben im Mittelpunkt des Interesses.

Die Größenordnung bei Gesundheitsbauten soll an zwei Ausgangskennziffern belegt sein.

Im Perspektivplanzeitraum 1981 bis 1985 werden sich die Bettenplätze aller Krankenhäuser auf etwa 180 000 belaufen. Die Zahl der ärztlichen Arbeitsplätze wird mit 38 100 (ohne stomatologische Arbeitsplätze) angegeben.

Bei der gegebenen Basis kann man im wesentlichen davon ausgehen, daß damit zur Erfüllung der medizinischen Aufgaben weniger die extensive Entwicklung als vielmehr die intensive Ausnutzung vorhandener Bedingungen den Einsatz der finanziellen und materiellen Fonds bestimmen.

Die Investitionsmittel konzentrieren sich folglich neben dem Ausbau schwerpunktmäßig auf die Qualifizierung. Das deckt sich genau mit unserer Themen- und Zielstellung zum massenhaft gefertigten Mobiliar und anderer Teile der Raumausstattung mit höherem Niveau.

Der Faktor Lebensdauer wird erheblich durch die Qualität der Erzeugnisse bestimmt. Dabei bilden die Material- und Konstruktionsvarianten mit der gestalterischen Lösung eine untrennbare Einheit, die direkt dem moralischen Verschleiß entgegenwirken müssen.

Zum Beispiel

bei einer Unterstellung von 15 Jahren Einsatzzeit ergibt sich für den Inlandbedarf eine jährliche Kennziffer für Ausstattungen in den ausgewählten Bereichen von

etwa 1200 Bettenplätzen
etwa 2700 ärztlichen Arbeitsplätzen

Von diesen Zahlen ist die sowohl ökonomische wie auch soziale Bewertung der Ausstattung von Gesundheitsbauten abzuleiten und die Gegenüberstellung von Bedarf und Produktion planbar. Hierin liegen die Ansatzpunkte der Möglichkeiten und so meine ich, auch das Erfordernis zur Realisierung von Programmen mit typischer Funktionscharakteristik.

Aus der zunächst vorwiegend quantitativ entwickelten Problemstellung wird die qualitativ spezifische Aufgabenstellung zur Programmgestaltung ableitbar. Für die Auswahl der Betriebsgrößen oder Betriebsteile der Produktion ergeben sich Ansatzpunkte zur volkswirtschaftlich sinnvollen Arbeitsteilung.

In der Dissertation

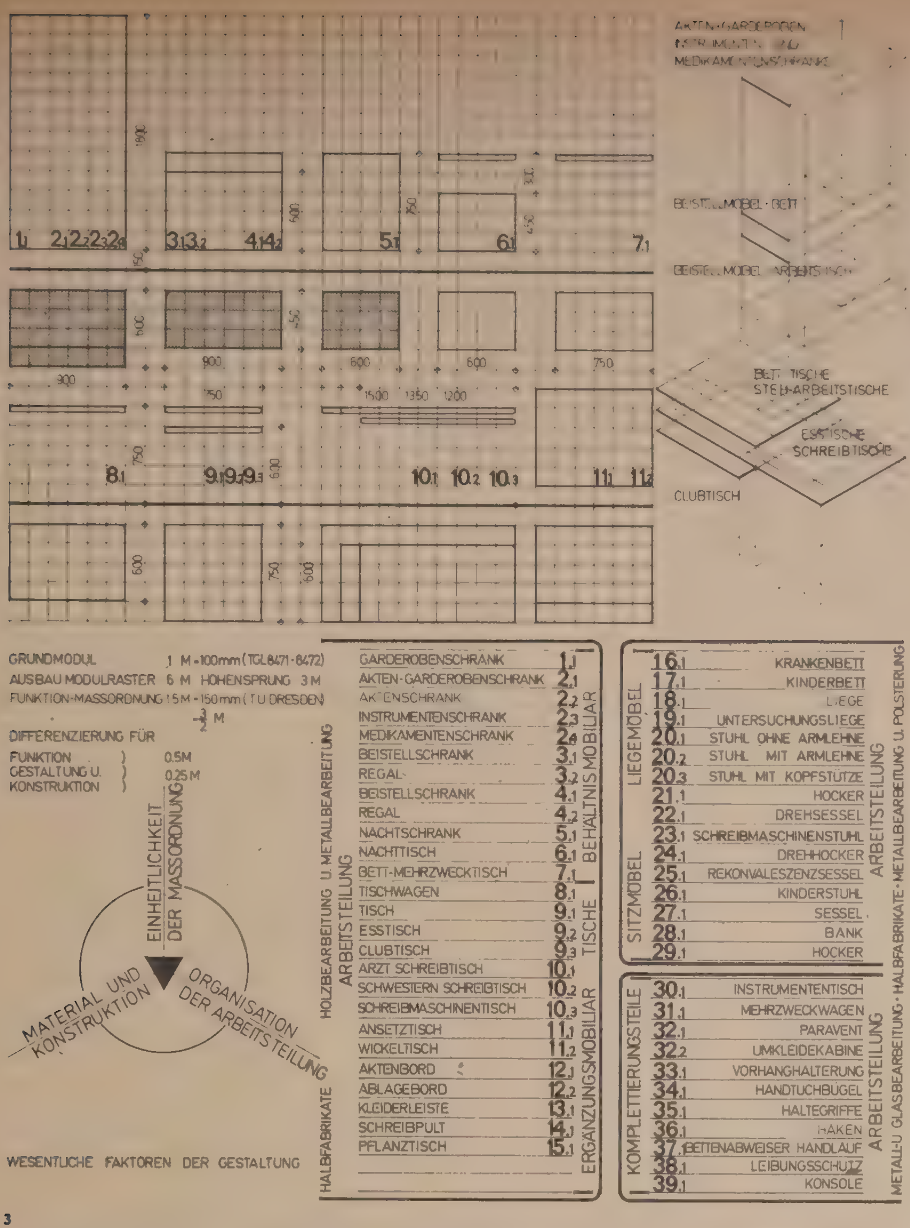
„Bewertung sozialer Patientenbedürfnisse – eine Grundlage für die Gestaltung der Betreuungsumwelt von Patienten in einem Allgemeinen Krankenhaus" von Dr. med. Eike Glomb und Dr.-Ing. Joachim Glomb werden die Einflüsse auf das Wohlbefinden der Krankenhauspatienten dargestellt, die vom Krankenhausmilieu ausgehen. Die dabei herausgearbeiteten sozialen Bedürfnisse kennzeichnen vor allem die qualitative Zielstellung an das Milieu und damit auch an die Ausstattung patientenorientierter Räume.

Eine Auswahl der Thesen verdeutlicht bereits, daß

– die Bedürfnisse von Patienten denen gesunder Bürger weitgehend entsprechen; die Besonderheit liegt in der Anpassung an den physischen und psychischen Zustand
– Gebäude, Ausbau und auch die Ausstattung nicht primär für die Patientenzufriedenheit wirksam sind, sondern vorrangig die Fähigkeiten und Bedingungen der interpersonellen Beziehungen wirken
– neben den ästhetischen Ansprüchen an das Interieur und die Innenausgestaltung vor allem die funktionellen Anforderungen bestimmend sind, um jegliche Art von baulichen Barrieren zu vermeiden.

Damit werden neben den zunächst quantitativen Größenordnungen die wesentlichsten qualitativen Anforderungen an die Ausstattung sichtbar und – das ist wichtig für die objektive Beurteilung – zugleich erkennbar, was zum Bespiel Mobiliar kann und was vom Milieu bzw. Mobiliar nicht erwartet werden sollte.

Sozialhygiene als Wissenschaft von der Krankheitsverhütung zu praktizieren, heißt aber auch, das Bedürfnis nach aktiver Teil-



3
Graphische Darstellung der vereinheitlichten Abmessungen sowie Gruppierung des gesamten Ausstattungsprogramms nach arbeitsteiligen Leistungsbeiträgen. Der angegebenen Hauptunterteilung folgt eine unterschiedliche Anzahl von Kooperationsleistungen.

nahme jedes Bürgers an der Erhaltung seiner Gesundheit durch besonders sorgfältig gestaltete Räume, durch nützliche und schöne Ausstattung zu unterstützen.

Die Innenräume im Gesundheitsbau umschließen sowohl Arbeitsplätze des medizinischen Personals, wie sie gleichermaßen die räumliche Umwelt für den Patienten sind, der sich zumeist in einer Verspannung von Hoffnung und Sorge befindet.

Hinzu kommen die Besucher der Patienten, die in die Betrachtung mit einzubeziehen sind.

Dieser mehrfache Charakter muß der Ansatzpunkt für die spezifische und verbindliche Gestaltung der Räume sein. Der mobiliaren Ausstattung kommt dabei eine vorrangige Bedeutung zu.

4. Alternativer Lösungsansatz und seine Grundlagen

Das einheitliche Niveau der Ausrüstungen und Ausstattungen ist für die Erlebbarkeit der Raumkultur einprägsamer als die Grundrißstruktur oder das Konstruktionsprinzip der Errichtung des Gebäudes.

Die Analyse muß von innen nach außen führen, um die charakteristischen Ansatzpunkte für die anzustrebene Einheitlichkeit freizulegen.

Eine alternative Programmstellung beginnt folglich bei der Vereinheitlichung der Aufgabenstellung.

Dabei wird auf die vorliegenden Grundlagen des Instituts für Technologie und Grundfondsökonomie im Gesundheits- und Sozialwesen aufgebaut. Bezogen auf die Raumausrüstung und Ausstattung ist das im besonderen der Katalog der Funktionseinheiten.

In einer Analyse über 13 Funktionseinheiten innerhalb des poliklinischen Bereiches wurden die wesentlichsten Ausstattungsgegenstände mit einer Gesamtzahl von 25 Teilen erfaßt. Die Fragestellung war, ob multivalente, also medizinisch funktionsunabhängig und damit allgemein verwendungsfähige Mobiliargruppen herausgefunden werden können, die dann als Grundausstattung beständig sind.

Das Ergebnis bei 13 Funktionseinheiten mit 36 Funktionselementen (= Räume) und insgesamt 543 Ausstattungsgegenständen zeigt folgende Häufigkeit je Raum:

50 Prozent 1 × (Tische)
25 Prozent 1–2 × (Behältnismöbel)
25 Prozent 1–6 × (Sitz- und Liegemöbel und sonstige Ausstattung)

Die mobiliare Ausstattung tritt folglich überwiegend als Einzelteil auf.

Die formale Bindung auf der Grundlage der Reihung oder Wiederholung ist also für die Gestaltung in einem Raum nur gering gegeben.

Darin liegt eine der Ursachen, weshalb die Verwendung der Ausstattungsgegenstände von unterschiedlichsten Modellen technologisch ohne Probleme möglich ist, aber die ästhetische Uneinheitlichkeit nach sich zieht.

Ein weiteres wesentliches Ergebnis zeigt eine Untersuchung, wo der Ansatzpunkt für die charakteristische Innenraumgestaltung bei Krankenhäusern und Polikliniken liegt, wenn man untersucht, wo die erlebbare Spezifik beginnt.

Die Gliederung eines Raumes in die Bestandteile der

A Raumbildung
B Raumausrüstung
C Raumausstattung

zeigt folgendes:

Von der Raumbildung zur Raumausstattung verringert sich die Abhängigkeit von der baulichen Struktur und der Einrichtung, zugleich erhöht sich aber die Bestimmung durch die Funktionscharakteristik.

Mit der Loslösung vom Bauwerk selbst nimmt die Arbeitsteilung sprunghaft zu, zugleich wird aber von der Raumausstattung der besondere wahrnehmbare Charakter der Innengestaltung des Raumes geprägt und erwartet.

Die damit gegebene relative Selbständigkeit der Ausrüstung, insbesondere der Aggregate und Elemente, die im Raum wirksam werden, vor allem aber die Ausstattung bieten die Chance, alle funktionsspezifischen Ansprüche in Programmen zu berücksichtigen und aus dieser Gesamtkonzeption die Arbeitsteilung und mit dieser die Ausstattung zu gestalten.

Die Vereinheitlichung von charakteristischen Anforderungen zu Programmen liegt vor der Standardisierung der einzelnen Ausstattungsgegenstände.

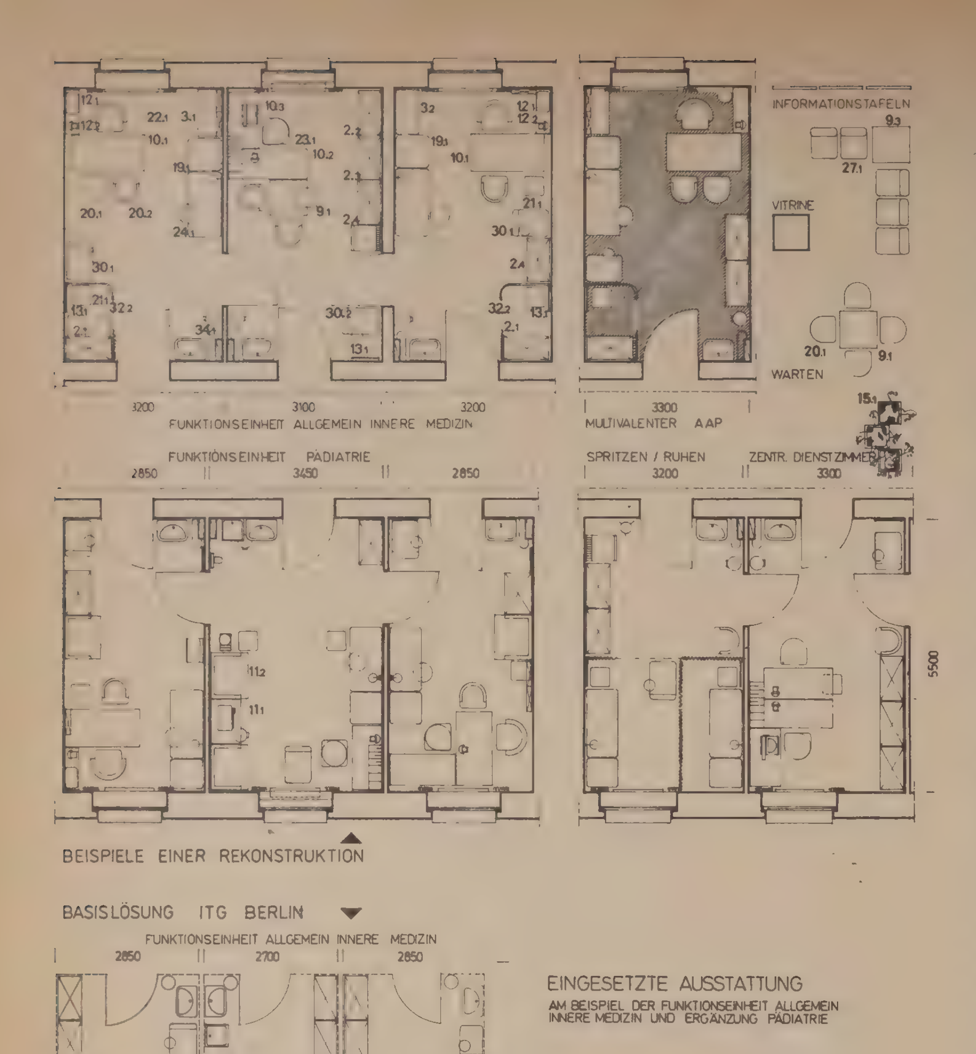
Obwohl die Darlegungen ausschnitthaft erfolgten, so lassen sich doch folgende Aspekte der formulierten Zielstellung – Einheitlichkeit trotz Arbeitsteilung – kurz als tragende Grundlagen zusammenfassen.

– Die technologischen Vorgaben einer optimalen Ausstattung sind als verbindliche Arbeitsdokumente des Ministeriums für Gesundheitswesen vorhanden.

– Ein tragfähige Basis vereinheitlichter Entwurfsgrundlagen besteht mit der Maßordnung für Möbelelemente und Behältnisbau, die in der Sektion Architektur der Technischen Universität Dresden durch Prof. Dr.-Ing. habil. Siegfried Hausdorf erarbeitet wurden.

– Die materiellen Bedingungen der Produktion, besonders unter der Organisationsform der Möbelkombinate und Zulieferbetriebe, bieten alle Voraussetzungen für die arbeitsteilige Herstellung komplexer Programme. Die Ausnutzung der Vorzüge bleibt für die massenhafte Produktion unter den Möglichkeiten. Organisationsformen sind ein wichtiger Steuerungsfaktor für die Erhöhung der Qualität.

– Die ökonomische Größenordnung der Ausstattung für patientenorientierte Bereiche von Kliniken stellen die Produktionsbetriebe sowohl für Tische, Behältnismöbel, Sitz- und Liegemöbel sowie ergänzende Ausstattung vor keine Belastung. Der Umfang und die Kontinuität des Bedarfs rechtfertigen jedoch eine Profilierung zu funk-



EINGESETZTE AUSSTATTUNG
AM BEISPIEL DER FUNKTIONSEINHEIT ALLGEMEIN INNERE MEDIZIN UND ERGÄNZUNG PÄDIATRIE

2.2 AKTENSCHRANK
2.1 GARDEROBEN/AKTENSCHRANK
2.3 INSTRUMENTENSCHRANK
2.4 MEDIKAMENTENSCHRANK
3.1 BEISTELLSCHRANK
3.2 REGAL

9.1 TISCH
9.3 CLUBTISCH
10.1 ARZTSCHREIBTISCH
10.2 SCHWESTERNSCHREIBTISCH
10.3 SCHREIBMASCHINENTISCH

11.1 ANSETZTISCH
11.2 WICKELTISCH
12.1 AKTENBORD
12.2 ABLAGEBORD
13.1 KLEIDERLEISTE
15.1 PFLANZTISCH

19.1 UNTERSUCHUNGSLIEGE
20.2 STUHL MIT ARMLEHNE
20.1 STUHL OHNE ARMLEHNE
22.1 DREHSESSEL
23.1 SCHREIBMASCHINENSTUHL
27.1 SESSEL
24.1 HOCKER
30.1 INSTRUMENTENTENTISCH
32.2 UMKLEIDEKABINE

4
Anwendung des Ausstattungsprogramms im ambulanten Bereich

tionsspezifischen Programmen mit charakteristischen Gestaltungsmerkmalen.

– Die soziale Betreuung und die Verspannung zu ökonomischen Kriterien erfordern, diesem Bereich innerhalb des Gesellschaftsbaus durch qualitätsvolle Gestaltung zu entsprechen. Gesundheits- und Sozialbauten sind ein sichtbarer Ausdruck der auf das Wohl unserer Bürger gerichteten gesellschaftlichen Entwicklung.

5. Beispielschilderung eines Modells zur Ausstattung von patientenorientierten Räumen

Dem Entwurf gingen Studien zur Ergometrie und zu Funktionsabläufen voraus. Hiervon sollen nur die wesentlichsten Ergebnisse genannt sein:

Zum Krankenzimmer
aus dem Gebrauch des Patienten:

– bedingt durch die Bettliegefläche (etwa 550–600 mm) ergibt sich halbhohes Behältnismobiliar 900 mm Höhe; damit wird zugleich für den Gehbehinderten oder Schwachen eine Stützhöhe beim Laufen erreicht

– im bettnahen Bereich sollten alle Möglichkeiten der Variabilität der Nutzung gegeben sein – wie herausziehbare Platten, schwenkbare Ablagen, höhenverstellbarer Bettmehrzwecktisch mit neigbarer Platte zum Lesen

– die Einnahme der Mahlzeiten am Tisch ist förderlich für die Erhaltung von Gewohnheiten, die Bedürfnisse des Patienten werden von seinen Ansprüchen als gesunder Mensch geprägt.

– für die Verwahrung von persönlichen Dingen ist eine gesicherte Box im Kleiderschrank einzuordnen.

– aus dem Arbeitsverhalten des medizinischen Personals und Hygieneanforderungen ist zu ergänzen:

– die Pflege des Patienten muß von 3 Seiten des Bettes möglich sein

– die Gewährleistung der Krankenhaushygiene erfordert die durchgängige Boden-

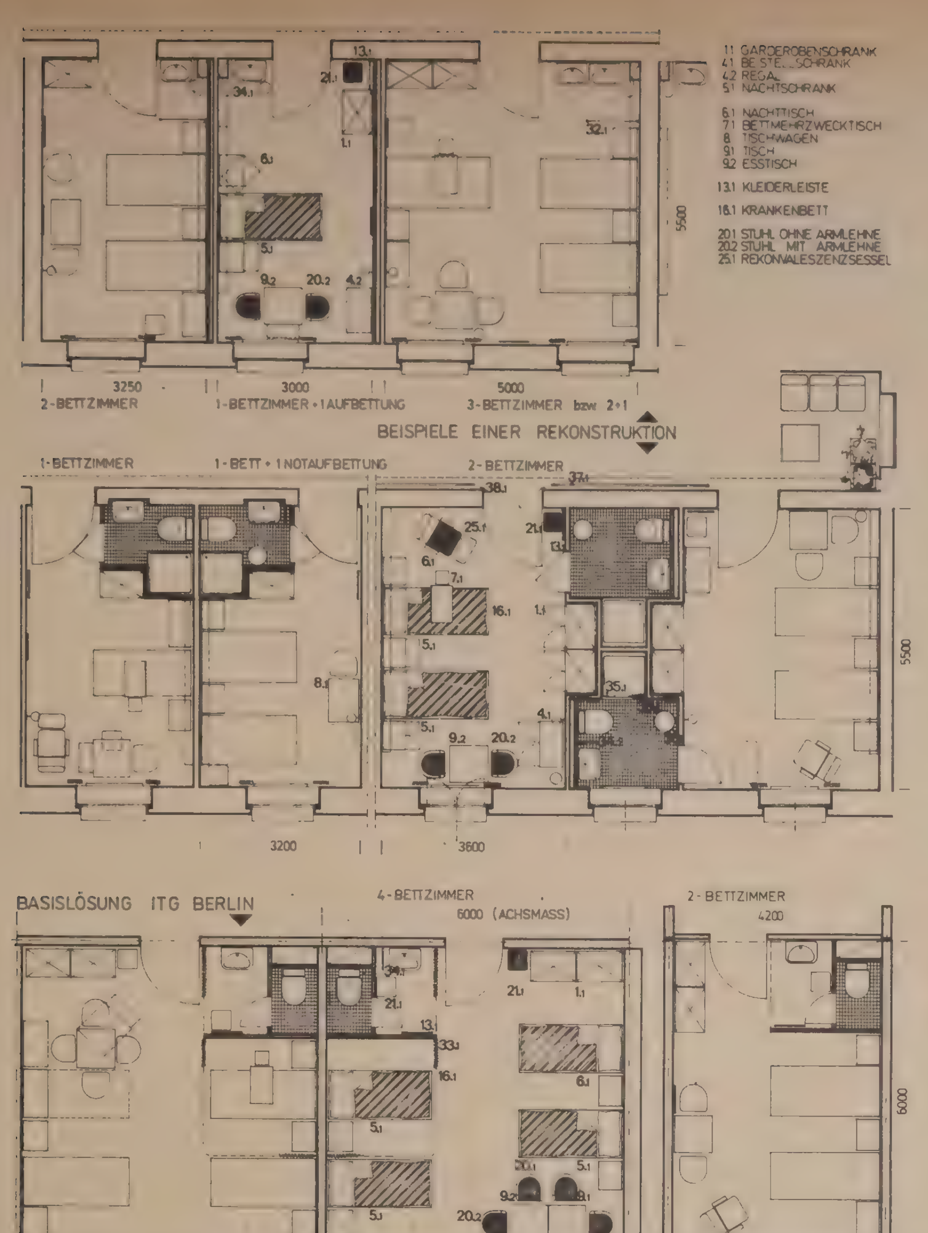
6 | 7 | 8
Raumausstattung in einem Arztuntersuchungs- und Behandlungsraum. Allgemeine/Innere Medizin

6



7





5
Anwendung des Ausstattungsprogramms im stationären Bereich

freiheit; das Mobiliar sollte leicht verstellbar sein

– zur günstigen Wischdesinfektion sind möglichst bündige Flächen zu schaffen

– die Oberfläche muß den gebräuchlichen Desinfektionsmitteln standhalten

Zur Arztbehandlungseinheit
– die Bewegungsabläufe gliedern sich in 3 wesentliche Funktionen:
Konsultationen und Schreibplatz
Untersuchen und Behandeln
Umkleiden und Waschen

– die Entflechtung dieser drei Bereiche ist durch eine entsprechende Mobiliargruppierung ablaufgerecht zu gestalten

– die Anforderungen an Bodenfreiheit und Oberflächendesinfektion sind gleich dem im Krankenzimmer
– zur gründlichen Reinigung sollten außer dem Schrankmobiliar alle Möbel leicht verstellbar sein
– das Schrankmobiliar ist für Medikamente und Instrumente staubsicher auszuführen, im Medikamentenschrank ist ein besonders gesichertes Suchtmittelfach einzuordnen.

Als grundsätzliche Forderung galt es, Einbauten wegen der unkontrollierbaren Hohlraumbildungen aus hygienischen Gründen zu vermeiden.
– Die Konstruktion und die Beschläge sind strapazierfähig zu gestalten bzw. auszuwählen.
– Das Mobiliar ist leicht, aber standsicher auszubilden.
– Die ästhetische Erscheinung des Mobiliars ist weitgehend frei von steriler und distanzierender Wirkung zu halten.
– Die Lebensdauer ist durch die Aufarbeitbarkeit insbesondere der Oberflächen und Kanten zu verlängern.
– Das Mobiliarprogramm ist in seinen Abmessungen zu vereinheitlichen, die Unterschiedlichkeit gering zu halten, jedoch so zu fassen, daß eine weitgehend geschlossene Gestaltung über verschiedene Funktionseinheiten möglich bleibt.

8



9
Raumausstattung eines Zweibettzimmers
Detail (vgl. Abb. 11)





10
Schrankreihung in einem Spritzenzimmer

11
Raumausstattung in einem Zweibettzimmer ohne Sanitärzelle



Programm für den stationären und ambulanten Bereich

■ Das Programm gliedert sich bei einer Gesamtzahl von 25 Teilen über den stationären und ambulanten Bereich in

1. Behältnismöbel
2. Tische und Arbeitstische
   Platten und Ergänzungsteile
3. Zur Ausstattung gehören

Sitz- und Liegemöbel – aus den Programmen der Möbelindustrie entnommen, jedoch oberflächenmäßig und in bezug auf Beschläge gestalterisch einbezogen oder angepaßt.

4. Komplettierungsteile

■ Modulare Vereinheitlichung

Die insgesamt 10 Schrank- und Regalteile über beide klinische Funktionseinheiten könnten auf drei Grundrißgrößen und drei Korpusgrößen vereinheitlicht werden.
(450 × 900, 600 × 900, 450 × 600 / h = 600, 750, 1800)

Dieses Ergebnis fördert sowohl Ordnung in der Möbelierung wie auch der vereinheitlichte Behälterbau die technologische Vorbereitung und die industrielle Fertigung selbst begünstigt.

■ Zur formalen Ausbildung, Konstruktion und Oberflächengestaltung:

– Bezogen auf das Behältnis- und Tischmobiliar wurde konsequent die modulare Ordnung als vereinheitlichte Entwurfsgrundlage für Möbelelemente und Behältnisbau von Prof. Dr.-Ing. habil. S. Hausdorf, TU Dresden, angewandt und die TGL 22 315, Blatt 1 – Körpermaße im Möbelbau berücksichtigt.
– Zwischen dem stationären und dem ambulanten Bereich wurde, was die gestalterischen Kriterien im Detail ausmacht, kein Unterschied gesucht.
– Bestimmend für die Korpusausbildung und Plattenkanten sind die allseitig gerundeten Körpergrenzen. Damit wird den Forderungen aus den Bewegungsabläufen, der Handhabung und der frei gruppierbaren Mobiliaraufstellung entsprochen.
– Im Regelfall schlagen die Türen in die gerundeten Seiten.
– Die Behältnismöbel werden auf Flachstahlrahmen mit Stahlrohrfüßen aufgesetzt.
– Bei den Arbeitstischen wird die Standsicherheit bzw. konstruktive Lösung durch eine integrierte Verbindung von Gestellteilen und Korpus bzw. Plattenelementen erzielt.
– Die sichtbaren Gestellteile (außer Grundrahmen aus Flaschtahl) sind an der Oberfläche verchromt.
– Alle Möbel für das Patientenzimmer sind auf Rollen gelagert, um eine leichte Beweglichkeit für die Nutzung durch den Patienten sowie zur Reinigung für das Personal zu gewährleisten.
(Die Rolle stellt eine Neuentwicklung des VEB Metallwarenwerk Naumburg dar.)
– Schweres Mobiliar, Arztschreibtische erhalten ebenfalls zur leichteren Ortsveränderung bei der Bodenreinigung zwei Rollen. Die Arretierung wird durch die zwei weiteren starren Fußpunkte gesichert.
– Es wurden nur handelsübliche Beschläge eingesetzt.

■ Zur industriellen Fertigung und Ökonomie:
– Die industrielle Fertigung wurde durch die Modellrealisierung belegt. Alle Verbindungen entsprechen den gebräuchlichen Fertigungsmethoden.
– Die wirtschaftliche Ausnutzung von Plattenmaterialien entsprechend den Abmessungen der TGL 3007/2, Gr. 154 520 wurde gewährleistet.
– Der Mehraufwand in bezug auf die Ausbildung der Körpergrenzen von Korpus und Plattenteilen ist im Zusammenhang von einmaligen und laufendem Aufwand zu objektivieren.
– Die Ausführung ist in drei Varianten möglich:
A Ausführung in Spanplatte furniert.
Massivholz-Anleimer (teilweise Türen in Tischlerplatte), beschichtet mit säuregehärtetem farblosen Lack (Wischdesinfektion)
B Ausführung in Spanplatte, Massivholz-Anleimer, beschichtet mit farbigen Lacken, säuregehärtet.
C Ausführung in Spanplatte, statt Anleimer Formteile aus Holzpartikel-Kombinationswerkstoffen oder eloxierten Alu-Formteilen. Flächen OPV-beschichtet, entsprechend der Farbpalette des Angebotes.
Bei Variante C wird jedoch die Einbeziehung der Halbzeugfertigung in die Arbeitsteiligkeit erforderlich.
Die Varianten mit nur jeweils dreifacher Farbwahl führen bereits zu einer Anreicherung, die den verschiedenen objektgebundenen Architektur-Konzeptionen entsprechen kann.

■ Zusammenfassung
– Das Programm schafft die Voraussetzung zur komplexen mobiliaren Ausstattung von ausgewählten Bereichen (patientenorientiert) in Kliniken und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens nach gestalterisch einheitlichen Gesichtspunkten.
– Das bestimmende gestalterische Detail – die Ausbildung der Körpergrenzen – führt unter Beachtung der ganzheitlichen Erscheinung der Möbel in Verbindung mit dem Rastersystem, Korpus und Trägergestelle, Bodenfreiheit und der Mobilität zu einem unterscheidbaren charakteristischen Mobiliarprogramm für den vorgesehenen gesellschaftlichen Bedarf.
– Durch die gestalterische Lösung wird dem gewohnten visuellen Krankenhausklima entgegengewirkt und sozialhygienischen Aufgaben auch dadurch entsprochen, daß durch nützliche und schöne Ausstattung eine Erhöhung der Raumkultur angestrebt wird und eine mittelbare Unterstützung der medizinischen Arbeit erfolgt.
Nach der modellhaften Realisierung und der Erprobung Anfang Oktober 1982 fließen nun Erkenntnisse zurück, die für die Vervollkommnung genutzt werden.
Weiterhin wird mit den beteiligten Partnern der Vorbereitung und Realisierung in gemeinschaftlicher Arbeit nach Lösungen gesucht, die das Ergebnis ökonomisch optimieren.

Anforderungen an die Infrastruktur in Neubauwohngebieten und Schlußfolgerungen für die Planung

Dr. Dieter Stempell

In diesem Artikel sollen Erfahrungen bei der Prognose einer Reihe von Neubauwohngebieten zusammengefaßt werden. Insbesondere soll die Erkenntnis vermittelt werden, daß es mit den zur Verfügung stehenden Methoden der Bevölkerungsprognose sehr genau möglich ist, die Anforderungen insbesondere an Kindereinrichtungen bei Neubauwohngebieten für etwa 30 Jahre im voraus zu berechnen und entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen. Probleme der rationellen Nutzung von Bauinvestitionen können sich nicht nur darauf beziehen, bestimmte Gebäude mit minimalem Aufwand zu errichten, es geht auch darum, nur diejenigen Nachfolgeeinrichtungen des Wohnungsbaus zu errichten, die wirklich gebraucht werden.

In einem vorausgehenden Artikel wurden bereits theoretische Betrachtungen zur Wanderungsbevölkerung, d. h. zur Bevölkerung, die in ihrem Wohnort wechselt, und ihrer Vorausberechnung angestellt. (1) Die Ausgangsthese von damals sei noch einmal wiederholt und unterstrichen:

„Die in ein Neubauwohngebiet einziehende Bevölkerung entspricht in ihrer Alters- und Geschlechtszusammensetzung einer solchen Wanderungsbevölkerung und dieser Aufbau der Wanderungsbevölkerung ist zeitlich und räumlich (fast) invariant."

Durch alle bisherigen Untersuchungen wurde diese These erhärtet. Auf kleinere Korrekturen wird weiter unten noch eingegangen. Es ist sogar darauf hinzuweisen, daß auch internationale Untersuchungen diese Invarianz unterstreichen (z. B. bei Mohs). (2)

Daraus aufbauend kann folgende Methode zur Vorausberechnung der Bevölkerung von Neubauwohngebieten abgeleitet werden:

1. Vorausberechnung der Bevölkerung entsprechend dem Einzug in das Neubauwohngebiet und in einer entsprechenden Alters- und Geschlechtsstruktur.

2. Ableitung von Anforderungen an die Infrastruktur (insbesondere für Kindereinrichtungen) entsprechend der konkreten Anzahl der Nutzer.

Theoretische Ergebnisse wurden dazu bereits in (1) dargelegt. Nachfolgend sollen inhaltliche und methodische Erkenntnisse aus der Vorausberechnung und dem Ist-Vergleich einer ganzen Reihe von Wohngebieten zusammengefaßt werden. Dabei sind es in erster Linie Neubauwohngebiete in Berlin-Marzahn und ältere Neubauwohngebiete (Baubeginn um 1970) des Bezirkes Erfurt.

Voraussetzungen

Methodische und technische Voraussetzung einer solchen Prognose ist, daß in Rechenzentren EDV-Programme für dieses Problem vorliegen. Dies ist in einer Reihe von Rechenzentren in der DDR gegeben. Auf die Berechnungsformeln sei nicht weiter eingegangen. Sie sind in der Fachliteratur vielfach veröffentlicht, u. a. in (3), S. 48.

Die für die Berechnungen notwendigen Parameter bzw. Eingabedaten sind in der Regel ohne größere Schwierigkeiten beschaffbar. So ist die Fruchtbarkeit (Summe der altersspezifischen Fruchtbarkeitskoeffizienten) für jedes Gebiet statistisch erfaßt und mit vertretbaren Unsicherheiten für die nächsten Jahre vorhersagbar. Ähnliches gilt für die Sterbenswahrscheinlichkeit; hier ist noch zu berücksichtigen, daß in den ersten 20 Jahren nach Bezug eines Neubaugebietes wegen der Altersstruktur der Einziehenden kaum Sterbefälle auftreten (Vgl. dazu z. B. die Sterberate von Halle-Neustadt).

Spezifisch wird das Problem der Vorausberechnung bei der Bestimmung der Wanderung. Hier kann nicht auf normierte Unterlagen der staatlichen Statistik zurückgegriffen werden. Zuerst ist der Altersaufbau der Wandernden zu ermitteln. Dafür liegen aber inzwischen durch die bisherigen Berechnungen gut nutzbare Datensätze vor. Die jährliche Zuwanderung kann nun aus den Jahresscheiben des Wohnungsbaus abgeleitet werden. Diese Jahresscheiben sind für viele Jahre zurück (falls ältere Wohngebiete zu berechnen sind) und für etwa 5 bis 10 Jahre im voraus bekannt. Damit sind die Hauptdaten für eine solche Vorausberechnung ermittelt. Nun könnte die Bevölkerungsbewegung für ein solches Wohngebiet für viele Jahre simuliert werden. Dazu sind nun noch eine Reihe inhaltlicher Prämissen und Korrekturen zu berücksichtigen.

Ein Gegenargument ist, daß durch Wohnungstausch Veränderungen eintreten können. Bisherige Untersuchungen ergaben zwar eine gewisse Mobilität für Neubauwohngebiete. Ursache waren aber in erster Linie Wohnungsveränderungen aus betrieblichen Gründen, also Wegzüge über größere Entfernungen und damit Einzüge von Personen, die in Anzahl, Alter und Zusammensetzung etwa den Ausziehenden entsprachen. Statistisch ergibt sich damit keine Veränderung für die Simulation.

Völlig anders sieht es mit folgendem Problem aus. Der Bezug von Wohnungen erfolgt durch die Aktivwanderer (z. B. ein Ehepaar) und die Passivwanderer (z. B. deren Kinder). Für die Passivwanderer besteht nicht die Absicht in dieser Wohnung für immer zu verbleiben, während bei den Aktivwanderern oft eine solche Absicht besteht. Die Passivwanderer werden zu einem bestimmten Zeitpunkt einen eigenen Haushalt in einer eigenen Wohnung bilden. Damit kann nach einer gewissen Zeit mit einem Fortzug der Jugendlichen gerechnet werden. Dieser Fortzug ist am Anfang gering. Dies ist einmal bedingt durch die starken Beziehungen der Einziehenden zueinander (man zieht zusammen nicht um, wenn die Absicht einer baldigen Trennung besteht) andererseits, weil die Anzahl der Personen in den entsprechenden Hauptaltersgruppen (von 18 bis 25 Jahre) gering ist. (Auf die Autokorrelation beider Faktoren sei hingewiesen.) Dieser Fortzug nimmt nach 10 bis 15 Jahren bedeutende Ausmaße an und führt zu einer Verdünnung der Bevölkerung in Neubaugebieten. Charakteristisch ist die Abnahme des Belegungsfaktors je Wohnung von etwa 2,7 (Einwohner je WE) auf 2,1 in vielen derartigen Wohngebieten nach etwa 20 Jahren. Dieser Wegzug wird in den entsprechenden jetzt laufenden EDV-Programmen berücksichtigt, indem ein bestimmter Prozentsatz der o. g. Altersgruppe als Wegzug angesetzt wird.

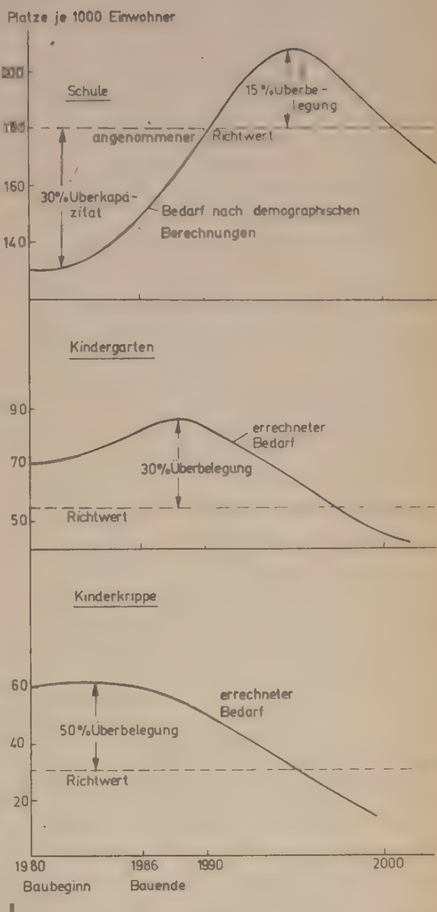
Bisherige Erkenntnisse

Diskutiert werden anschließend insbesondere Erkenntnisse aus der Prognose von älteren Neubaugebieten des Bezirkes Erfurt, weil die theoretischen Ergebnisse der Prognose hier mit den neuesten Ergebnissen aus der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1981 konfrontiert werden konnten.

Unter Nutzung der o. g. Prämissen konnte für diese Neubaugebiete eine Übereinstimmung zwischen Berechnung und Wirklichkeit erreicht werden, die die Erwartungen übertraf. Für das Gesamtergebnis (Summe der Einwohner) wurden Abweichungen von weniger als 0,5 Prozent erreicht, die maximale Abweichung der Einzelergebnisse betrug weniger als 5 Prozent. Solche Abweichungen sind für derartige Planungsprobleme vertretbar.

Ohne konkrete Bezugnahme auf ein Wohngebiet können allgemein für die Veränderung der Bevölkerung im Kindesalter in Neubaugebiete folgende Aussagen abgeleitet werden:

- Das Maximum der Kinder im Krippenalter tritt im Endjahr des Wohnungsbaus auf. Die Anzahl der Kinderkrippenkinder ist nach etwa 10 Jahren auf 50 Prozent des Anfangsbedarfes abgesunken und verbleibt nachfolgend etwa auf diesem Niveau.
- Das Maximum der Kinder im Kindergartenalter tritt 3 Jahre nach Beendigung des Wohnungsbaus auf. 10 Jahre nach diesem Maximum werden nur etwa 50 Prozent dieses Maximums erreicht. Danach wird etwa 40 Prozent des Maximalbedarfes als Dauerbedarf auftreten.
- Das Maximum der Schulkinder tritt erst 10 Jahre nach Bauende auf. Es werden dann etwa 180 Prozent der Anfangsschülerzahl auftreten. Nach diesem Maximum wird nach 10 Jahren die Ausgangsschülerzahl wieder erreicht. Danach sinkt die Schüleranzahl noch auf 80 Prozent der Ausgangszahl ab. Danach erfolgt kein Ansteigen.



1
Bedarf an Kindereinrichtungen in einem Wohngebiet

Diese Erkenntnisse konnten in ähnlicher Weise für alle untersuchten Neubaugebiete ermittelt werden, unabhängig davon, ob es Neubaugebiete mit kurzer oder langer Fertigstellungszeit sind oder ob es sich um große oder kleine Neubaugebiete handelt.

Einschränkungen

Diese Erkenntnisse und Schlußfolgerungen gelten natürlich nur für Gebiete, wo Funktionsüberlagerungen mit Altbaugebieten nicht existieren bzw. für die angesprochenen Nutzer (hier Kinder) sich Überlagerungen ausschließen.

Die Hinweise auf die gegenwärtig angestrebte Eingliederung von altersgerechtem Wohnraum in Neubaugebieten ergeben Korrekturen bei der Gesamteinwohnerzahl. Bei den Berechnungen und Schlußfolgerungen müssen diese Wohnungen abgesetzt werden, da immer ein spezifischer Nutzerkreis in diese Wohnungen einzieht. Bemerkenswert ist auch, daß geburtenschwache Jahrgänge auch in Neubaugebieten so auftreten. So sind die Geburtenjahrgänge um 1945 auch in Halle-Neustadt relativ gering vertreten. Für Berlin gibt es eine Besonderheit. Hier ist die Altersstrektur der Wandernden etwas unterschiedlich zu anderen Bezirken der DDR, es sind mehr ältere Personen (um 30 Jahre) als in anderen Neubaugebieten. Auch dies ist bei Prognosen zu berücksichtigen. Ähnliches gilt für AWG-Wohnungen. Die Aktiv-Bezieher von AWG-Wohnungen sind im Durchschnitt einige Jahre älter als die in anderen Wohngebieten.

Insgesamt kann jedoch bei Berücksichtigung derartiger spezifischer Gegebenheiten mit hoher Sicherheit eine entsprechende Prognose ermittelt werden.

Schlußfolgerungen

Hauptschlußfolgerung ist, daß bestimmte konstante Richtwerte für den Bedarf an Kindereinrichtungen in Neubauwohngebieten nicht dem dynamischen

Bedarf sich anpassen können und mit Sicherheit zu bestimmten Zeitpunkten falsch sind. Starke Differenzen zwischen Bedarf und Angebot an Kindereinrichtungen müssen immer auftreten, wie die Angabe von Richtwerten in der Abb. 1 deutlich macht.

Welche Alternativen gibt es nun, und welche dieser Alternativen konnten bisher bei der Planung von Neubaugebieten verwirklicht werden?

1. Variable Nutzung von Kindereinrichtungen

Theoretisch bietet es sich an, die bei sinkendem Bedarf an Kleinkindereinrichtungen frei werdenden Raumkapazitäten z. B. für schulische Nutzung umzubauen. Hier wird bisher von keiner Seite eine reale Realisierungsmöglichkeit gesehen.

2. Errichtung von zeitweiligen Kapazitäten

Diese Schlußfolgerung zur zeitweiligen Abdeckung des Bedarfs bietet eine hohe Realisierungschance. Durch Umbau z. B. werden zeitweilige Kinderkrippen- und Kindergartenkapazitäten geschaffen, die entsprechend dem Bedarf auch wieder freigegeben werden können. Dies ist insbesondere auch dann vorteilhaft, wenn bei der Planung von Neubaugebieten Richtwerte von Kindergärten und Kinderkrippen in einer solchen Höhe wie in Abb. 2 angenommen waren. Der Bedarf wird in den ersten 20 Jahren der Existenz des Neubauwohngebietes auch annähernd nicht gedeckt, zusätzliche (zeitweilige) Kapazitäten sind zu schaffen.

3. Späterer Bau von Einrichtungen

Gerade bei Schulen, wo der Maximal-Bedarf erst etwa 10 Jahre nach Beendigung des Wohnungsbaus auftritt, könnten Kapazitäten teilweise später errichtet werden, ohne daß auch die geringste Bedarfslücke auftritt.

4. Nachschieben von Wohnungsbau

Es bietet sich an, etwa 10 bis 15 Jahre nach Beendigung des Wohnungsbaus in bzw. am Rande des Neubaugebietes wiederum Wohnungen zu errichten. Allgemein ist zu erkennen, daß bei Wohnungsneubau in Höhe von etwa 50 Prozent des ursprünglichen Wohnungsbaus dann keine zusätzlichen Kindereinrichtungen für diese Wohnungen benötigt werden. Diese Variante ist insbesondere für die langfristige Planung außerordentlich beachtenswert. Die Kosten für zusätzliche Kindereinrichtungen können so entfallen. (Natürlich sind dazu entsprechend detaillierte Berechnungen notwendig.)

5. Lückenbau

Unmittelbar aus der 4. Schlußfolgerung ergibt sich, daß natürlich Lückenbau viele Möglichkeiten für Funktionsüberlagerungen und günstige Nutzung existierender Einrichtungen bietet. Auf nähere Begründung kann verzichtet werden.

Zum Schluß noch zwei Erkenntnisse: Bei der Untersuchung aller Wohngebiete hat sich gezeigt, daß Wünsche nach Einzug einer möglichst gemischten Bevölkerung (altersstrukturmäßig) nicht real sind. Es gibt kleinere Abweichungen zwischen Wohngebieten, eine Wunschbevölkerung zieht nicht in Neubaugebiete ein.

Primäre Haupterkenntnis aus obigen Ausführungen sollte aber sein, daß für alle Neubauwohngebiete (große und kleine) eine demographische Berechnung für mindestens 20 Jahre im voraus notwendig ist und daß aufgrund dieser Berechnung und nicht allein aus Richtwerten abgeleitet die Planung des Bedarfes an Kindereinrichtungen erfolgen sollte. Es kommt nicht nur darauf an, mit minimalem Aufwand Gebäude zu errichten, es ist vorher notwendig zu errechnen, ob diese Gebäude auch auf die Dauer benötigt werden.

Literatur

(1) Stempell, D., Zur demographischen Struktur einer Wanderungsbevölkerung in der DDR, Architektur der DDR 12/79, S. 754

(2) Mohs, G., Migration and Settlement in the GDR, IIASA-Publikation, Wien

(3) Stempell, D. u. a., EDV im Städtebau, Verlag Bauwesen, Berlin 1971



INFORMATIONEN

Bund der Architekten

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Gartenbauingenieur Peter Mey, Babelsberg,
2. August 1933, zum 50. Geburtstag

Architekt Baumeister Erich Starke, Dresden,
3. August 1898, zum 85. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Bodo Kamper, Magdeburg,
5. August 1933, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Arnold Stephan, Erfurt,
6. August 1923, zum 60. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Arno Kurzmann, Berlin,
7. August 1923, zum 60. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Kurt Buchberger, Dresden,
8. August 1933, zum 50. Geburtstag

Architekt Heinz Kottke, Jena,
8. August 1933, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Wilfried Sapel, Halle,
8. August 1933, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Walter Bolze, Halberstadt,
9. August 1913, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Walfried Mudrick, Erfurt,
13. August 1933, zum 50. Geburtstag

Architekt Oberingenieur Adolf Rieger, Berlin,
15. August 1923, zum 60. Geburtstag

Architekt Bildhauer Erhard Russow, Dargun,
16. August 1933, zum 50. Geburtstag

Architekt Oberingenieur Günter Fischer, Leipzig,
18. August 1933, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Heinz Kästner, Cottbus,
18. August 1923, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Helmut Richert, Rostock,
20. August 1933, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Wolfgang Pradel, Finsterwalde,
24. August 1933, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Edgar Rauser, Berlin,
26. August 1933, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Richard Zeidler, Plauen,
28. August 1898, zum 85. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Hans-Joachim Zuschneid, Leipzig,
28. August 1933, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Hannelotte Fiedler, Erfurt,
29. August 1923, zum 60. Geburtstag

Bauinformation

Neuerer stellten vor

Angebotsmesse mit vielfältigen Anregungen auch für Architekten

Auf der diesjährigen Angebotsmesse der Neuerer und Erfinder des Bauwesens, die vom 12. April bis 27. Mai in der Ständigen Bauausstellung/Bauinformation stattfand, wurde den Architekten eine Reihe sehr interessanter Lösungen vorgestellt, die für funktionell-gestalterische Aufgaben im Wohnungs- und Gesellschaftsbau sowie im Industriebau mannigfache Anregungen vermittelten.

Für die WBS 70 werden die Projektdokumentationen für verschiedene originelle Entwicklungen angeboten, mit denen sich die Anforderungen aus den Grundsätzen für Städtebau und Architektur gut erfüllen lassen. Das WBK Berlin zeigte für die innerstädtische Anwendung eine teils eingezogene, teils auskragende Loggia in der Größe 3,6 m/2,4 m ×1,5 m, mit der eine Betoneinsparung von 36 kg/Segment und eine Stahleinsparung von 500 kg/Segment bei gleicher Wohnraumgröße erreicht wird. Das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau stellte ein Würfelhaus als Vierspänner mit Drei- und Zweiraumwohnungen als Einzelgebäude oder Reihenobjekt vor, das durch besondere Erdgeschoß- und Dachausbildung Funktionsüberlagerungen und Sonderwohnungen ermöglicht. Ein zehngeschossiges Punkthaus des WBK Magdeburg besitzt ein Betondübel-Treppenhaus und weist energieökonomische Vorzüge aus: Wärmedämmfenster kleinerer Abmessungen und innentemperaturabhängige Zonenregelung bei Einrohrheizung. Für Standorte, an denen eine Versorgung mit Fernwärme nicht möglich ist, wurde im WBK Neubrandenburg eine Typenlösung mit Ofenheizung und Steildach für die WBS 70 entwickelt, mit der zugleich der Material- und Arbeitszeitaufwand gesenkt wird.

Großes Interesse fanden auch die gesellschaftlichen Einrichtungen in der WBS-70-Bauweise. Mit dem Elementesortiment des Wohnungsbaus bietet das Baukombinat Leipzig das Angebotsprojekt für eine kombinierte Vorschuleinrichtung mit 90/180 Plätzen. Die kompakte Gebäudelösung ist voll unterkellert, dreigeschossig und weist gegenüber der 2-Mp-Streifenbauweise eine höhere Arbeitsproduktivität sowie Arbeitszeit-, Material- und Energieeinsparungen aus.

Sehr umfangreich war das Angebot an Lösungen für Jugendklubs, und zwar für Bedingungen verschiedener Bauweisen: 2-Mp-Wandbauweise für 60 Plätze des WBK Karl-Marx-Stadt, Leichte Geschoßbauweise für 90 Plätze des WBK Cottbus, P 2 für 120 Plätze auch zur Lückenschließung des WGK Frankfurt (Oder), aus dem Schulbausortiment der WBK Rostock – 90 Plätze, Laststufe 63 kN – und WBK Suhl für 95 Plätze, Laststufe 50 kN. Ausgezeichnet mit dem Ehrendiplom des Ministers für Bauwesen wurde der Jugendklub WBS 70 für 125 Plätze des WBK Magdeburg, Kollektiv Brenzinski, insbesondere wegen Verkürzung der Bauzeiten für Rohbau und Ausbau bei Einhaltung der Normative.

Auch für die Industriearchitektur verdienen Neuererleistungen Aufmerksamkeit. Hervorzuheben ist ein zweischaliges, belüftetes Kaltdach zur Materialsubstitution für die Sandwichelemente St-PUR-St und Al-PUR-Al. Einsparungen ergeben sich aus dem Wegfall der Feuerverzinkung und der Einsparung an Transportraum wegen der guten Stapelbarkeit der Pfetten mit Z-Querschnitt. Die Selbstkostensenkung beträgt 50 M/m² Dach.

Bemerkenswert sind verschiedene konstruktive Entwicklungen, insbesondere zur Wahl geeigneter Baustoffe. Dämmbausteine und Dämmbetonplatten des Gasbetonwerkes Hennersdorf im VEB Baustoffwerke Doberlug-Kirchhain bestehen aus autoklavgehärtetem Gasbeton von Quarzsand mit einer Rohdichte von nur 0,40. Sie sind damit geeignet als Verblendmauerwerk zur Erhöhung der Wärmedämmung bei Rekonstruktionsbauten, ferner für die Ausfachung von Skelettbauten und für leichte Trennwände sowie für die Dämmung von Kaltdächern und Fußböden. Zum Schutz der Sockelwandplatten bei Gasbetonaußenwänden gegen Wärmeverluste und Feuchtigkeit wird nach einem Vorschlag aus dem Metallleichtbaukombinat, Werk Calbe, der Grundkörper aus Gasbeton der Güteklasse GB 060/40 mit 50 mm Vorsatzbeton der Betonklasse BK 25 komplettiert; gegenüber der bislang üblichen Sockelwandplatte aus dichtem Silikatbeton wird der Mindestwärmedurchlaßwiderstand nach TGL 35 424 überboten.

Als große Hilfe für die Projektierung sind die angebotenen Arbeitsmittel anzusehen, so die Projektierungskataloge für monolithische Stahlbetonskelettbauten vom BMK Ost, der Qualitätskataloge für einheitliche WV-Projekte des Industriebaus vom Institut für Industriebau, Unterlagen für mikrofilmgerechtes Zeichnen zur Senkung des Arbeitszeitaufwandes für TGL-Recherchen vom Metalleichtbaukombinat oder der Informationskatalog Raumelementebauweise mit Ausführungsbeispielen und Projektierungsdetails vom BMK Ost.

Dr. U. G.

Kurzfassung

Pfau, W.

Zur städtebaulichen Qualität und Effektivität von neuen Wohngebieten 393

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 7, S. 393–398, 12 Abb.

Die Bebauungskonzeptionen für größere neue Wohngebiete werden vor der Bestätigung sorgfältig im Hinblick auf qualitative und ökonomische Anforderungen begutachtet. Aus der Begutachtung von Bebauungskonzeptionen in den Jahren 1979 bis 1982 wird eine Reihe von Fortschritten in der Gestaltung von Wohngebieten deutlich. Dazu gehören eine größere Komplexität, eine differenzierte Raumbildung, eine intensivere Nutzung des Baulandes und der Übergang zum Bau innerstädtischer Wohngebiete.

Brambach, H.-D.; Münzberg, J.

Baulückenschließung Lange Straße im Arbeiterwohngebiet Halle-Glaucha 401

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 7, S. 401–405, 1 Lageplan, 2 Grundrisse, 2 Schnitte, 3 Ansichten, 1 Perspektive, 1 Abb.

In einer Quartierbebauung aus der Gründerzeit, die noch modernisiert wird, muß die Nordseite auf einer Länge von etwa 100 m durch Neubauten geschlossen werden. Durch Gebäudeversätze und Erker entsteht eine plastisch geprägte Häuserzeile mit insgesamt 73 Wohnungseinheiten. Für die Geschoßdecken und die massiven Innenwände wird die „Hallesche Monolithbauweise" (HMB) angewendet; durch die Ausführung der Außenwände mit großformatigen Gassilikat-Handmontagesteinen konnten neben der Senkung des Stahlbedarfs je Wohnung günstige bauphysikalische Werte erreicht werden.

Neubert, H.

Oberschule für Körperbehinderte in Karl-Marx-Stadt 406

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 7, S. 406–411, 2 Grundrisse, 1 Lageplan, 13 Abb.

Eine vorhandene Oberschule wurde für die neue Nutzung umkonzipiert und rekonstruiert, die damit den Anbindepunkt für den Gesamtkomplex bildet. Berücksichtigt sind vor allem Aspekte der Ausführung nach einzelnen Bauabschnitten der Montagebauweise für eine Reihe von Neubauteilobjekten, die angegliedert wurden (Internate, Komplexe der medizinischen und therapeutischen Betreuung, Räume für Arbeitsgemeinschaften, Küche mit Speisesaal). Eine günstige Staffelung der Baukörper und eine sinnvolle Freiflächengestaltung unterstützen das architektonisch-gestalterische Gesamtanliegen.

Barth, K.-H.

Kulturhaus „Neue Welt" in Zwickau – Rekonstruktion und Erweiterung 412

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 7, S. 412–416, 2 Grundrisse, 10 Abb.

Die „Neue Welt" – als Ausflugs- und Familienrestaurant mit einem Konzert- und Ballsaal konzipiert – wurde 1902/1903 nach einem Entwurf des Architekten J. Henning errichtet. Die im Norden Zwickaus an der Fernverkehrsstraße nach Leipzig gelegene Einrichtung galt seinerzeit als größter Terrassensaal des Territoriums (3000 Plätze). Mit der Rekonstruktion des denkmalgeschützten Saales und der Erweiterung der Funktionsbereiche des Kulturhauses, die im wesentlichen im Mai 1981 abgeschlossen waren, wurde eine attraktive gesellschaftliche Einrichtung geschaffen, die Zwecken der Gastronomie, der Kultur und der Naherholung dient.
Mit der Wiederherstellung der Zwickauer „Neuen Welt" wurde eine harmonische Verbindung von Erhaltung des baulichen Erbes und Neubau erreicht.

Barth, C.

„Haus der Dienste" in Halle-Neustadt 417

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 7, S. 417–423, 2 Grundrisse, 1 Schnitt, 17 Abb.

Mit dem Neubau des „Hauses der Dienste" in Halle-Neustadt wurde eine leistungsfähige Einrichtung geschaffen, die zur Verbesserung des Angebots an Dienstleistungen und Reparaturen für die Bevölkerung beiträgt. Den Kunden werden 18 verschiedene Leistungsarten angeboten (u. a. Rundfunk- und Phonoverkauf sowie Reparatur, Textilreinigung, Fotoatelier, Friseursalon, Augenoptiker und Orthopädie). Gleichzeitig haben sich auch die Arbeits- und Lebensbedingungen für die insgesamt 350 Beschäftigten der einzelnen Teilbereiche grundlegend verbessert. Eingeordnet zwischen dem bestehenden Hauptpostamt und dem geplanten Gaststättenkomplex, mit dem das „Haus der Dienste" ein Ensemble bilden soll, bildet dieser Neubau die südliche Begrenzung des östlichen Stadtzentrums von Halle-Neustadt.

Stenke, G.

Gartenstadt Hellerau 426

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 7, S. 426–432, 13 Abb.

Vor rund 75 Jahren wurde der Grundstein für die Gartenstadt Hellerau in Dresden gelegt. Hellerau gilt noch immer als ein Beispiel für die Umsetzung der Gartenstadt-Idee. An der Gestaltung dieser genossenschaftlichen Siedlung wirkten bekannte Architekten wie Richard Riemerschmidt, Hermann Muthesius und Heinrich Tessenow mit. Heute steht die Gartenstadt Hellerau unter Denkmalschutz. Gemeinsam mit den Bewohnern wird jetzt angestrebt, die Gebäude zu modernisieren und Hellerau so als lebendiges Zeugnis der Baugeschichte zu erhalten.

Содержание

Pfau, W.

О градостроительном качестве и эффективности новых жилых районов 393

Architektur der DDR, Берлин 32 (1983) 7, стр. 393—398, 12 илл.

До утверждения концепции застройки более больших новых жилых районов подвергаются тщательной экспертизе по отношению к качественным и экономическим требованиям. Из экспертиз концепций застройки в годах 1979—1982 явствует ряд прогрессов в оформлении жилых районов. К ним относятся более большая комплектность, дифференцированное пространственнообразование, более интенсивное использование отведенной под застройку территории и переход на строительство внутригородских жилых районов.

Brambach, H.-D.; Münzberg, J.

Закрытие разрывов в застройке улицы Ланге Штрассе в рабочем жилом районе Галле-Глауха 401

Architektur der DDR, Берлин 32 (1983) 7, стр. 401—405, 1 план расположения, 2 плана, 2 разреза, 3 вида, 1 перспектива, 1 илл.

В застройке квартала из периода грюндерства приходится закрыть новыми зданиями северную сторону длиной в ок. 100 м. Путем смещений зданий и эркеров создается пластически оформленный ряд домов с 73 условными квартирами. Для междуэтажных перекрытий и массивных внутренних стен применяется «Галльское монолитное строительство» (НВМ); путем выполнения наружных стен крупными газосиликатными блоками, монтируемыми вручную, удалось достичь кроме сокращения расхода стали на каждую квартиру более выгодных строительно-физических значений.

Neubert, H.

Здание средней школы для учащихся с физическими недостатками в г. Карл-Маркс-Штадте 406

Architektur der DDR, Берлин 32 (1983) 7, стр. 406—411, 2 плана, 1 план расположения, 13 илл.

Существующее школьное здание было перепланировано и реконструировано для нового назначения. Таким образом оно образует точку привязки к общему комплексу. Учтены были прежде всего аспекты выполнения по отдельным очередям строительства из сборных элементов для ряда новых частичных объектов, которые были присоединены (общежития, комплексы медицинского и терапевтического обслуживания, помещения кружков, кухня со столовой). Выгодное ступенчатое расположение корпусов и целесообразное оформление свободных площадей содействуют общему архитектурно-пространственному замыслу.

Barth, K.-H.

Дом культуры «Нойе Вельт» в г. Цвикау — реконструкция и расширение 412

Architektur der DDR, Берлин 32 (1983) 7, стр. 412—416, 2 плана, 10 илл.

Дом культуры «Нойе Вельт» был построен в 1902/1903 годах как загородный с семейный ресторан с концертным и бальным залом по проекту архитектора Й. Хеннинг. В свое время учреждение, расположенное на Севере г. Цвикау на дороге дальнего сообщения в направлении к г. Лейпциг, считалось наибольшим террасообразным залом в территории (3000 мест). Путем реконструкции находящегося под охраной памятников зала и расширения функциональных участков дома культуры, которые были завершены в основном в мае 1981 г., было создано привлекательное общественное учреждение, служащее целям гастрономии, культуры и загородного отдыха.
Восстановлением дома культуры «Нойе Вельт» в г. Цвикау было достигнуто гармоническое соединение сохранения строительного наследия и нового строительства.

Barth, C.

«Дом услуг» в г. Галле-Нойштадте 417

Architektur der DDR, Берлин 32 (1983) 7, стр. 417—423, 2 плана, 1 разрез, 17 илл.

Благодаря новому строительству «Дома услуг» в г. Галле-Нойштадте было создано эффективное учреждение, способствующее улучшению предложения услуг и ремонтов для населения. Клиентам предлагаются 18 различных видов услуг (в том числе: продажа бытовых радиоприемников и аппаратов для записи и воспроизведения звука и ремонт их, химочистка текстили, фотоателье, парикмахерская, оптика и ортопедия). Одновременно коренным образом улучшились и условия труда и жизни для всего 350 занятых в отдельных отделениях. Путем размещения дома между существующим главным почтамтом и запланированным комплексом ресторанов, вместе с которым «Дом услуг» должен образовать ансамбль, эта новостройка является южным ограничением восточной части городского центра г. Галле-Нойштадта.

Stenke, G.

Город-сад Геллерау 426

Architektur der DDR, Берлин 32 (1983) 7, стр. 426—432, 13 илл.

Около 75 лет тому назад было положено начало городу-саду Геллерау в г. Дрездене. Геллерау считается все еще примером превращения в жизнь идеи города-сада. В оформлении этого кооперативного поселка участвовали известные архитекторы как Рихард Римершмидт, Герман Мутезиус и Гайнрих Тессено. В настоящее время город-сад Геллерау находится под охраной. Теперь предусматривается совместно с жителями модернизировать здания и таким образом сохранять Геллерау как живое свидетельство истории архитектуры.

Summary	Résumé

Pfau, W.

Quality and Effectiveness of New Housing Areas

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) No. 7, pp. 393–398, 12 illustrations

Town planning concepts for large new housing areas are carefully evaluated, prior to decision-making, for their standards in terms of general quality and economy. Expertises made of development concepts between 1979 and 1982 have shown that some headway has been scored in terms of housing area design. Larger complexity, differentiation of spaces, higher intensity in land use, and beginning completion of housing areas in urban centres are some of the advantages achieved.

393

Pfau, W.

Qualité et efficience urbanistes de zones résidentielles nouvelles

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 7, pages 393–398, 12 illustrations

Les conceptions de construction pour des zones d'habitation nouvelles sont soigneusement examinées, avant leur réalisation, en vue des exigences posées sur le plan qualitatif et économique. Comme il ressort d'analyses de conceptions de construction pour les années 1979–1982, on a fait des progrès importants à l'aménagement de zones d'habitation. En font partie: caractère plus complexe, aménagement différencié des espaces, meilleure mise en valeur du terrain à bâtir, passage à la construction dans des zones de centre-ville.

Brambach, H.-D., and J. Münzberg

Closure of Structural Gaps in Lange Strasse of Working-Class Quarter of Halle-Glaucha

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) No. 7, pp. 401–405, 1 layout, 2 floor plans, 2 sections, 3 views, 1 perspective, 1 figure

A 100-m gap on the northern side has to be closed by new construction in a quarter which had been first constructed in what is called the Expansion Period and is now part of a modernisation project. A line of houses with 73 dwelling units has been designed for that purpose, its architectural plasticity being drawn from staggered arrangement of buildings and oriels. A method called "Halle's monolithic construction" has been chosen for completion of storey-level floors and massive interior walls. Exterior walls are constructed from large aerated silicate blocks for manual assembly, an approach which will help to reduce specific steel consumption (per dwelling unit) and to obtain favourable physical parameters.

401

Brambach, H.-D.; Münzberg, J.

Projet de complétement »Lange Strasse« au quartier de logements ouvriers Halle-Glaucha

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 7, pages 401–405, 1 plan de situation, 2 sections horizontales, 2 coupes, 3 vues, 1 plan en perspective, 1 illustration

Pour une zone de logements ouvriers datant des années de fondation et dont on prévoit la modernisation, la tâche consiste à couvrir le côté nord sur une longueur de quelque 100 m par des constructions nouvelles. Grâce à une disposition échelonnée des bâtiments et à l'adoption de parties en saillie, la rangée de maisons comprenant au total 73 unités de logements sera caractérisée par une grande plasticité. Les plafonds et les parois intérieures massives seront réalisés d'après la »méthode de construction monolithe de Halle« (HMB). Les parois extérieures seront exécutées en éléments en silicate-gaz de grand format montés à la main, ce qui apporte, outre une réduction du besoin d'acier par logement, également des valeurs favorables sur le plan physique du bâtiment.

Neubert, H.

Secondary School for Disabled Children in Karl-Marx-Stadt

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) No. 7, pp. 406–411, 2 floor plans, 1 layout, 13 illustrations

An existing secondary school building has been remodelled and redesigned for another use and is now the focus of the entire complex. Particular consideration was given to aspects relating to completion in assembly phases of a number of new buildings attached to the school (boarding houses, a medical therapy complex, spaces for hobby activities, kitchen, and canteen). All structures and wings are in staggered arrangement and with attractive open spaces in-beetween for an overall harmonious architectonic appearance.

406

Neubert, H.

Ecole secondaire pour handicapés physiques à Karl-Marx-Stadt

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 7, pages 406–411, 2 sections horizontales, 1 plan de situation, 13 illustrations

Un bâtiment scolaire existant a été reconçu et reconstruit, conformément au but d'utilisation envisagé, et sert maintenant de pièce centrale d'un grand complexe d'enseignement nouvellement créé. Pour toute une série de projets partiels des constructions nouvelles (internats, zones du traitement médical et thérapeutique, locaux pour groupes de travail, ensemble cuisine), on a pris en considération avant tout des aspects de l'exécution en différentes étapes d'après la méthode de la construction préfabriquée. L'échelonnement réfléchi des œuvres et l'aménagement judicieux des espaces verts contribuent beaucoup à la réalisation réussie de l'ensemble.

Barth, K.-H.

"Neue Welt" Community Centre in Zwickau – Modernisation and Expansion

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) No. 7, pp. 412–416, 2 floor plans, 10 illustrations

"Neue Welt" was conceptualised as an out-of-town family restaurant with concert hall and ballroom and completed 1902 and 1903 according to a design by architect J. Henning. It is situated north of Zwickau, at a highway to Leipzig and used to be the largest terrace hall of the region (3,000 seats). The hall, under architectural conservation, was rehabilitated, and the functional spaces of the community centre were expanded, with nearly all operations being completed by May 1981. It now is an attractive community centre for dining, cultural activities, and neighbourhood recreation.

The reconstruction and restoration of "Neue Welt" in Zwickau is a good example of a harmonious relationship between preservation of structural heritage and new construction.

412

Barth, K.-H.

Maison de la Culture »Neue Welt« à Zwickau – reconstruction et extension

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 7, pages 412–416, 2 sections horizontales, 10 illustrations

Le restaurant »Neue Welt«, conçu comme restaurant d'excursion et pour fêtes de familles, avec salle de concerts et de bals, fut réalisé dans les années 1902/1903 d'après un projet de l'architecte J. Henning. Avec ses 3000 places, ce restaurant situé sur la grande route de Leikzig a été, en son temps, la plus grande salle en terrasses du territoire. Grâce à la reconstruction de la salle classée monument historique et à l'extension des zones fonctionnelles de l'actuelle Maison de la Culture, terminées pour l'essentiel en mai 1981, la ville de Zwickau dispose d'un établissement attrayant destiné à la restauration, à des activités culturelles et aux loisirs dominicaux.

La reconstruction du restaurant »Neue Welt« a permis d'allier en une synthèse réussie la substance historique et la construction nouvelle.

Barth, C.

"House of Services" in Halle-Neustadt

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) No. 7, pp. 417–423, 2 floor plans, 1 section, 17 illustrations

The recently completed "House of Services" in Halle-Neustadt is an efficient institution and helps to improve services and repair facilities for the general public. Eighteen services are available, including sale and repair of radio and other sound sets, dry cleaning, photo studio, beauty parlour, optician, and orthopaedic items. Job conditions have been improved on the new premises for 350 personnel of all divisions. The „House of Services" will constitute one ensemble together with the post office already existing on one side and a restaurant complex in the phase of planning on its other side. It marks the southern margin of the eastern centre of Halle-Neustadt.

417

Barth, C.

»Haus der Dienste« à Halle-Neustadt

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 7, pages 417–423, 2 sections horizontales, 1 coupe, 17 illustrations

La »Haus der Dienste« nouvellement construite à Halle-Neustadt est un établissement moderne destiné à améliorer l'offre en prestations de services pour la population. Ces prestations sont, entre autres: vente et réparation de postes radio et d'électrophones, nettoyage textile, atelier photo, salon de coiffure, opticien, atelier d'orthopédie. En même temps, les conditions de travail et de vie des 350 employés des différents départements partiels se sont sensiblement améliorées. Placée entre le bureau de poste central déjà existant et un complexe de restaurant encore au stade de projet, la »Haus der Dienste« limite la partie orientale du centre-ville de Halle-Neustadt.

Stenke, G.

Garden City of Hellerau

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) No. 7, pp. 426–432, 13 illustrations

The foundation stone was laid for the Garden City of Hellerau in Dresden, about 75 years ago. Hellerau still is considered to be a model of the garden city idea and its translation into practice. Well-known architects, such as Richard Riemerschmidt, Hermann Muthesius, and Heinrich Tessenow, were involved in the design of this cooperative settlement. Today, the Garden City of Hellerau is under architectural conservation. Efforts are being made to get many inhabitants involved in modernisation exercises, with the view to making Hellerau a living example and witness of the history of building.

426

Stenke, C.

Cité-jardin Hellerau

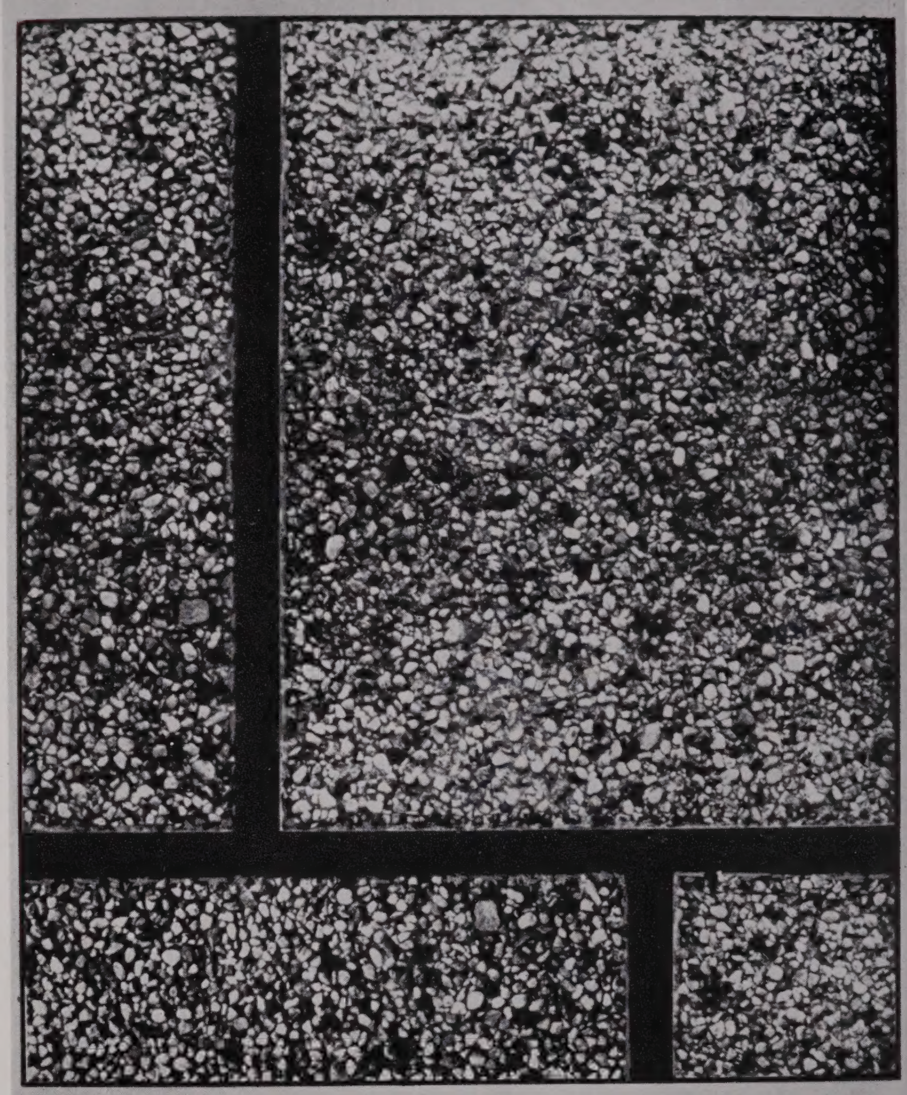
Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 7, pages 426–432, 13 illustrations

Il y a quelque 75 ans, la pose de la première pierre de la cité-jardin Hellerau eut lieu à Dresde. Encore aujourd'hui, Hellerau symbolise la réalisation réussie de l'idée d'une cité-jardin. Des architectes renommés, par exemple, Richard Riemerschmidt, Hermann Muthesius et Heinrich Tessenow, ont œuvré à la réalisation de ce projet coopératif. Aujourd'hui, la cité-jardin Hellerau est classée monument historique. En commun avec les habitants, on prévoit actuellement la modernisation des bâtiments et la conservation de la cité-jardin comme témoignage éloquent de l'histoire du bâtiment.

Allgemeine Grundlagen

Herausgeber:
Bauakademie
der DDR,
Institut
für Städtebau
und Architektur,
Institut
für Wohnungs-
und Gesell-
schaftsbau

Industrieller Wohnungsbau



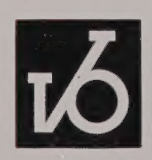
Siegfried Kress Günther Hirschfelder

von
Siegfried Kress
und
Günther
Hirschfelder

Erstauflage 1980,
272 Seiten,
331 Abbildungen
(davon 80 Fotos),
57 Tabellen,
Leinen, 44,– M
Bestellnummer:
561 867 2

Bitte richten Sie
Ihre
Bestellungen
an den örtlichen
Buchhandel

Bei der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms in der DDR ist die weitere Industrialisierung das wichtigste Mittel, um die qualitativen und quantitativen Zielstellungen im Wohnungsbau zu erreichen.
Der Titel gibt eine Zusammenfassung der Teilprobleme des industriellen Wohnungsbaus, wie sie sich den Architekten und leitenden Kräften, die im komplexen Wohnungsbau tätig sind, darstellen. Besonders für Architekturstudenten sind die dargestellten Teilprobleme – von den volkswirtschaftlichen, soziologischen und demografischen Ausgangsbedingungen über die funktionellen, technischen und technologischen Grundlagen bis zum Planungs- und Projektierungsprozeß – interessant.



VEB Verlag für Bauwesen, DDR – 1086 Berlin, Französische Str. 13/14